Streifzüge
Preis: 3,– Euro
2/2001

Postfaschismus als Begriff der Kritik

von Stephan Grigat

Bekanntlich hat am 27. und 28. April in Wien der Kongreß „Vom Postfaschismus zum demokratischen Faschismus" stattgefunden. Am ersten Tag kamen knapp 200 Besucher und Besucherinnen, am zweiten rund 100, was für eine linksradikale Diskussionsveranstaltung in Wien beachtlich ist.

Bei der Konzeption des Kongresses ging es den Veranstaltern nicht darum, dem üblichen pluralistischen Meinungsaustausch ein weiteres Podium zu bieten. Es war tatsächlich kein Anliegen, eine möglichst große Vielfalt von Standpunkten zu versammeln oder verschiedene, mehr oder weniger interessante „Ansätze" zu präsentieren, um der in der Linken so beliebten „Diversität der Standpunkte" Genüge zu tun. Es gab auch keinesfalls den Anspruch – auch wenn das Ganze etwas angeberisch Kongreß getauft wurde – alle möglichen Aspekte des Themas zu behandeln.[1]

Es ging darum, Personen zu Wort kommen zu lassen, die in ihrer Kritik mit Begriffen wie Postfaschismus explizit oder implizit operieren und eine ganz bestimmte inhaltliche Ausrichtung dieser Kritik verfolgen. Dennoch entstammten die Referenten und Referentinnen keineswegs einem einheitlichen Spektrum – etwa dem der sogenannten Wertkritik – , was nicht zuletzt in den unterschiedlichen Akzentsetzungen der Vorträge zu merken war.

Während in der Protestbewegung gegen die blau-braun-schwarze Bundesregierung manche Haider als Antidemokraten bekämpfen und ihm mitunter auch seinen Rassismus und Antisemitismus vorwerfen, aber beharrlich über Staat und Kapital schweigen, wissen andere zwar was über Kapital und Staat zu sagen, schweigen dafür aber umso beharrlicher über die deutsch-österreichische Volksgemeinschaft. Auf dem Kongreß sollte über Kapital und Staat als die Voraussetzungen jeder Ausgrenzung und Diskriminierung, aber eben auch über die Spezifik der österreichischen und deutschen Täter- und Täterinnengemeinschaft gesprochen werden.

„Postfaschismus" und „demokratischer Faschismus" sind Begriffe, die bei der Kritik der österreichischen Zustände nicht gerade an der Tagesordnung sind. In der BRD verhält sich das nicht viel anders. Dennoch sind das nicht völlig neue Begriffe und es stellt sich die Frage, wie sie in bisherigen Diskussionen verwendet wurden und in welchem Kontext sie entstanden sind. In der BRD, weniger in Österreich, verstand man in der Nachkriegszeit unter Postfaschismus in erster Linie personelle Kontinuitäten, also die ungebrochene Karriere ehemaliger Nazis in der Demokratie, kaum jedoch strukturelles Fortwesen. Um 1968 kam es zu einigen Diskussionen, in denen der Begriff des Postfaschismus etwas mehr an Konturen gewann. Man denke nur an einen der wohl am meisten gelesenen Aufsätze Theodor W. Adornos, in dem er nachdrücklich darauf hinwies, daß er das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher erachte als das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie,[2] oder an einige Ausführungen des Adorno-Schülers Hans-Jürgen Krahl.[3] Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang natürlich auch Johannes Agnoli, der die Linke ebenfalls bereits in den 60er Jahren mit seinen Überlegungen zum Verhältnis von Demokratie und Faschismus und mit seiner Kritik am autoritären Staat rechtsstaatlichen Typs konfrontiert hat.[4] Große Teile der Linken in den deutschsprachigen Ländern haben sich jedoch in den 70er und 80er Jahren bekanntlich kaum für radikale Gesellschaftskritik, sei es in der Adornoschen, sei es in der Agnolischen Ausprägung, interessiert, sondern sich lieber den autoritären Plattheiten des Marxismus-Leninismus gewidmet.

Eine wichtige Auseinandersetzung über die postfaschistische Demokratie fand Anfang bis Mitte der 90er Jahre im Zusammenhang mit der leider auch von den meisten Linken euphorisch begrüßten deutschen Wiedervereinigung statt. Damals ging es um die Frage, ob es im Zuge der Renationalisierung zu einer Faschisierung der Demokratie komme, oder aber ob diese sogenannte Faschisierung im Postfaschismus nicht schon längst vollzogen sei, und man heute nicht viel eher von einer Demokratisierung des Faschismus reden müßte.[5] Diese Debatte ist in den letzten Jahren weitgehend eingeschlafen. Gerade die Entwicklung in Österreich mit dem Siegeszug der FPÖ einerseits und der postfaschistisch-demokratischen Geschichte seit 1945 andererseits scheint ausgesprochen geeignet, die Diskussion über Faschisierung der Demokratie oder Demokratisierung des Faschismus nochmals aufzunehmen.

Bereits im Einladungstext zu der Veranstaltung wurde darauf hingewiesen, daß der Begriff „demokratischer Faschismus" zum einen das Problem beinhaltet, daß der unabdingbare, mal explizite, mal implizite Bezugspunkt Haiders und der österreichischen Politik insgesamt, der Nationalsozialismus, zugunsten des Faschismusbegriffs verschwindet. Zum anderen hat er den unschätzbaren Vorteil, daß er jenes – zumindest den Demokratieidealisten und -idealistinnen als solches erscheinende – Paradox zu fassen versucht, das Haider und die FPÖ insofern darstellen, als jeder und jede merkt oder merken könnte, daß es falsch ist, Haider *nur* einen Faschisten oder *nur* einen Demokraten zu nennen. Zu diskutieren wäre dennoch – und das fand auf dem Kongreß auch statt – inwiefern mit solch einem Begriff tatsächlich etwas Neues versucht wird zu fassen, oder ob der Faschismus und im Speziellen der Nationalsozialismus nicht schon immer eine reichlich demokratische Schlagseite hatten.

Das dieser Begriff offensichtlich einen wunden Punkt bei den staatsapologetischen Kritikern und Kritikerinnen der Haiderei trifft, wurde bereits klar, als vor etwa eineinhalb Jahren ein Flugblatt mit der Überschrift „Gegen den demokratischen Faschismus" auf der unsäglichen Massendemonstration des besseren Österreich verteilt wurde. Selten konnte man beim Flugblattverteilen derartig empörte Reaktionen erleben. Ein Grundanliegen des Kongresses war es dann auch, angesichts einer Linken, für die beispielsweise Rassismus und

Demokratie ein klarer Gegensatz sind, eben diese Demokratie ein wenig schlecht zu machen.

Das die Verwendung des Terminus „Postfaschismus" nicht zwangsläufig zu einer vernünftigen, also radikalen Kritik führt, haben bereits mehrere Autoren und Autorinnen vorgeführt. Einige in der Linken glauben etwa, Postfaschismus als positiven Begriff setzen zu können. Christoph Spehr beispielsweise schreibt in der Zeitschrift „alaska" davon, daß die „Erfahrung des überwundenen Faschismus, der postfaschistische Konsens, (...) einen unfertigen Emanzipationsprozeß" darstellt. Dementsprechend wird dann auch gefordert, den „postfaschistischen Konsens (zu) radikalisieren".[6] Das positive des Postfaschismus wäre demnach einfach, daß er immerhin kein Faschismus ist. Als kritischer Begriff hingegen, wie ihn die Veranstalter des Kongresses verstanden wissen wollen, zielt er gerade auf die modifizierte Fortsetzung faschistischer Ideen in der Demokratie und ist somit als positiver Begriff nicht denkbar.

Das selbst noch der Postfaschismusbegriff zur Identifikation mit der Nation taugt, hat in Österreich beispielsweise die Grazer Philosophin Elisabeth List demonstriert. Sie spricht von der postfaschistischen Politik der FPÖ, nicht etwa von der postfaschistischen österreichischen Gesellschaft, und fordert alle Patrioten und Patriotinnen zum Kampf gegen diese postfaschistische FPÖ auf. „Niemand", schreibt sie allen Ernstes, „der sein oder ihr Land liebt und bei Verstand ist" könne die Politik dieser Partei gutheißen.[7] Die Beschäftigung mit Postfaschismus findet hier aus Sorge um die Nation statt. Eine Sorge, um die es den Veranstaltern des Kongresses mit Sicherheit nicht ging.

Im der vorliegenden Nummer der „Streifzüge" finden sich vier der auf dem Kongreß gehaltenen Referate, die zur Veröffentlichung nur geringfügig überarbeitet wurden. Die vollständig überarbeiteten und zum Teil erheblich ergänzten Referate werden gemeinsam mit den Texten von Johannes Agnoli und Clemens Nachmann sowie weiteren Beiträge zum Thema in dem in Planung befindlichen Band „Transformation des Postfaschismus", der im Freiburger Ça ira-Verlag erscheinen wird, publiziert.

1 *Der Kongreß hat zu einigen Verunsicherungen in der linken Szene in Wien geführt. Auf der einen Seite freut sich in der „rapidité", der Zeitschrift des Ernst Kirchweger Hauses, die in ihren Editorials stets aufs neue die Infantilität autonomer Schreiber und Schreiberinnen mittels dialektaler Kindersprache unter Beweis stellt, ein offensichtlich eher juveniler Mensch mit halbjuvenalischen Formulierungen darüber, daß „die intellektuelle Meinungsführerschaft der wertkritischen Antinationalen so schütter (wurde) wie das Haar ihrer Protagonisten". (rapidité, Nr. 3, 2001, S. 7) Auf der anderen Seite ist ein Mensch auf der Leserbriefseite der „Volksstimme", angeregt durch ein Reflexion durch Ressentiment ersetzendes Elaborat (vgl. Leisch, Tina: Des deutschen Männerbundes Stoßrichtung. In: Volksstimme, 26. April 2001, S. 13) einer Autorin, die gerne auch mal „mit den großen Zehen" denkt (Leisch, Tina: Alltagspraxis statt Adorno. In: Context XXI, Nr. 3-4/2000, S. 15), gar „verzweifelt, wie viel Einfluss die ‚Antideutschen' in Wien haben." (Volksstimme, 3. Mai 2001, S. 2) Da aus den Reihen des Kritischen Kreises niemand Lust hat, sich an einer von Reflexen und Projektionen dominierten Debatte zu beteiligen, gibt es auch an dieser Stelle keine nachgereichte, mehrfach eingeforderte Stellungnahme vom Kritischen Kreis zu den Diskussionen im Vorfeld des Kongresses, sondern nur ein paar knappe Worte zur Einleitung.*

2 *Vgl. Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle. Frankfurt/M. 1989 (1963), S. 126*

3 *Vgl. Krahl, Hans-Jürgen: Zur Geschichtsphilosophie des autoritären Staates. In: Ders.: Konstitution und Klassenkampf. Frankfurt/M. 1977 (1971), S. 204 ff.*

4 *Vgl. Agnoli, Johannes: Die Transformation der Demokratie. In: Ders.: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg i. Br. 1990 (1967), S. 21 ff.*

5 *Vgl. Nachtmann, Clemens: Die postfaschistische Demokratie in der Krise. Sowie: Möller, Heiner: Demokratie und Faschisierung. beide in: Dokumentation der Beiträge zum antinationalen und antideutschen Aktionswochenende am 6./7. Mai 1995, S. 25 ff.*

6 *Spehr, Christoph: Der postfaschistische Konsens und seine Radikalisierung. In: alaska, Heft 216, 1997, S. 16*

7 *List, Elisabeth: Was ist Postfaschismus? http://www.kultur.at/van01/state.htm*



Gerhard Scheit:

Verborgener Staat, lebendiges Geld

Zur Dramaturgie des Antisemitismus

ça ira Verlag Freiburg. 587 Seiten. Gebunden
DM 58,- / öS 423,- ISBN 3-924627-63-0

Die Tradition reicht von der christlichen Passion bis zum national-sozialistischen Film, von Shakespeare und Bach bis Richard Wagner und Rainer Werner Fassbinder: Das merkwürdig obsessive Bedürfnis, den Haß auf die Juden ‚spielbar' zu machen, ihn in Szene und sogar in Musik zu setzen, verweist auf eine „universelle Zwangsneurose" (Freud). Mögen der Phantasie nun Gottesmörder oder Wucherer, schöne Jüdinnen oder ewige Juden, Ritualmörder oder raffende Kapitalisten entspringen – sie ist stets vom selben Wunsch besessen: das Unheimliche des abstrakt gewordenen Reichtums, das ‚sich selbst vermehrende' Geld zu personifizieren. Eine Kulturgeschichte der Barbarei.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag ça ira:
Postfach 273, D-79002 Freiburg
isf-e.v@t-online.de
http://isf-freiburg.org

Der postfaschistische Sozialpakt

von Ulrich Enderwitz

Der deutsche Staat in Gestalt des Ministeriums für Verbraucherschutz tötet und verbrennt, vernichtet Hekatomben von Rindern, Schafen und Schweinen, um die Verbraucher zu schützen, sprich, ihnen das Vertrauen in die Unbedenklichkeit des Fleischverzehrs zurückzugeben und sie so bei der Stange des qua Fleischverzehr zelebrierten Massenkonsums zu halten. Tierische Ressourcen werden massenhaft verschwendet, um die Möglichkeit ihrer nützlichen Verwendung zu erhalten. Dabei bringt, recht besehen, diese gigantische, wahnsinnige Verschwendung nur zum Vorschein und auf den Begriff, was die als Konsum, als Verbrauch angeblich nützliche Verwendung in Wahrheit selber ist: ein ungeheures Opferritual zwecks Erhaltung des kapitalistischen Verwertungsmechanismus, auf den sich die gesellschaftliche Reproduktion reduziert hat und ohne den oder außerhalb dessen sie nicht mehr stattfinden kann. Nützliche Verwendung von gesellschaftlichen Ressourcen ist mit anderen Worten der Konsum nicht deshalb, weil er Menschen sättigt, Bedürfnisse befriedigt, sondern einzig und allein insofern, als er dazu dient, die durch die kapitalistische Produktion bereitgestellten Ressourcen aus der Welt zu schaffen und Platz zu machen für die Bereitstellung neuer Ressourcen, kurz, insofern er die finale Bedingung für die Fortsetzung der als Wertbildungsprozess konzipierten und organisierten gesellschaftlichen Produktionsanstrengung bildet.

So gesehen, ist die Umbenennung des Ministeriums für Landwirtschaft in ein Ministerium für Verbraucherschutz ein denkbar frecher, der grünen Karrieristin, die das Amt wahrnimmt, würdiger Etikettenschwindel – suggeriert wird eine Abwendung von den Produzenten und ihren Interessen und Hinwendung zu den sogenannten Menschen und ihren Bedürfnissen, während doch in Wahrheit die Konsumenten nur als ebenso unabdingbarer wie kritischer Bestandteil des als Verwertungsprozess angelegten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erkannt und eben deshalb als schutzwürdige Spezies beziehungsweise als von Seiten des Staats, des Schutzpatrons des Kapitals, zu kontrollierender und zu manipulierender ökonomischer Faktor anerkannt werden.

Konsument, Verbraucher ist also ein verräterisches, symptomatisches Wort: Nicht Menschen, die die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit brauchen, nutzen, genießen, sondern Menschen, die sie kaufen, den Produzenten abnehmen, vom Markt wegschaffen, werden von der kapitalistischen Gesellschaft benötigt. Entgegen dem alltagssprachlichen Vorverständnis, auf das sie baut, aber im Einklang mit der heimlichen Wahrheit, die sich in der Vorsilbe „Ver" versteckt, rückt die Rede vom Ver-Braucher nicht den Akt des Gebrauchs und Genusses des Produkts, sondern den Akt des Kaufs und Verschwindenmachens der Ware aus der Zirkulation in den Mittelpunkt.

Der Akt des Kaufs ist der Akt der Wertrealisierung, jener Akt, durch den das Produkt sich in Geldwert in den Händen des Produzenten zurückverwandelt und damit als Stoff für neue Produktion, sprich, als Kapital, wieder zur Verfügung steht. Ins Zentrum aber rückt dieser als Kaufakt vollzogene Akt der Wertrealisierung, weil er zum Problem geworden ist. Und zum Problem ist er geworden, weil ein Zustand pleromatischer Fülle, eines Überangebots an Waren herrscht, der die Bedürfnisstruktur der Verbraucher, ihre Nachfrage, überfordert und den Absatz der Waren, ihren Verkauf, in Frage stellt.

In dieser Situation wird die geheime Wahrheit kapitalistischer Produktion offenbar und virulent: dass es bei ihr nicht um die Versorgung von Menschen, sondern um die Verwertung von Arbeit, nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern um die Ermöglichung neuer wertbildender Produktionsprozesse geht. Solange die Bedürfnisse mitspielen, der Bedarf vorhanden, die Nachfrage eine Naturgegebenheit ist, kann sich die kapitalistische Produktion als Dienerin der Menschen gerieren und ihr ökonomisches Eigenleben, ihre von den Bedürfnissen unabhängige Gesetzlichkeit, hinter ihrer Versorgungsleistung verbergen. Nun aber, da die Bedürfnisse überfordert sind und der Absatz ins Stocken gerät, zeigt sich, dass die Bedürfnisbefriedigung und Versorgung der Menschen nicht etwa das hehre Telos, sondern nur eine lästige Kondition des eigengesetzlichen Verwertungsprozesses ist. Lästig ist diese Kondition, weil sie sich in dem Maße als eine das ganze kapitalistische System bedrohende Naturschranke erweist, wie dank der wachsenden Produktivität des Produktionsprozesses die von den Menschen an das System gerichteten Befriedigungs- und Versorgungsansprüche und die umgekehrt vom System an die Menschen gestellten Konsum- und Verbrauchsforderungen auseinanderdriften, wie es mit anderen Worten immer schwer wird, die von den Menschen mitgebrachte biologisch-historische Gebrauchs- und Subsistenzperspektive mit der vom System ihnen angesonnenen ökonomisch-systematischen Verbraucher- und Käuferfunktion in Deckung zu bringen.

Werden die Menschen ihrer im Sinne des ökonomischen Systems allein relevanten Verbraucherfunktion nicht mehr gerecht und stockt also der Absatz, verwandelt sich das unverkaufte Produkt in eine riesige Hypothek, in eine Masse unerlösten, in die Naturalleiblichkeit gebannten Werts, gelähmten Kapitals, und resultiert in einer Verstopfung und Erstarrung der Zirkulation, die auch alle wertbildende Produktion, kurz das ganze Wirtschaftsleben zum Erliegen bringt. Dabei zeigt sich die Subsistenz als scheinbarer Zweck des Verwertungsprozesses an den Konsum als an dessen tatsächliches Mittel gefesselt: sie geht mit dem Konsum zugrunde. Das Interesse an der Wirklichkeit der Subsistenz ist das erpresserische Faustpfand, mittels dessen das kapitalistische System die Einsicht in die Notwendigkeit des Konsums erzwingt. Werden die Menschen ihrer ökonomischen Verbraucherfunktion, ihrer Pflicht, zu konsumieren, nicht gerecht, laufen sie Gefahr, allen Lebensunterhalt zu verlieren.

Dabei scheint die Wahrnehmung der Verbraucherfunktion ja von Haus aus gar nicht das Pflichtgefühl, sondern die Neigung anzusprechen, erscheint sie gar nicht als eine Zumutung, sondern im Gegenteil als eine Wohltat. Sie scheint der Subsistenz nicht zu widersprechen, sondern sie im Gegenteil unendlich zu befördern, unabsehbar zu entfalten, zu einem ungeheuren Korrespondenzsystem aus vielfältigen Bedürfnissen und ebenso vielgestaltigen Befriedigungsmitteln auszugestalten. Zur Gefahr für die Subsistenz wird die Verbraucherfunktion eben nur dann, wenn sie nicht mehr erfüllt wird. Deshalb ist das Interesse an der Erfüllung der Verbraucherfunktion, den Menschen, die in diesem System arbeiten und leben, ein durchaus echtes Anliegen. Hier liegt meines Erachtens der Nährboden und der Keim für jenes politische Schulterschlussphänomen, jene vollständige Identifikation der Subsistierenden mit dem aggressiven Wohltäter, als der das kapitalistische System auftritt, das ich als den Kern des modernen Faschismus betrachte, insofern der Begriff Faschismus nicht bereits auf ein bestimmtes, totalitäres politisches System gemünzt ist, sondern eine ebenso ubiquitäre wie unbestimmte politische Strategie meint. Nämlich die Strategie, den politischen Grundkonsens aus einem ökonomischen Interessenpunkt herzuleiten, der den Subsistierenden, die ja zugleich die Arbeitenden, Wertschaffenden (nicht zu verwechseln mit den Werkschaffenden) sind, und dem Kapital und seinen Agenten existenziell gemeinsam ist – dem Interessenpunkt, notfalls über alle subsistenziellen Erfordernisse

hinaus eine hypertrophe Konsumkraft zu erhalten, die, wie einerseits conditio sine qua non auch noch der bescheidensten Subsistenz, so andererseits die für den Verwertungsprozess ebenso unverzichtbare wie ihm gleichgültige Basis aller weiteren Wertbildung ist.

Träger und Verwalter dieses auf dem gemeinsamen ökonomischen Interesse basierenden politischen Konsenses und Vollstrecker der zu seiner Erhaltung nötigen Praxis ist der Staat, der Repräsentant des Gemeinwesens. Dabei ist dank des Umstandes jenes Schulterschlusses zwischen Arbeit und Kapital, dank des Umstandes also, dass die Wertschaffenden sich mittels ihrer Funktion als Konsumenten voll und ganz auf die kapitale Verwertungsperspektive eingeschworen finden, der Staat in einem Maße materieller Repräsentant des Gemeinwesens, sprich, in einem Maße durch die Gesamtheit der Nation getragen und legitimiert, wie er das noch nie zuvor in seiner neuzeitlichen Geschichte war. Wenn das Volk heute dem Staat und seinen Vertretern mit zynischer Indifferenz, um nicht zu sagen, mit höhnischer Verachtung begegnet, dann nicht etwa deshalb, weil es nicht hinter ihm stünde, sondern deshalb, weil es ihn so sehr als den Agenten jenes politischen Grundkonsenses weiß, dass es ihn unter normalen demokratischen Bedingung, unter denen der Konsens nicht bedroht ist, als eigenständige Macht gar nicht mehr ernst nehmen kann und in ihm nur noch den mit der ständigen Beschwörung und Adjustierung des Konsenses befassten gutbezahlten Geschäfts- und Schriftführer der konsentierenden Volksgemeinschaft zu sehen vermag.

Staat und Konsum

Anders als heute ist in den Anfängen der Neuzeit, im 16. und 17. Jahrhundert, die Repräsentanz, die der Staat im Blick auf das Gemeinwesen wahrnimmt, noch höchst formeller Natur, fühlt sich mit anderen Worten der Staat dem Großteil der Bevölkerung, den arbeitenden Volksschichten, noch sehr wenig verbunden und verpflichtet. Verbunden fühlt er sich vielmehr der aus der ursprünglichen Akkumulation hervorgehenden neuen ökonomischen Macht Kapital, die auf der Basis einer Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln und der dadurch ermöglichten Triade aus Lohnarbeit, manufaktureller Arbeitsteilung und technischer Revolutionierung der Produktionsmittel eine außerordentliche Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte initiiert und eine ungeheure Vervielfältigung und Ausweitung der Güterproduktion ins Werk setzt. Dem politischen Bund mit dieser neuen Macht und dem finanziellen Gewinn, den sie mittels Steuern und sonstigen Abgaben aus deren ökonomischen Aktivitäten zieht, verdankt die traditionelle Königsherrschaft ihren qua Absolutismus errungenen Triumph über das feudale System und die ihr durch es gesteckten Schranken, verdankt sie mit anderen Worten ihre Etablierung als zentralistischer, ein gesellschaftliches Machtmonopol beanspruchender Staat. Und dieser ökonomischen Macht fühlt sich der neuzeitliche Staat deshalb auch primär verpflichtet; ihr leistet er bei ihrer Durchsetzung durch sozial-, handels- und finanzpolitische Maßnahmen Flankenschutz.

Wenn er sich für die übrigen Gruppen der Gesellschaft interessiert oder gar engagiert, dann um bei der Überwindung von Engpässen und Sackgassen mitzuhelfen, in die ihre auf rücksichts- und schrankenloser Ausbeutung von Lohnarbeit basierende Produktivität die kapitale Macht im Laufe ihrer Entfaltung hineinsteuert. Wo die Mannigfaltigkeit und Masse der durch die neue Produktionsweise geschaffenen Güter das Fassungsvermögen der bis dahin ihren Absatz sichernden Konsumentenschichten übersteigt, da steht der Staat bereit, für die Rekrutierung neuer Konsumentengruppen zu sorgen. So gesehen, übernimmt er bereits früh jene Aufgabe eines Garanten von Konsumkraft, die ihm heute abermals und auf allerdings nur bedingt mit seinen früheren Garantieleistungen vergleichbare Weise zufällt.

Das erste Mal sorgt der Staat im 18. Jahrhundert für die erforderliche Konsumkraft, als die traditionellen feudalen und klerikalen Konsumentenschichten des manufakturell erzeugten Güterflusses nicht mehr Herr werden: Durch den Ausbau seiner selbst, seiner bürokratischen, militärischen, technokratischen und akademischen Apparate, sorgt der Staat für die Entstehung neuer, von ihm dotierter Konsumentenschichten, die als Bürgertum im Sinne eines sozialen Phänomens zu dem als funktionale Gruppe, als Bourgeoisie im engeren Sinne, das Kapital verwaltenden Bürgertum hinzutreten und die durch die rasante kapitalistische Entwicklung heraufbeschworenen Absatzprobleme erst einmal lösen. Das zweite Mal springt der Staat gegen Ende des 19. Jahrhunderts in die Bresche der wankenden Konsumfront, als die mittlerweile industriell eskalierte Güterproduktion auch die um das Bürgertum erweiterte Nutznießerschicht überfordert. Diesmal löst der Staat das Absatzproblem auf andere Weise und, wenn man so will, radikaler: Er beschränkt sich nicht mehr darauf, durch den Ausbau seiner selbst neue, bürgerliche Konsumentengruppen aus der Bevölkerung zu rekrutieren und mit dem geldlichen Äquivalent für den produzierten Mehrwert in Güterform zu versehen (diese Gruppen gibt es auch gar nicht mehr in einer Gesellschaft, in der bereits alle sei's als ausgebeutete Produzenten, sei's als nutznießende Konsumenten in den kapitalistischen Produktionsprozess eingebunden sind), sondern er sorgt durch arbeits-, sozial- und steuerpolitische Maßnahmen für ein gewisses Maß an Umverteilung, sorgt mit anderen Worten dafür, dass die Produzenten des kapitalistischen Reichtums, die bislang die ebenso ohnmächtigen wie schutzlosen Opfer einer eskalierenden Ausbeutungspraxis waren, in den Besitz einer größeren Proportion des von ihnen geschaffenen Werts und damit in den Genuss eines größeren Teils der Früchte ihrer Arbeit gelangen. Diese staatlichen Umsteuerungsbemühungen und die vor ihrem Hintergrund möglich werdenden Arbeitskämpfe erweisen sich als Garanten eines zwar verlangsamten, dafür aber in seinem Fortgang gesicherten kapitalistischen Wachstumsprozesses und führen im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einer allmählichen Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der unteren Schichten im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen.

Entscheidend vorangetrieben wird dabei die Verbesserung der konsumtiven Situation der vom Verwertungsprozess Ausgebeuteten paradoxerweise durch die Anstrengungen des Kapitals, die profitschmälernden Konsequenzen, die jener Umverteilungsprozess hat, durch eine qua Technisierung durchgesetzte fortlaufende Erhöhung der Produktivkraft zu konterkarieren. Diese ständige Erhöhung der Produktivität führt nämlich nicht oder jeweils nur vorübergehend zu einer Steigerung des produzierten Mehrwerts, sondern hat letztlich immer nur eine Steigerung der produzierten Gütermenge zur Folge. Das heißt, sie führt nicht zu einer Erhöhung des Werts der gesamten Produktmenge, sondern nur zu einer Verwohlfeilerung des einzelnen Produkts, die den arbeitenden Klassen, ohne dass sich ihr wertmäßiger Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erhöhte, immer mehr Konsumgüter zugänglich werden lässt und eine kontinuierliche Steigerung ihres Lebensstandards ermöglicht und die also jene konsumgesellschaftliche Entwicklung speist, die in den Wohlstandsgesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts resultiert.

Wohlstandsgesellschaft bedeutet nicht etwa, dass alle im Überfluss leben, sondern nur, dass alle gesellschaftlichen Gruppen an der durch die kapitalistische Produktion geschaffenen Warensammlung konsumtiv teilhaben und zwar so, dass selbst die untersten Einkommensschichten ein im historischen Vergleich relativ hohes Bedürfnisbefriedigungsniveau erreichen, während die oberen Schichten ein allem historischen Vergleich spottendes Luxusleben führen. Und Wohlstandsgesellschaft bedeutet, dass wegen dieses insgesamt beispiellos hohen Lebensstandards jedes weitere Wirtschaftswachstum, das doch kategorischer Imperativ der kapitalistischen Produktionsweise ist, wachsende Wertrealisierungs-, sprich, Absatzprobleme mit sich bringt. Wohlstandsgesellschaft bedeutet, dass der Staat früher oder später gefordert ist, sich erneut als Impresario des Wirtschaftslebens und Generalagent im Dienste der Stärkung der allgemeinen Konsumkraft zu betätigen. Dass diese Situation erst später als früher und nämlich erst gegen

Ende des 20. Jahrhunderts eintritt, verdankt das System dabei nur den europäischen Gleichgewichtsstörungen und dem aus ihnen resultierenden Ersten Weltkrieg sowie dem anschließenden, im engeren Sinne faschistischen Intermezzo und dem Zweiten Weltkrieg, den es heraufbeschwört.

Zur Erfüllung seiner Aufgabe einer Stärkung der Konsumkraft und Behebung der Absatzkrise kann der Staat allerdings nicht mehr auf die früheren Techniken rekurrieren. Innergesellschaftliche Gruppen, die noch nicht ins kapitalistische Reproduktionssystem als Produzenten und/oder Konsumenten integriert sind und die man für die Konsumentenrolle neu gewinnen könnte, gibt es nicht mehr, zumal ihre Ausstattung mit Geldmitteln angesichts des geringen realen Wertzuwachses, den die durch die Umverteilung verlangsamte Ausbeutungsrate der kapitalistischen Wirtschaft beschert, höchstens um den Preis inflationären Entwicklungen möglich wäre. Und nennenswerte weitere Umverteilungen sind ebenfalls nicht mehr möglich, erstens, weil ja bei dem relativ hohen Lebensstandard auch der arbeitenden Schichten der konsumtive Effekt zweifelhaft wäre, zweitens, weil dadurch die Profitrate noch weiter verringert und der Produktionsanreiz entsprechend geschwächt und drittens und vor allem, weil der konsequierende Versuch des Kapitals, entweder durch weitere Steigerung der Produktivität oder durch Verteuerung der Waren das bestehende Profitniveau zu erhalten, im ersteren Fall die Absatzkrise nur immer verschärfte und in letzterem Fall die internationale Konkurrenzfähigkeit der nationalen Produktion beeinträchtigte.

Was der Staat zur Erhaltung der Konsumkraft, sprich, zur Sicherung der Wertrealisierung, nurmehr tun kann und auch tut, ist zweierlei: unter dem Motto „Innovation und Bedarfsschöpfung" die vorhandene Bedürfnisbefriedigungspalette erweitern und neue Bedürfnisse wecken, neuen Konsum schaffen und/oder unter der Losung „Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung" für neue Konsumenten, neue Märkte außerhalb der eigenen Gesellschaft sorgen. Für beides ist die staatliche Initiative unabdingbar, für die Schaffung neuen Konsums, weil sie ungeheure Investitionen in Forschung, Planung, Entwicklung und Aufbau der neuen Branchen fordert, und für die Organisation neuer Konsumenten, weil sie steuer- und sozialpolitische Eingriffe verlangt, die nur der Staat vornehmen und den breiten Schichten abnötigen kann. Beide Methoden zur Stärkung der Konsumkraft kommen darin überein, dass sie um des Fortgangs der Verwertungsprozesse willen ein erreichtes Niveau gesellschaftsumfassender Versorgung und relativer Sättigung ignorieren und „Wirtschaftswachstum" zu einem Fetisch machen müssen, dem selbst um den Preis der eklatanten und tendenziell vernichtenden Widersprüche, in die er hineintreibt, zu huldigen ist.

Der Widerspruch, in den die Strategie „Innovation und Bedarfsschöpfung" führt, besteht darin, dass ihre Wertschöpfung Hand in Hand mit der galoppierenden Entwertung vorher geschöpfter Werte, das heißt, mit dem ständigen Veralten und Überflüssigwerden früherer Produktionen geht und dass die durch sie bedingte Eskalation der Produktionsprozesse und Hypertrophierung der erregten Bedürfnisse ungeheure ökologische und soziale Schäden anrichtet.

Noch offensichtlicher ist der Widerspruch, der die Strategie „Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung" heimsucht. Da sich die seit dem 19. Jahrhundert reichlich kultivierte Methode einer kolonialistischen und imperialistischen Erschließung neuer Märkte politisch und ökonomisch überholt hat und die Dritte Welt nur noch als billiger Rohstofflieferant von Interesse ist, bleibt bei der Suche nach neuen Konsumenten eigentlich nur übrig, mit den anderen hochindustriell warenproduzierenden Gesellschaften um die dort vorhandenen Märkte zu konkurrieren, sprich, billiger als die anderen Industriestaaten zu produzieren. Dazu ist eine Senkung der Produktionskosten mittels Rationalisierung und Verbilligung der Arbeitskraft, sprich, mittels Erzeugung von Arbeitslosigkeit und Abbau des Sozialstaats, nötig. So entsteht das Paradox, dass die Kaufkraft im eigenen Land geschwächt werden muss, um die Chancen des Absatzes der inländischen Produktion auf den anderen Märkten zu erhöhen. Dass Arbeitnehmer und Gewerkschaften dies als vernünftig mittragen, zeigt, wie sehr sie bereits hinter dem Wahnsinn eines zwecks Erhaltung der Subsistenz über alle historisch-natürlichen Grenzen hinausgetriebenen und aus rein kapitalsystematischen Gründen praktizierten Konsums stehen, wie sehr sie also im oben explizierten Sinne faschistisch organisiert sind.

Nationalsozialismus als Präludium

Wie passt nun aber die nationalsozialistische Episode, der Faschismus im engeren, nicht sowohl ökonomisch-strukturellen, als vielmehr politisch-funktionellen Sinne, in dieses Bild? Was hat er mit der hier skizzierten Tendenz zum von allen Gruppen getragenen, weil als conditio sine qua non der Subsistenz erfahrenen Konsumzwang zu tun? Immerhin scheint der Nationalsozialismus seinen Aufstieg und die Durchsetzung seines totalitären Systems nicht dem konsumtiven Überfluss und Absatzproblemen, sondern der Arbeitslosigkeit und Lebensnot zu verdanken. Das stimmt, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Tatsächlich ist die Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre als eine wesentliche Voraussetzung für die faschistische Machtergreifung Resultat einer Überproduktion und Absatzkrise. Nicht zwar einer absoluten wie der heutigen, bei der die stagnierende Nachfrage aus einer Mischung aus Übersättigung, fehlender Umverteilungsmöglichkeit und nicht vorhandener imperialistischer Perspektive resultiert, wohl aber einer relativen, weil die kapitalistische Produktion nach dem Ersten Weltkrieg so schnell und auf so hohem Produktivitätsniveau wieder anläuft, dass die Nachfrage mangels Kaufkraft (Inflation, Reparationen, restriktive Kreditpolitik) nicht entfernt Schritt halten kann. Es kommt zu einer jähen Verstopfung des Markts mit nicht absetzbaren Waren, einer Verhinderung der Wertrealisierung und einem Zusammenbruch der wirtschaftlichen Aktivitäten auf ganzer Linie. Es wird unter quasi künstlichen, quasi experimentellen Bedingungen vorgeführt, was passiert, wenn zwar (Gebrauchs)Werte produziert werden, diese aber nicht als (Tausch)Wert realisiert, als mehrwertiges Kapital wieder für weitere Produktionsprozesse verfügbar gemacht werden.

In anderer und doch ähnlicher Weise wie heute die Industriestaaten steht damals der faschistische Staat vor der Aufgabe, der stagnierenden, durch eine (relative) Absatzkrise zum Erliegen gekommenen Wirtschaft unter die Arme zu greifen, neue Konsumenten, neue Märkte für sie zu rekrutieren, neuen Bedarf, neuen Konsum für sie zu organisieren. Der Unterschied zu heute besteht darin, dass der nationalsozialistische Staat erstens die neuen Konsumenten im eigenen Land vorfindet, vorausgesetzt, es gelingt ihm, das durch die Wirtschaftskrise produzierte Arbeitslosenheer ohne Umverteilung mit Konsumkraft auszustatten. Und dass er zweitens den neuen Konsum nicht durch eine von ihm finanziell und organisatorisch unterstützte Erweiterung der vorhandenen Konsumgüterpalette auftun kann, sondern dass er ihn ganz auf eigene Faust, aus eigenem Bedarf schaffen muss. Das faschistische Rezept lautet mit anderen Worten Arbeitsdienst und Aufrüstung. Der Staat tritt gleichzeitig als Großkonsument und Großarbeitgeber auf. Diese besonderen Bedingungen und Lösungsstrategien der nationalsozialistischen Probe aufs Exempel eines ökonomisch-strukturellen Faschismus verurteilen das Experiment zu einem relativ raschen Scheitern. Als Großkonsument und Großarbeitgeber verschuldet sich der nationalsozialistische Staat hoffnungslos, kann er überhaupt nur durch Autarkie und Abschottung gegebenüber dem Weltmarkt so verfahren, wie er das tut, und wird zwangsläufig, der Logik seiner Arbeitgabe und seines Konsums folgend, in den Krieg getrieben, weil der ihm die einzige Möglichkeit bietet, die Infrastruktur und Rüstung, die er auf Kreditbasis geschaffen und gekauft hat, als „Produktionsmittel" für die „Schöpfung" von Wert einzusetzen.

Dennoch bleibt der politisch-funktionale Faschismus, der Faschismus im engeren Sinn, ein Probelauf, eine Vorübung auf den ökonomisch-strukturellen, alltäglichen Faschismus unserer

Zeit; und das beweist nicht zuletzt die Fortdauer dreier Strategien, die der Nationalsozialismus zur Durchsetzung seiner massiven Intervention, seines Avancements zum Generalunternehmer entwickelt. Die erste dieser Strategien ist die Vereinigung von Kapital und Arbeit unter einem Dach; Arbeitskämpfe müssen verhindert und vorweg geschlichtet, das Kapital muss im seiner Ausrichtung auf die Erfordernisse seines staatlich ver- und geordneten Überlebens sozialisiert werden. Die zweite Strategie besteht in der Schaffung einer Negativfolie, eines öffentlichen Feinds, der für die sich nicht integrieren lassenden gesellschaftlichen Kräfte steht, für bürgerliche Kapitaleigner und proletarisch-gewerkschaftliche Gruppen, die sich nicht in den Dienst der staatlich organisierten Wertproduktion stellen; dieser öffentliche Feind sind damals dank der deutschen Tradition des wilhelminischen Staats die Juden, die zusätzlich zur bereits traditionellen Fratze des Liberalitätsjuden nun auch noch die Maske des bolschewistischen Juden übergestülpt bekommen. Und die dritte Strategie sind Großveranstaltungen (Parteitage, Aufmärsche, Aktionstage, Sportfeste) zur Feier der neuen gesellschaftlichen Eintracht und Einheit unter dem Dach des Volksstaates.

Wenn irgend etwas die Kontinuität der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich macht, dann die Fortdauer dieses Repertoires von Strategien. Zwar ist dank des Potlatch des Zweiten Weltkriegs die Überproduktions- und Absatzproblematik erst einmal verschwunden, und insofern kann der Staat sich zurückhalten; es kann wieder bürgerliche Demokratie gespielt werden. Aber subjektiv aus Angst vor einer Wiederholung der früheren katastrophischen Verhältnisse, objektiv im unbewussten Wissen davon, wie rasch dank kapitalistischer Produktivität der Punkt der Überproduktion und permanenten Absatzkrise wieder erreicht sein wird, und prospektiv, weil man das faschistische Krisenbewältigungsinstrumentarium für den Fall eines Falles nicht missen will, hält man sich die faschistischen Strategien in abgeschwächter Form, sozusagen in Impfstoffdosierung zur Verfügung. Man befleißigt sich der sozialen Marktwirtschaft, eines staatlich vermittelten Sozialpakts zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, einer konzertierten Aktion. Man pflegt die Tradition der sportlichen, kulturellen und sozialen Großveranstaltungen. Und man macht sich in dem Maße, wie am Horizont Krisenzeichen auftauchen, auf die Suche nach einem öffentlichen Feind, wobei das allerdings noch eher in Form privaten Ersuchens an den Staat, sich um einen öffentlichen Feind zu kümmern geschieht, als dass es vom Staat selber betrieben würde, der zwar marginal (Haider, Stoiber) mit solchen Forderungen sympathisiert, offiziell aber noch eher davor zurückscheut.

Vom Korporatismus zum schlanken Faschismus

von Uli Krug

I.

Mir will scheinen, daß über das Verhältnis von „Faschismus" und „Demokratie" einige Verwirrung herrscht, die spätestens an einer Figur wie Haider sich bemerkbar macht: Kann es das geben, einen wirtschaftsliberalen, plebsizitärdemokratischen Faschisten? Wenn der an die Macht gekommene historische Faschismus, am deutlichsten in der Form des großdeutschen Nationalsozialismus, sich durch massiven Staatsinterventionismus und hierarchische Durchorganisierung der Gesellschaft auszeichnete, wie paßt dann jemand ins Raster „Faschist", der Entstaatlichung und soziale Selbstverantwortung fordert? Die durchaus zutreffende Beobachtung, daß Schröder, Blair und Haider sich nur noch dadurch unterscheiden, daß letzterer seiner Klientel unverblümt alt-braune Duftmarken zum Deregulationsprogramm hinzugibt, führt zu Verwirrung. Sieht man mit Recht in Korporatismus und Staatsökonomie, die in Österreich noch ausgeprägter sich gestaltete als im Nachkriegsdeutschland, einen direkten Nachfahren des Faschismus, den Postfaschismus am Werk, so muß ein „Systemgegner" wie Haider doch entweder ein Beleg dafür sein, daß der Faschismus keine Option für die Krisenlösung mehr darstellt, als ob Faschismus und Krise nicht den Normal-, sondern den Ausnahmezustand des Spätkapitalismus darstellen würden, oder zumindest dafür, daß die Ära des Postfaschismus sich zugunsten einer neuen Art Faschismus zu Ende neigt – des „demokratischen", wie ihn die Veranstalter dieses Kongresses in ihrem Aufrufstext bezeichnen. Sehr richtig festgehalten wird in diesem Text, daß „die neue österreichische Regierung das Gemeinschaftsstiftende der Sozialpartnerschaft beibehalten will, ihr materielles Substrat hingegen, die relativ komfortable Alimentierung der abhängig Beschäftigten überwinden will" und „daß es falsch ist, Haider nur einen Faschisten oder nur einen Demokraten zu nennen."

Richtig ist auch, daß die Erscheinungsform der „postfaschistischen Demokratie" sich unter Bedingungen verschärfter Standortkonkurrenz – auch innerhalb des Nationalstaats –, Konsolidierung der Haushalte und epochal sich verschärfender Überflüssigkeit und Austauschbarkeit von Arbeitskraft verändern. Irreführend aber ist der Begriff „demokratischer Faschismus" als Gegenbegriff zum „Postfaschismus" – und von uns auf keinen Fall so intendiert als wir die *Bahamas* 31 so betitelten –, wenn er dazu dienen soll, ein „Paradox zu fassen", ein Paradox, das darin bestehen solle, daß jemand zugleich Demokrat und Faschist ist – denn das ist alles andere als ein Paradox, der Faschismus war und ist schon immer ungemein demokratisch.

Das Mißverständnis, daß es erst eines Haiders und der Verschlankungskuren des Sozialstaats bedurft hätte, damit „die Demokratie mit Haider endgültig zu sich selbst käme und zugleich **ihren historischen Widerpart, den Faschismus, integriert"** – als ob nicht insbesondere der Nationalsozialismus die bislang tödlichste Konsequenz des Systems des gleichen und freien Tauschs gewesen wäre, Konsequenz insofern, als daß die ideale Gleichheit vor Tausch und Recht, Grundlage der Demokratie, in ihrem eigenen Progreß in die materiale Gleichheit vor Blut und Rasse, Postulat des Faschismus, umschlägt – wie es Jochen Bruhn in „Was deutsch ist" auf den Punkt bringt:

„Die Vermittlung wird einkassiert. Die zu Subjekten formierten Individuen haben ... einzugestehen, daß sie vom Kapital nicht bloß funktional instrumentalisiert, sondern vielmehr material konstituiert worden sind. Ihre Form ist schon ihr ganzer Inhalt, alles, woran sie sich halten können. Die Transformation des Staatsvolks der Bürger in die souveräne Volksgemeinschaft der Artgenossen zieht die letzte Konsequenz aus der bürgerlichen Gleichheit durch kapitalistische Vergleichung." Weil das Kapital Subjektivität sowohl konstituiert wie auch kassiert, exterritorialisiert das Individuum, das auf Gedeih und Verderb Tausch-Subjekt bleiben muß, seine eigene Bedrohtheit in eine doppelte Morddrohung:

„Im Rassismus halluziniert der Bürger seinen Untergang in krude Natur, im Antisemitismus seine Liquidation durch den hypertrophen Geist. Die – im Rassismus – so allgemeine wie diffuse Angst vorm Verschwinden seines Subjektcharakters im plump Kreatürlichen kommt – im Antisemitismus – mit der allerdings spezifizierten und exakt addressierten Furcht vor der Auflösung seiner Subjektivität durch die geheimnisvollen Mächte des Abstrakten überein." (Bruhn, Freiburg 1994, 98f)

Aufgrund von solcherlei Unklarheiten über die Beziehung zwischen Demokratie resp. Liberalismus und Faschismus resp. Nationalsozialismus will ich nicht nur über Formveränderungen sowohl faschistischer Mobilisierung als auch

des postfaschistischen Staates selber sprechen, sondern zunächst **die Kontinuität der faschistischen Epoche, wie ich sie nennen will, von Hitler bis Haider** herausarbeiten. Eine Epoche, die mit dem unwiederbringlichen Untergang der „liberalen" Konstitution von und Konstellation zwischen Proletariat, Bürgertum und Staat, begann und trotz tiefgreifender Formunterschiede zwischen Nationalsozialismus, Nachkriegskorporatismus und Neoliberalismus einige durchgängige Merkmale aufweist, die sich heute so deutlich wie schon lange nicht mehr zeigen – wenn man Nationalsozialismus und Postfaschismus nicht allein unter dem Blickwinkel der Staatskonjunktur und der auf Defizit gegründeten Vollbeschäftigung betrachtet, sondern unter dem Blickpunkt der „negativen Integration" – ein Begriff, den ich im folgenden noch erläutern werde. Nur so viel: Für die faschistische Konstitution/Konstellation ist nicht so sehr entscheidend, was es vernünftigerweise für die Einzelnen zu gewinnen gäbe, sondern die Angst, daß man beim Verlieren zu früh drankommen könnte oder zu nah am Abgrund sich befände. Selbstverständlich besitzt der Nationalsozialismus und auch der Postfaschismus ein materielles Substrat im Sinne einer mehr oder minder komfortablen Staatsalimentation – aber es ist nicht so, daß mangelnder Komfort die Integration in Frage stellen würde. Vielmehr zeigt sich der Grad von „Internalisierung von Herrschaft" dann am stärksten, wenn die *benefits* von Staats wegen kärglich werden und die Gemeinschaft um ihrer selbst willen verfolgt und bekämpft. Vielleicht ist es sogar so – und das wäre eine Folge-These, daß im plebiszitär-neoliberalen politischen Gewand und in der authentisch-egalitären Konkurrenzkultur der 90er Jahre die aller ursprünglichsten Züge und Affekte des Nationalsozialismus wieder aufscheinen. Vielleicht ist es so, daß der einstmals kollektiv organisierte Amoklauf (der Judenverfolgung) sich in den Alltag aller Einzelnen verlagert, und dort **fast** schon entideologisiert sich in wahllos scheinender Gewalttätigkeit und Diskriminierung austobt; wenn auch willkürlich scheinende Feindbesetzungen eben doch nicht zufällig sind, denn der permanente Kampf konstitutiv rassistischer und antisemitischer Staatsbürger bündelt sich periodisch und in steigender Frequenz zu immer neuen, wenn auch im Vergleich zu früher amorphen Volks- und Staatskampagnen gegen Seuchen oder Schädlinge am Ganzen (die nur ein Abglanz jenes kombinierten Unter-/Übermenschen „Das Judentum" sind, den der Nationalsozialismus vernichtete; die Sehnsucht nach einem derart kompakten Projektionsobjekt treibt allerdings noch heute die Friedhofs- und Synagogenschänder); jenes Ganze aber ist – gleich wie schlank auch immer – stets noch die Einheit von Volkskörper und Interventionsstaat.

Das Funktionieren eines faschistischen Anti-Etatismus, der Ideologie Haiders und Schröders, der Abschied vom relativen Komfort des Korporatismus und der repräsentativen Spielart der Demokratie bedarf keiner faschistischen Partei oder eines Reichsparteitags – wer danach Ausschau hält, kann sich in Ruhe zurücklehnen und uns für Spinner halten. Wessen es bedarf, ist allein das automatisierte Ressentiment gegen alle und jeden. Daran fehlt es nach 70 Jahren faschistischer Epoche wahrlich nicht; vielmehr erscheint eine Feststellung Georg Seeßlens sehr plausibel: „Die Faschisierung der Wahrnehmung und der Handlungsanleitungen war bei vielen deutschen Menschen, und so bei einer Reihe derer, die ich kenne, 1945 noch gar nicht abgeschlossen. Es ist möglich, daß es 1965 mehr echte Faschisten in Deutschland gab (ich vermute, in beiden Teilen des Landes) als 1945, und 1985 noch einmal mehr als 1965."(Natural Born Nazis, Berlin 1996, 30)

II.

Weil „eine Diskussion über das Verhältnis von Faschismus und Demokratie in den postnationalsozialistischen Gesellschaften" (Aufrufstext) nicht möglich ist, **ohne** das Verhältnis von Liberalismus und Nationalsozialismus am Anfang desselben zu klären, möchte ich **den** Grundlagentext hierzu, Horkheimers „Die Juden und Europa" von 1939, heranziehen. Nicht zuletzt um einige Grundzüge des Nationalsozialismus herauszuarbeiten, die den Begriff der „negativen Integration", wie er bereits kurz anklang, verdeutlichen sollen – „negative Integration", die das Pfund darstellt, mit der sowohl der neoliberale Faschismus Haiders als auch europaweit regionalistische und separatistische Spielarten wuchern.

Vor einer „Diskussion über das Verhältnis von Faschismus und Demokratie" bedarf es einer kurzen Verständigung über das Verhältnis von Faschismus und Nationalsozialismus. Nicht nur gilt es eine faschistische, nachbürgerliche, volksstaatliche Epoche von einer liberalen, bürgerlichen, wenn man so will vor-etatistischen Epoche des Kapitalismus zu scheiden, sondern auch den Faschismus als Gesamtepoche vom Nationalsozialismus als dessen frühen Gipfelpunkt: Den Faschismus kann man grob als progrediente Entfaltung der barbarischen Potenzen der kapitalen Subjektkonstitution beschreiben, und den großdeutschen Nationalsozialismus als epochalen Gipfelpunkt, weil in ihm konstitutives Ressentiment der Subjekte und konstitutionelle Staatsraison bruchlos in eins fallen – in den Volksstaat, der schließlich nach den Worten von Enderwitz, in einem vom Wahnsinn geschüttelten Leviathan kulminiert.

Daß nach einer solchen Kulmination die deutschen und österreichischen Zustände denen anderer westlicher Gesellschaften ähneln und doch nicht dieselben sind, hatten bereits Agnoli und Brückner in einem anderen Grundlagentext, der „Transformation der Demokratie" von 1967 hingewiesen – zu einer Zeit, als gerade erst leise Zweifel am Fortgang des „Wirtschaftswunders" aufkeimten. Daß Wohlfahrtsstaat und Krisen- bzw. Notstandsstaat prinzipiell aus einem, nämlich demokratischen Holz geschnitzt sind, Notstand die „Demokratie" nicht gefährdet, sondern ihren Charakter gerade zum Vorschein bringt, tritt schärfer hervor *„in Ländern mit einer schwachen liberalen Tradition und einer um so stärkeren obrigkeitlichen Belastung wie Deutschland."* (S. 53) Brückners und Agnolis Einsichten wird von ihrer Hellsichtigkeit nichts genommen, auch wenn ihr politischer Kontext der einer durch potentiell aufrührerische Massen gefährdeten ökonomischen und politischen Ordnung ist, und weniger der, der sich uns heute darbietet, daß die Krise die Feindseligkeit aller gegen alle in actu setzt, die der Staat in Erfüllung eines Bedürfnisses seiner Bürger in immer neuen Kampagnen gegen die von außen kommende Bedrohung, die als heimtückische Krankheit wütet, kollektiviert.

Diese Form des „permanenten Notstands", der sich als permanente zivile Generalmobilisierung präsentiert, war 1967 kaum vorherzusagen gewesen, wo sie sich doch heute noch dem traditionell überkommenen Begriffsinstrumentarium einer „marxistischen Terminologie" sperren, dem die Demokratie entweder als durch den Faschismus, gefährdet erscheint, oder die die an sich schätzenswerte Demokratie nur für eine Maskerade des Faschismus hält, statt für einen Wesenszug desselben.

Gerade vor diesem Hintergrund liest sich manche Passage der „Transformation" – trotz der genannten Einschränkungen – mit Gewinn, nämlich als Charakterisierung der postfaschistischen Epoche als einheitlicher, die sowohl den „Wohlfahrtsstaat" als auch den „schlanken Staat", sowohl den Korporatismus als auch die Kampagnendemokratie umfaßt:

„Soweit der moderne Kapitalismus sich auch vom Faschismus entfernt haben mag: der präfaschistisch-liberale Ruf nach dem ‚starken Staat' wiederholt sich postfaschistisch-neoliberal und präzisiert sich in der Bereitschaft der Privilegierten, selbst Opfer zu bringen und sich Beschneidungen aufzuerlegen, wenn dadurch die Freiheit besser geschützt werden kann."

Freiheit bedeutet nicht die Restitution der liberalen Freiheit, die nach einem Wort Horkheimers dem Arbeitslosen immer noch die Würde beließ, ihn nicht zu beachten, sondern die Aufrechterhaltung der Handlungsfreiheit des autoritären Staates, der, und sei die Zuwendung noch so kärglich bemessen, dennoch die einzige und damit fetischisierte Appelationsinstanz der Gemeinschaft der Entwerteten und Austauschbaren, sprich der Gesellschaft bleibt. Die Wiedererrichtung eines Ordo-Liberalismus im

Wohlstandsstaat ist genauso scheinhaft wie der Neoliberalismus des schlanken Staates: Mögen ihre Verlaufsformen auch noch so unterschiedlich scheinen, ist der eine eher gekennzeichnet durch Passivität und Repräsentation, der andere durch Aktivbürgertum und Selbstverwaltung, so haben beide nichts mit dem klassischen Liberalismus mehr zu tun. Die Sorge des Wirtschaftssubjektes um sich ist unwiederbringlich transformiert in die Sorge des Volksgenossen um die Handlungsfähigkeit des Staates; ein Wohl und Wehe jenseits des eigenen Staatsbürgerdaseins ist nicht mehr vorstellbar: Selbst die „private" Altersvorsorge wird in staatlichem Auftrag installiert, der kollektive *run* zur Börse wird als gesellschaftliche Verpflichtung inszeniert.

„Der Anspruch des Staates, zum Schutz des ‚Ganzen' Disziplinierungs- und Disziplinarmaßnahmen ***gegen einzelne Volksteile*** *... zu ergreifen,* ***ergibt sich aus der gleichen Kompetenz, das Geschäft des sozialen Ausgleichs zu besorgen.***" Heute angesichts der Schröders und Haiders erleben wir das Beschriebene in Reinkultur: **Der soziale Ausgleich wird gerade dadurch besorgt, daß Disziplinarmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung ergriffen werden – symbolische und handgreifliche, formalgesetzliche wie spontan-eigenmächtige.**

„Der alte liberale Staat, der sich wenig um Sozialsicherung, Rentenwesen und Arbeitsmarktordnung kümmerte, kannte nur den nackten Armee- und Polizeieinsatz gegen die streikenden Arbeiter. Der heutige politische Staat darf den Notsatnd auf alle Bereiche ausdehnen, deren Regelung ihm gesellschaftlich übereignet worden ist." Scheinen diese Bemerkungen auch eher an ein System von Notverordnungen zu denken, so gilt doch, daß **Deregulierung der Sozialsysteme von Staats wegen mitnichten eine Entregulierung** bedeuten. Die sogenannte Sozialordnung bleibt weiterhin unter Kontrolle des Staates, gerade weil sein Budget restringiert ist. Um das an etwas Alltäglichem zu verdeutlichen:

Heute kann man die soziale Schichtzugehörigkeit wieder am Zustand des Gebisses (wie an der Lebenserwartung im allgemeinen) ersehen; damit aber erschöpft sich die Parallele zur liberalen, vorfaschistischen Epoche. Dem liberalen Staat jedenfalls wäre es gleichgültig gewesen, ob sich seine Bürger die Zähne putzen oder nicht – der deregulierte Sozialstaat dehnt seine Kontrolle selbst auf diesen Lebensbereich aus, indem er Zuwendungen von der „Selbstverantwortung" der Bürger abhängig macht, ergo dem Gebißzustand und der Frequenz des Arztbesuches. Ein gewagtes Beispiel gewiß; es zeigt aber m.E. schlaglichtartig, wie tief Kontrolle in den Alltag hinabreicht, auch jenseits der schon enormen Offenlegungspflichten, denen beispielsweise Sozialleistungsempfänger unterliegen. *„Deshalb zerstört seine Praxis"*, die des Postfaschismus, *„die alte liberale Formel von der Trennung von Staat und Gesellschaft.* "Eine grundlegend wichtige Feststellung Brückners und Agnolis, denn es ist vielleicht **das** Kennzeichen der faschistischen Epoche, die ihn heute genauso wie 1933 von der liberalen Epoche des Kapitalismus signifikant und irreversibel unterscheidet: Die Aufhebung der relativen Autonomie der gesellschaftlichen Sphären zueinander. Gesetzgebung und Unterhaltung, Politik und Kunst folgen einem kollektiv geteilten Ressentiment – es ist ein und derselbe Ungeist,, der alle Bereiche durchherrscht und Faschismus und Postfaschismus solchergestalt so immens demokratisch macht. Nicht von ungefähr ersetzte im NS der Wink des Führers den Erlaß eines formalen Gesetzes, was nur deshalb funktionierte, weil ein jeder sich im Führer wiederfand, dessen Omnipotenz der gewünschten eigenen entsprach und dennoch nur dem verlängerten Stammtisch Machtworte verlieh. Immer wollte der Faschismus das Moment der Bewegung festhalten, die sich den vormalig geltenden Spielregeln entzieht und damit einerseits die größtmögliche Kontrolle über die Bevölkerung ermöglicht und andererseits auch die größtmögliche Partizipation derselben erheischt – die bitteren Scherze des Karikaturisten Achim Greser, der die NSDAP als größte Bürgerinitiative der Geschichte zur Kenntlichkeit entstellt, klären besser über das Wesen des Faschismus auf als die ganze archivarische Akribie eines Reinhard Kühnl: Der autoritäre Staat ist die staatgewordene Bewegung.

Gerade jene Kombination von Kontrolle und Kampagne kennzeichnet wieder den nachkorporatistischen Postfaschismus, dessen Exponenten Schröder wie Haider sind – was nicht heißt, daß der korporatistische Postfaschismus im Grunde ganz anders gewesen wäre: Das Maß und die Frequenz der Mobilisierung aber hängt ab a) von der Größe des zu verteilenden Kuchens wie b) vom Maß der Internalisierung des Faschismus im je einzelnen. Im „schlanken" Postfaschismus ist a) geschrumpft und b) gewachsen – beides bedingt sich gegenseitig. Der Notstand ist permanent, ohne eines Ermächtigungsgesetzes noch zu bedürfen. Die „einzelnen Volksteile" gegen die er in medialer und nicht mehr legalistischer Weise ausgerufen wird, befinden sich ohnehin bereits im Visier des „Ganzen", so daß der Staat nicht mehr den Notstand in Szene zu setzen gezwungen ist, sondern ihn als permanenten moderiert, also die Hunde an die Kette nimmt oder von ihr läßt – und nur bei Bedarf im Namen des Volkes in Gesetz und Verordnung gießt. Recht haben die Kommentatoren, die stolz darauf verweisen, daß der deutsche Herbst sich heute so nicht wiederholen könne: Er hat nämlich bis heute nicht mehr geendet.

Dieser Mechanismus ist soweit verselbständigt, daß selbst Neo-Nazis, die doch wie kaum jemand sonst die sogenannten „Ängste und Sorgen der Bürger" tatkräftig ventilieren, zum Objekt einer solchen Kampagne „negativer Integration" stilisiert werden können, wiewohl sich natürlich das Jagdfieber im Vergleich zu den Extremistenjagden der 70er in Grenzen hielt.

Dafür, daß Postfaschismus als gesellschaftlich internalisierter und habitualisierter Faschismus beschrieben werden kann, spricht nicht nur, daß der Verfolgungs-Affekt, der sich in Windeseile in politische Kampagnen umsetzt, sich mittlerweile sogar gegen offen bekennende Faschisten richten kann. Auch spricht dafür, daß tatsächlich die einzig gefürchtete Opposition, der Massenzuspruch zugetraut wird, die der Neonazis ist: Denn sie richtet sich **nicht gegen** den autoritären Staat, sondern fordert nur sein volkstümliches Idealbild ein –Vollbeschäftigung und Rassereinheit. Ein überschießendes Engagement, das prinzipiell als wünschenswert und integrationsfähig erscheint, soweit es seinen Wunsch nach traditioneller faschistischer Durchorganisierung der Gesellschaft auf realistische Größenordnungen herunterschraubt und das Verfolgen von „Asseln", „Zecken" und Ausländern dem Souverän überläßt; nur als Belohnung für ein an sich wünschenswertes Engagement läßt sich das neu aufgelegte Aussteigerprogramm der Bundesregierung lesen: 50.000 Mark allein dafür, daß man von der selbstgemachten „Nationalen Revolution" auf das Mitmachen der anstehenden „Nationalreformen" herunterschraubt.

III.

Eine unserer Thesen war, daß in der Popularität Haiders und seiner Parolen, die auf Verunmittelbarung von Herrschaft und Deregulation hinauslaufen, sich ursprüngliche, konstitutive Züge des Nationalsozialismus zeigen, ohne sein historisches Gepräge noch annehmen zu müssen – Züge, die auch der wohlfahrtsstaatliche Postfaschismus nie abgelegt hatte, wiewohl sie in ihren Erscheinungsformen gleichsam gezügelt waren. Das läßt sich u.E. an der ungebrochenen Aussagekraft des 1939 erschienenen Textes von Horkheimer über die „Juden und Europa" zeigen, der auch den legendären Satz enthält, daß vom Faschismus nicht reden solle, wer vom Kapitalsmus schwiege – Horkheimers Beobachtungen werden mir als Leitfaden für die folgenden Ausführungen dienen.

Viel, auf den ersten Blick Stichhaltiges, ist gegen Horkheimer eingewandt worden. Gewiß hatte er das mörderische Nicht-Aufhören-Können des staatlich organisierten Antisemitismus unterschätzt, ebenso wie den Durchhaltewillen der Deutschen im kommenden Krieg; Fehleinschätzungen, die aber bloß zeigen, daß die Grundlagen wenigstens noch instrumenteller Vernunft bereits stärker unterhöhlt waren als selbst die finsteren Prognosen Horkheimers die-

sen selber 1939 ahnen ließen.

Von Böswilligkeiten, die dem Mitverfasser der „Dialektik der Aufklärung" dies zum Vorwurf machen, und zu denen sich neuerdings leider auch Eckhard Henscheid herbeiläßt,[1] abgesehen, lautet die zentrale Kritik, wie sie exemplarisch Brick und Postone formulierten, in etwa so: Weil Horkheimer die auch im Nationalsozialismus kontinuierenden Widersprüche, die sich aus der politischen Ökonomie ergeben, für im schlechten Sinne des Staatskapitalismus aufgehoben erkläre, sei er in ausweglosen Pessimismus verfallen. Sicher klingen Sätze wie *„Die Ökonomie hat keine selbständige Dynamik mehr. Sie verliert ihre Macht an die ökonomisch Mächtigen."* schräg; gewiß wäre einzuwenden, daß das Kapital sich von der eigenen Krisenhaftigkeit nicht emanzipiert; gewiß wäre zu kritisieren, daß Pollocks Theorie des krisenfreien Staatskapitalismus so unhaltbar ist, wie sie sich auf Horkheimer bezieht. Pollocks Schlußfolgerung teilt Horkheimer aber gar nicht in der unterstellten Form; was klar wird, wenn man sich den Kontext des eben zitierten Satzes vor Augen führt:

„Aber die totalitäre Ordnung ist nichts anderes als ihre Vorgängerin, die ihre Hemmungen verloren hat. Wie alte Leute zuweilen so böse werden, wie sie im Grunde immer waren, nimmt die Klassenherrschaft am Ende der Epoche die Form der Volksgemeinschaft an... Die Vermittlung wird jetzt abgeschafft. Der Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft, die von der Theorie von Anfang an getroffen war. ***Ihn zu erkennen, bedarf es keiner Revision der ökonomischen Theorie. Der gleiche und gerechte Tausch hat sich selbst ad absurdum geführt und die totalitäre Ordnung ist dies Absurdum.***" (8, 116) Horkheimer trifft damit etwas, was seine wohlfeilen Kritiker verfehlen. Jene schließen aus der durchaus richtigen Feststellung, daß es nach wie vor die Abstraktionen sind, die die Menschen, auch die Mächtigen, beherrschen, durchaus falsches. Nämlich, daß der Kapitalismus immer mit sich identisch ist, daß die Chancen der Revolution immer gleich gut sind, daß die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen einen adäquaten Ersatz für die revolutionären, proletarischen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts darstellen, wie es Postone in „Time, Labour and Social Domination" anklingen läßt, und daß, zu schlechter Letzt, der Faschismus kein Einschnitt in das business as usual war, sondern gerade einmal ein Ausrutscher oder gar eine Art Preis des Fortschritts hin zur „absoluten Schranke" des Kapitals.

Dagegen erfaßt Horkheimer den Charakter des epochalen Wandels des Kapitalismus von Liberalismus in Faschismus, die Übersetzung des planlos-anonymen Marktgeschehens in unmittelbare Herrschaft; ein Wandel, der soweit geht, daß dieses Geschehen überhaupt nicht mehr als solches, sondern nur noch durch seine Übersetzung in Herrschaft erscheint, die bewußt – nicht im Sinne von aufgeklärt, sondern absichtlich und planmäßig – auf die vermaßten Einzelnen wirkt.

„Die Ausbeutung reproduziert sich nicht mehr planlos über den Markt, sondern in der ***bewußten Ausübung der Herrschaft.*** *Die Kategorien der politischen Ökonomie: Äquivalententausch, Konzentration, Zentralisation, sinkende Profitrate* ***haben heute noch reale Gültigkeit.*** *... Sie* (die Ökonomie) *ist jedoch* ***in die Praxis planmäßiger Gewalt eingegangen, die die sozialen Gegensätze unmittelbar zu meistern sucht."*** (Horkheimer: Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Reprint München 1980, Bd.8,122) **Dadurch daß alles gleich bleibt**, die abstrakte Herrschaft der Kategorien der Politischen Ökonomie, **ändert sich alles**, allem voran die Form dieser abstrakten Herrschaft, die so total wird wie der Sachzwang des hoch zusammengesetzten Kapitals. Die Einheit von Ohnmacht gegenüber der Abstraktion und Willkür in der Konkretion, die das Herrschaftspersonal des Faschismus von Anfang an kennzeichnete, wird so ein beständiger Grundzug. Die permanente Krise, die nicht zum Ausbruch kommen darf, übersetzt sich in politische Übersprungshandlungen, die kraft eigener Dynamik stets zum blanken Terrorismus tendieren: Personen sind es, die das Apersonale, die Krisenhaftigkeit der Selbstannihilation der Ware Arbeitskraft an Personen abreagieren – ob die Objekte solcher Willkür noch überhaupt in einem begründbaren Zusammenhang mit der Handlung stehen, ist uninteressant: Wer Jude und damit „unser Unglück" ist, bestimme ich, hieß es bei Hitler, bei Fischer heißt es, daß Milošević schuld an der Verelendung in Ex-Jugoslawien sei, für Schröder drücken die Arbeitslosen die Wachstumsraten der Wirtschaft: *„Die Freiheit der Führer ist Trug wie die des Geschäftsmanns; wie er vom Markt abhing, hängen sie von blinden Konstellationen ab."* (8,126)

Jedes in der einstmals abgetrennten Sphäre der Ökonomie auftretende Problem ist ein unmittelbar politisches geworden; aus dem je individuellen Scheitern bereitet die faschistisch formierte Gesellschaft, in der die Angst vor der Überflüssigkeit Volk und Herrschaftspersonal zusammenschweißt, eine Katastrophe, die die so geschaffene Mehrheit einer Minderheit bereitet und zufügt: *„Die soziale Herrschaft, die mit ökonomischen Mitteln nicht zu halten war,"* sagt Horkheimer in Vorausblick auf das Scheitern sämtlicher New Deals, wenn sie sich nicht zu Kriegswirtschaften umstellten, *„weil das private Eigentum sich überlebt hat, wird mit direkt politischen fortgesetzt.* ***Diesem Zustand gegenüber repräsentiert der Liberalismus noch in seiner Verfallsform das grösstmögliche Glück der grösstmöglichen Anzahl. Denn die Menge des Unglücks, das die Majorität in den kapitalistischen Mutterländern erlitt, ist kleiner als die heute auf die verfolgten Minderheiten konzentrierte."*** (8, 121)

Ökonomische Bedrohung oder gar Scheitern wird nicht mehr als Einzelschicksal vor einer anonymen Instanz erlitten, sondern nur noch im Kontext mit dem Staat. Er ist es, der die Unterstützung kürzt, er ist es, der auf Abschaffung des Tarifsystems drängt; er ist es aber auch, der zur Behebung der Mißstände angerufen wird, sprich, *„um die Menge des Unglücks"* auf Ausgewählte zu konzentrieren. Nicht auf eine Beschneidung dieser Funktion zielt denn auch die anti-etatistische Rhetorik des neoliberalen Faschismus, sondern auf die Reinigung des Staatshaushaltes von zögerlichen Elementen, die die barbarische Krisenlösung behinderten, und von parasitären Kostgängern. Eine Mehrheit drängt es zur Wiederholung – ob in Haiderscher oder anderer Form ist dahingestellt: Herrschaft soll wieder so unmittelbar werden, wie sie es zu Zeiten der deutschen Arbeitsfront schon einmal war; allerdings in einer sehr viel „individuelleren", flexibleren Auffächerung: Von ungarantierter Beschäftigung, über den Dumpinglohn bis hin zur durchaus traditionellen Zwangsarbeit für die Gemeinschaft:

„An Stelle des Tausches mit der Arbeit tritt das Diktat über sie. Waren die Massen in den letzten Jahrzehnten aus Kontraktpartnern Bettler, Objekte der Fürsorge geworden, so werden sie jetzt unmittelbar Objekte der Herrschaft. Im vorfaschistischen Stadium bedrohten sie die Ordnung ... Im Spätkapitalismus verwandeln sich die Völker ***zuerst*** *in Unterstützungsempfänger und dann in Gefolgschaften."* (8,119) „Zuerst" will sagen, daß es ohne Unterstützung sicherlich keine Gefolgschaft gegeben hätte, daß die Gefolgschaft aber gekündigt würde, nur weil die Unterstützung karger wird, folgt daraus mitnichten. Der Staat ist tatsächlich nach dem epochalen Zusammenbruch des mehr oder weniger ungesteuerten Marktes zum „Lebensmittel" geworden; daran ändert nichts, ob dieses Lebensmittel nun Eintopf oder bloß Wassersuppe ist; nicht einmal, daß man für die Wassersuppe sich in den Schützengraben begeben muß, ändert mehr etwas an der Verstaatlichung der Subjekte, die – nota bene – ihrem eigenen, unmittelbaren Bedürfnis entspringt. Die Zwanghaftigkeit dieser Verstaatlichung, die Gewißheit, daß allein die staatliche Handlungsfähigkeit und nicht mehr das Vertrauen in die eigene Verkaufbarkeit die Existenzgarantie noch gewährt, hat sich in einem Maße habitualisiert, daß die Kürzung der staatlichen Alimente relativ klaglos hingenommen wird. Das, was noch interessiert, womit diese Kürzung, siehe Haider, bestens verkauft werden kann, ist das Versprechen, daß die lästigen Mit-Esser vom Tisch verjagt werden. Je erschütterter das Vertrauen in die eigene Verwertbarkeit, desto polternder nicht nur das Beharren auf nationaler, rassischer Zugangsberechtigung, sondern auf der eigenen Solidität, die Fähigkeit des kleinen Mannes zur harten Arbeit und Opferbereitschaft.

Zwang soll wieder alle von Bluts wegen Gleichen zu Arbeitstieren machen, und alle diesem Zusammenhang Fremden ungleich halten, was auch für die gilt, die ihr durch Parasitismus verwirkt haben: Faulenzer, Penner und Subventionsbezieher, die nichts Erbauliches für die Gemeinschaft liefern, Kunstbaggage und jüdische Gemeinden so-wieso; aber auch Beamte und Funktionäre, die im Auge des Neiders ihre soziale Sicherheit auf Kosten „unserer" Unsicherheit behaupten. Daß man die einen nur beschimpfen, die anderen aber verfolgen soll, versteht sich für den autoritären Charakter von selbst.

Erwischen soll es die, denen man unterstellt, sie lebten besser, sie sonnte sich in unverdientem „Glück"; als logische Verlängerung des im deutschen Wohlstandsschlager romantisierten „Vagabunden" oder „Zigeunerjungen" neidet man noch dem offensichtlich Armen seine Beschäftigungslosigkeit. Friedrich Merz kann sich des Beifalls sicher sein, wenn er diese „Glücklichen" sogar aus dem bürgerlichen Verkehr, der Teilhabe am allgemeinen Äquivalent ausschließen möchte und ihnen nur noch Lebensmittelgutscheine statt Geldleistungen gönnt, wie jetzt schon den Asylbewerbern. Ein ähnliches „unverdientes Glück" wittert man aber ausgerechnet auch bei den Kujonierern solcher Parasiten, den Beamten des Öffentlichen Dienstes, deren Existenzsicherheit als genauso parasitär am Staat angesehen wird wie das vom Staat verwaltete und alimentierte Elend: Dem Steuerrebell, der gegen Korruption und Verschwendung sich wendet, ist jede Mark zuviel, die in derlei Usurpatoren gesteckt wird. All das ist ihm Betrug an der Gemeinschaft, deren innerer Kitt das neidvolle Wachen darüber ist, daß ja keiner aus der Phalanx des Unglücks sich davonstiehlt – eine gemeinsame Lehre aus dem deutschen Parteienskandal und dem Aufstieg der FPÖ. *„Die Unteren dürfen nicht zu glücklich werden, sonst hören sie auf, Objekte zu sein. Die Wut aber, die durch das Elend erzeugt wird, die tiefe, inbrünstige, geheime Wut der an Leib und Seele Abhängigen betätigt sich dort, wo Gelegenheit ist, also gegen das Schwache und Abhängige selbst."* (8,132) – und ist es das nicht von vorneherein, wird es dazu gemacht. Das ist das Un-Wesen der „negativen Integration", die man als gemeinsamen Willen zum Unglück beschreiben könnte. Er ist die Basis des Bündnisses von Mob und Elite: Letztere weiß diese Vorgabe sehr wohl zu nutzen, um Hemmnisse auf dem Sparkurs hinfortzuräumen, die Zustimmung zum Terror gegen die besonderen Volksteile in die „Gesundung" des Staatshaushaltes umzumünzen. Aus einer im April veröffentlichten Untersuchung geht hervor, daß 1994 in Deutschland erst 33% der Bevölkerung davon überzeugt waren, daß der, der nicht arbeite, auch nicht arbeiten wolle, während 2001 über 60% dies zu Protokoll gaben.

Der neuerdings offen ausgestellte Pseudo-Individualismus ist kein Zeichen dafür, daß der Faschismus sich demokratisiere oder gar mit dem Liberalismus aussöhnen müsse, sondern bringt offener denn je ans Tageslicht, was den Faschismus von jeher auszeichnete: Daß seine Massenverbände, genau wie das eben beschriebe Bündnis von tiefer und allseitiger Feindseligkeit bestimmt werden. Der Konkurrenzkampf aller gegen alle geht weiter nicht nur mehr im Sinne eines objektiven Schicksals, sondern im Sinne subjektiv ausgeübter wie erlittener Willkür, als die die Ohnmacht gegenüber dem objektiv sich vollziehenden Verhängnis auftritt; der neueste Faschismus muß im Gegensatz zu seinen Vorläufern nur weniger so tun, als ob er die eigenen traditionellen Lügen von Solidarität und nationaler Geborgenheit noch glauben würde. Er ist so selbstverständlich geworden, daß er seine Geschäftsgrundlage, die willkürliche Selektion, offen preisgeben kann, ohne noch wie sein historischer Vorgänger Mimikry an die Solidarität einer revolutionären Bewegung betreiben zu müssen. Gerade die wachsende Gleichheit derer, die um die Vernutzung ihrer Arbeitskraft zu einem existenzsichernden Preis ringen, setzt die Willkür der Selektion von Staats wegen in den 90er Jahren in fast vergessene Kraft.

„Die Lüge von der Gerechtigkeit ... die Lüge von der freien Bahn, die Lüge vom Gottesurteil des Erfolgs sind durchsichtig geworden", aber so zwingend wie je, denn *„die Bürokratie entscheidet über Leben und Tod. Sie schiebt die Verantwortung für das Scheitern von Existenzen nicht wie die alten Kapitalisten auf Gott, sondern auf staatliche Notwendigkeit."* Horkheimer erkannte den zutiefst asozialen Charakter, der den Zwangsverbänden des NS eignet und der in der Hierarchisierung und Organisation des sozialen Abstiegs à la Schröder und Haider offen sich als „Demokratisierung" zeigt: Sehnsucht nach unmittelbarer Herrschaft und Lust am Abschuß gerade dessen, der einem zutiefst in Überflüssigkeit und Austauschbarkeit ähnlich ist.

1 *Henscheid E.: Die Nürnberger Rassengesetze. Sowie ihr Echo bei der Kritischen Theorie, in: Ders./G. Henschel: Jahrhundert der Obszönität, Berlin 2000, S. 181ff.*

Gemeinschaftsbildung und Verfolgungswahn

ZUR BESONDERHEIT DES ÖSTERREICHISCHEN SYNDROMS

von Heribert Schiedel

Eine brauchbare Theorie des Antisemitismus und Rassismus hat nicht deren Objekte zum Gegenstand, sondern deren Subjekte, konkret die national vergesellschafteten WarenbesitzerInnen. Um das Spezifische am österreichischen Syndrom herauszuarbeiten, muß die besondere Form der ideologischen Vergesellschaftung in Österreich analysiert werden. Diese soll unter einigen Aspekten – allen voran sozialpsychologische – thesenhaft diskutiert werden.

1.

Antisemitismus und Rassismus stellen jene Handlungs- und Denkformen dar, die es dem bürgerlichen Subjekt erlauben, das Bedürfnis nach Unterwerfung und Aufruhr gleichzeitig zu befriedigen. Sie sind nicht isoliert zu betrachten, sondern als integraler Bestandteil des autoritären Syndroms. Als dessen weitere Bestandteile gelten: Konformismus, Konventionalismus, Verantwortungsscheu, autoritäre Unterwürfigkeit und Aggression, Ticketdenken, Antiintellektualismus, soziale Erstarrung, Neigung zur Irrationalität, Unfähigkeit mit Aggressionen und inneren Spannungen/verbotenen Wünschen umzugehen (erhöhte Neigung zur Projektion).

Wir können vermuten: Je stärker die Identifikation mit den herrschenden Normen, desto heftiger die ablehnende und haßerfüllte Reaktion auf all diejenigen, welche diesen Normen – tatsächlich oder vorgestellt – nicht entsprechen. Auf gesellschaftliche Ebene gebracht heißt das: Je repressiver (in ideologischer Hinsicht) und uniformierter eine Gesellschaft, je rigider das Normale, desto stärker die autoritären Aggressionen. Im Rassismus richten sich diese gegen das „Unwerte" oder „Unten", im Antisemitismus gegen das „Übermächtige" oder „Oben".

2.

Auch auf die Gefahr hin, der Apologie des Liberalismus und der ihn tragenden Klasse geziehen zu werden: In Ländern ohne gelungene bürgerliche Revolution und mit ausgeprägter autoritärer Tradition bleibt die Gemeinschaft und die Sehnsucht nach ihr virulenter als anderswo. Voller Neid wird das auch von deutschen Antiliberalen anerkannt: *„Für den deutschen liberalen Individualisten, der auf sein Grundrecht pocht, ganz unvorstellbar: Der Österreicher wird in eine kollektive*

Haftung gegenüber der Gemeinschaft genommen. (...) In Österreich ist die Staatspraxis schon auf Konsens angelegt, absolutes Ausleben der eigenen Ansprüche ist suspekt, spätestens seit dem Bürgerkrieg von 1934. (...) Eine Sache um ihrer selbst willen tun, das ist hier nicht möglich. Das verhindert Extremismus und trägt zur Einheit des Volkes bei."[1]

Während die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft durch das individuelle aber gemeinsame Interesse (am Tausch von Waren) verbunden sind, ist die Gemeinschaft notwendig essentialistisch (als Gemeinschaft der von Natur aus Identischen) gefaßt. Soziale Konflikte werden hier weniger als Interessenkonflikte wahrgenommen, sondern als Versuche von „Fremden", die Gemeinschaft zu zersetzen. Je ausgeprägter die Volksgemeinschaft oder die Sehnsucht nach ihr und je geringer die Bereitschaft, sich mit der sozialen Macht anzulegen, desto größer der Haß auf die Nicht-Identischen. Als Ersatzobjekte ziehen sie sich die soziale Aggression, die sich in Volksgemeinschaften nicht anders artikulieren kann/darf, zu. Während sich der autoritäre Moment dieser Aggression gegen MigrantInnen richtet, zielt der rebellische auf Juden und Jüdinnen oder „Politbonzen" und „Bürokraten". Letztere nennt Adorno den „gerade greifbaren Ersatz für das eigentliche Haßobjekt, die Juden"[2].

3.

Eine weitere Folge der Niederlage des klassischen politischen Liberalismus ist die anhaltende Macht des Etatismus: Die Thesen, wonach „sich in Österreich eine besonders starke staatlich-bürokratische Tradition entfaltet hat", „Modernisierungen häufig von oben ausgehen" und „sich die ‚bürgerliche Gesellschaft' nie so recht vom Staat freispielen kann"[3], scheinen mir mehr als plausibel. Angesichts dieser Tradition kann ein deutscher konservativer Staatsfetischist schon mal ins Schwärmen geraten: „*Österreich ist in seinem Kern nicht liberal, sondern etatistisch. (...) ‚Freie Entfaltung der Persönlichkeit' auf Kosten der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit existiert hier nicht. (...) Der Staat ist mehr als die Summe der Einzelpersonen. Den absoluten Vorrang der Einzelrechte gegenüber den Gemeinschaftsrechten – wie in Deutschland – gibt es nicht.*"[4]

Die spezifische Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft von oben und die Kontinuität im Etatismus verstärkte die Reproduktion zeit-inadäquater (vorbürgerlicher) Bewußtseinsinhalte. Wahrscheinlich nur hierzulande kann eine Partei wie die FPÖ, die zwar „den Gedanken der Marktwirtschaft" vertritt, jedoch „ohne sich aber eine Marktgesellschaft zu wünschen"[5], so erfolgreich sein. Die Marktwirtschaft ist für Jörg Haider, dieser Personifikation des österreichischen Syndroms, eine Ausgabestelle für Sekundärtugenden, während die dazugehörende Gesellschaft „freier" Individuen den Keim der Zersetzung in sich trägt: „*In der Wirtschaft und der Arbeitswelt gilt Ordnung, Disziplin, Leistung (...), während in der kulturellen Sphäre Expressivität, Bindungslosigkeit und Spontaneität dominieren.*"[6]

4.

Wenn es stimmt, dass Antisemitismus und Rassismus maßgeblich mit der Entpolitisierung (i.e. Ethnisierung) des Sozialen erklärt werden kann, ist das wahre Ausmaß des Problems erkennbar. Gerade der „Österreicher" – verstanden als kritischer Idealtypus und nicht als Realkategorie – ist im engeren Sinne unpolitisch. Dies ist jedoch nicht mit seinem „natürlichen" Charakter als vielmehr vor dem historischen Hintergrund erklärbar. Die enge Verzahnung des Sozialen mit dem Nationalen hat hierzulande eine lange Tradition und ist von daher nicht so einfach von heute auf morgen aufzulösen. Die Sozialdemokratie, die in Österreich mehr auf den ideologischen Einfluß von Lassalle und Dühring anstatt auf den von Marx und Engels zurückzuführen ist, entstand aus dem Deutschnationalismus. Sie wurde in der Folge zum Transmissionsriemen völkisch-nationaler Interessen im sozialen Gewand und machte alle möglichen Konzessionen an den Nationalismus und Antisemitismus. Diese historische Leistung würdigt Haider, wenn er die Tatsache der „vielfach identische(n) Wählerpotentiale" von SPÖ und FPÖ damit erklärt, dass „der Sozialdemokrat im klassischen Sinne nie links gewesen ist und daher mit vielen Positionen, für die wir eintreten, übereinstimmt".[7]

Alles in allem läßt sich sagen, dass es der Sozialdemokratie und den angeschlossenen Gewerkschaften – spätestens nach 1945 – gelungen ist, den Menschen die ohnehin unterentwickelte Fähigkeit, soziale Interessen als solche zu erkennen und danach (kollektiv) zu handeln, auszutreiben. Auch darin baute die postfaschistische Demokratie auf den Ergebnissen nationalsozialistischer Herrschaft: Diese bedeutete einen enormen Schub bei der materiellen wie ideologischen Integration der ArbeiterInnenklasse ins nationale Kollektiv. Als neuer Mittelstand mit kleinbürgerlichem Bewußtsein blieb das Proletariat auch nach 1945 Träger von „standort-inadäquaten Ideologien" (Theodor Geiger) und wurde als solcher Objekt sozialdemokratischer Verwaltung. Der Kern dieser Ideologien – die entrüstete Leugnung, Klasse zu sein, und der Kampf gegen die Wirklichkeit und Idee des Klassenkampfes – blieb dabei unangetastet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: In Österreich stimmen heute mehr als 90% dem volksgemeinschaftlichen Stehsatz zu: „Im Ringen um eine gesunde Wirtschaft sitzen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im selben Boot."

Zusammenfassend läßt sich die politische Kultur wie folgt beschreiben: „*Österreich (...) weist den höchsten Prozentsatz an politisch Inaktiven und Konformisten, den geringsten an Reformisten, Aktivisten und Protestierenden auf; die österreichische Politische Kultur räumt Widersetzlichkeit, Dissidententum, Anderssein nur einen geringen Raum ein; kurz: von allen untersuchten Ländern zeigt Österreich die deutlichsten Züge einer ‚Untertanenkultur'*".[8]

5.

Was oben über die Sehnsucht nach harmonisierender Gemeinschaft gesagt wurde, gilt sinngemäß auch für die Sehnsucht nach personaler Herrschaft. Auch darin ist die Volksgemeinschaft der patriarchalen Familie ähnlich, nämlich dass sie durch eine übermächtige Autorität zusammengehalten wird. Der kulturelle Traditionsbestand, welcher den Wunsch nach einem „Führer" oder „starken Mann" maßgeblich determiniert, reicht weit hinter den Nationalsozialismus zurück und speist sich – neben der bewußten Zustimmung zu den jeweiligen Programmen – aus der gleichen Quelle: der Unfähigkeit zur kritisch-produktiven Abgrenzung gegenüber der (elterlichen) Autorität. Diejenigen, die den Zumutungen der elterlichen Macht hilflos ausgesetzt blieben, tragen den nicht bewältigten Ambivalenzkonflikt dann auf der politischen Bühne aus: Dabei werden die Unlusterfahrungen und die von daher rührenden aggressiven Impulse von der zu liebenden Autorität („Kaiser" oder „Führer") abgespalten und auf scheinbare Autoritäten wie „Bonzen", „Polit-Bürokraten" oder eben das allmächtige „Judentum" übertragen.[9]

6.

Eine weitere Folge des Ausbleibens einer bürgerlichen Revolution ist die ungebrochene Macht des antimodernistischen Katholizismus und die fehlende/unvollständige Trennung von Kirche und Staat. So sehen sich die „Österreicher" nach wie vor als exklusiv-christliche Gemeinschaft, die ihre Identität über Jahrhunderte durch Abgrenzung nach außen (Türken) und innen (Juden und Jüdinnen) bezog. „*Jede historische Analyse muß davon ausgehen, daß die österreichische Volkskultur in ihrer Tiefenstrukutur antijüdisch gezeichnet ist.*"[10] Daher weisen heute die ländlichen Regionen, in welchen diese Kultur noch immer hegemonial ist, die höchsten Antisemitismus-Werte auf. Mit Hitler hassen die BewohnerInnen dieser Regionen Wien seit jeher: Das bäuerliche Ressentiment gegen die Großstadt als Synonym für Moderne und Zivilisation steht in wechselseitigem Zusammenhang mit Antisemitismus. Wenn jetzt FPÖ- und ÖVP-PolitikerInnen die Tracht, jene Uniform der AntisemitInnen[11], zurück auf die politische Bühne bringen, so stellt dies tatsächlich ein (mehr oder weniger bewußtes) politisches Programm dar. Zudem determiniert dieser alltagsreligiöse Antijudaismus aktuelle Formen der sozialen Wahrnehmung von Differenz: Wie die religiöse Urform des Antijudaismus stellt auch

der Neo-Rassismus auf kulturelle Unterschiede – v.a. auf unterschiedliche Religion – ab. Gerade das Feindbild Islam korrespondiert in seinen Motiven mit antijüdischen Traditionen.

Der anhaltenden Macht des Katholizismus kommt durch dessen gegenreformatorischen Charakter zusätzliche Bedeutung zu: Unter dem Druck der Gegenreformation wurde massenhaft jene Verhaltensweisen eingeübt, die Österreich bis heute prägen – Konformismus, Anpassung und Heuchelei.

7.

Österreich bzw. die österreichische Familie „ist eine Brutstätte der Neurose".[12] Der schon angesprochene Haß auf die Eltern darf gerade hierzulande, wo die Familie den Rang einer Staatsreligion hat[13], nicht ausgedrückt und muß so verdrängt werden. Dieses in der Kindheit eingeübte Verhalten wird später derart konsequent fortgesetzt, dass Österreich „geradezu eine ‚Verdrängungsgesellschaft'"[14] genannt werden kann. Die Gemeinschaft der VerdrängerInnen ist angesichts ihrer unbewußten Grundlage besonders gefestigt und in ihren Reaktionen auf „Fremde" und KritikerInnen (des Verdrängungsvorganges) besonders haßerfüllt. Hier ist die österreichische Disposition zum Antiintellektualismus angedeutet. Wenn es zustimmend heißt, in Österreich sei „der Typus des Berufskritisierers, des großstädtischen Zersetzungsdenkers nicht verbreitet"[15], so wird instinktiv die Gefahr erkannt, die von intellektueller Kritik ausgeht: sie ist in der Lage, die Grundlagen der Gemeinschaftsbildung bewußt zu machen und somit zersetzend zu wirken.

Der Verdrängungsvorgang ist jedoch nicht total, d.h. ein klein wenig Haß auf die (elterliche) Autorität bleibt bestehen. Dies führt zu massiven Schuldgefühlen, welche wiederum ein unersättliches Strafbedürfnis (s.u.) nach sich ziehen.

8.

Der „Österreicher" ist das Ergebnis einer kollektiven narzißtischen Kränkung („Der Rest ist Österreich", 1918), die sich permanent reproduziert. Zunächst suchte der „Österreicher" seine Heilung im narzißtischen Größenselbst des „Deutschen", wobei er sein „Deutschtum" jedoch dauernd unter Beweis stellen mußte. Im eliminatorischen und exterminatorischen Antisemitismus tat er das auch: Der „Österreicher" – noch dazu wenn er Odilo Globocnik heißt – wird je mehr zum „Arier", je mehr er die Juden und Jüdinnen haßt, verfolgt und ermordet. Hier ist eine Ursache dafür angesprochen, warum der Antisemitismus in der „Ostmark" um so vieles „radikaler" war als im „Altreich".

Doch 1945 wurde auch diesem Heilungsversuch die Grundlage entzogen. Dieses kollektive Trauma – verstärkt durch den Verlust des geliebten „Führers" – wurde nun verdrängt.[16] An die Stelle der Trauerarbeit traten neue Identifikationen: *„Sozialpartnerschaft und österreichisches Nationalgefühl erhalten (...) Züge von zwanghaften Gegenbesetzungen, die an die Stelle von Erfahrungen treten, die unbewußt gemacht werden sollen."*[17] Es blieb 1945 keine Zeit, Antisemitismus, Rassismus und Autoritarismus öffentlich zu thematisieren, mußte sich doch die vormalige „Volksgemeinschaft" mit notwendig manischem Eifer dem „Wiederaufbau" widmen. Nach der Bereicherung an jüdischem Eigentum und der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen erlaubte auch diese nationale Großtat keine störenden Fragen. Karl Renner, eine weitere Personifikation des österreichischen Syndroms, in seinem Aufruf vom 27. April 1945: „Österreicher! Schließt Euch zusammen zur Wiederaufrichtung Eures freien Gemeinwesens und zum Wiederaufbau Eurer Wirtschaft! Vertagt allen Streit der Weltanschauungen, bis das große Werk gelungen ist!"

Diese Aussetzung der politischen Auseinandersetzung brauchte aber gar nicht verordnet werden, sie ist das logische Resultat der ängstlich-vermeidenden Haltung gegenüber der NS-Vergangenheit: Die Vermeidung blieb nämlich nicht auf den Nationalsozialismus beschränkt, sondern dehnte sich auf andere Bereiche aus. Am Ende wurde „die Berührung politischer Themen überhaupt vermieden, die Übernahme jeglicher politischer Aufgaben und Verantwortung abgelehnt."[18] Darin verstärkte die Tabuisierung der NS-Verbrechen den bereits erwähnten un-, ja antipolitischen Charakter des „Österreichers". Was heute als gefestigtes österreichisches Nationalbewußtsein und sozialer Friede gefeiert wird, ist also vor allem das Resultat eines spezifischen Umganges mit der NS-Vergangenheit, welcher aber auch aus älteren Traditionslinien gespeist wird und diese wiederum überlagert und verstärkt.

9.

„Demokratie (auf österreichisch) bedeutet: Berührungsverbot der Vergangenheit."[19] Der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus kann allgemein als Externalisierung beschrieben werden. Diese *„wirkt auch dahingehend, daß dieser historischen Erfahrung nur eine marginale Bedeutung für die Selbstreflexion des politischen und gesellschaftlichen Systems nach 1945 zukam. Die neue politische Ordnung sah es nicht als Aufgabe, politische Werthaltungen zu institutionalisieren, die als klare abgrenzende Antwort auf das NS-System zu verstehen waren."*[20]

Die Externalisierung des NS erfolgt v.a. in Form des Opfermythos. Tatsächlich stellt das Bekenntnis zur österreichischen Nation auch eine rückwärtsgewandte Identifikation zum Zweck der kollektiven Schuldabwehr dar: Weil bei den Alliierten Österreich als erstes Opfer der NS-Aggression durchging, sah sich seine Bevölkerung ebenso. Diese Selbstwahrnehmung als Opfer fand seine Deckung bei der politischen Macht, die damit erfolgreich Entschädigungszahlungen an die tatsächlichen Opfer abwehrte.

Daneben war der Austro-Patriotismus als Antithese zum Deutschnationalismus nach 1945 die einigende Klammer unter den postfaschistischen Eliten. Im von diesen verordneten kollektiven Abrücken vom deutschnationalen Ticket, auf dessen Bestandteil der nicht eigenständig thematisierte Antisemitismus reduziert wurde, erschöpfte sich weitgehend die ideologische Entnazifizierung. Trotzdem wollten viele im Wachsen des österreichischen Nationalbewußtseins antifaschistische Haltungen massenwirksam werden sehen. Da die FPÖ bis 1997 am Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft" festhielt, schien diese Annahme auch Berechtigung zu haben. In Wahrheit konnten gerade im transformierten Nationalismus antisemitische Einstellungen ungehindert fortleben.

Auch das „Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie"[21] wurde durch den Opfermythos erleichtert, garantierte er doch das Desinteresse der Alliierten und der internationalen Öffentlichkeit. Mit dem Staatsvertrag und dem Abzug der Alliierten war Österreich im Bewußtsein der Bevölkerung „frei", auch und gerade vom Zwang, sich mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen zu müssen. Weitgehend „frei" war der „Österreicher" auch von „Umerziehung" und der zivilisatorischen Kraft des Auslandes, was Maier-Bergfeld neidvoll anerkennt: *„Österreich hat – durch seine Opferlegende – bis 1988 (...) vermeiden können, zum Dauerobjekt einer politisch instrumentalisierten Vergangenheitsbewältigung gemacht zu werden (...). Daher hat auch die weltweite Kulturrevolution von 1968 in Österreich keine nennenswerten Flurschäden angerichtet."*[22]

10.

Der Opfermythos ist daneben eine Form der Abwehraggression. Die österreichische Nation als Opfergemeinschaft basiert auf kollektiver Verleugnung, Verdrängung und Absperrung. Diesen Reaktionsweisen folgt grundsätzlich immer die eingeschränkte Wahrnehmung der Realität, die Scheu vor Konflikten und Erstarrung des sozialen Lebens, der Hang zur Stereotypenbildung sowie die soziale Paranoia, die regelmäßig in Haß auf alles Nicht-Identische umschlägt: *„Die Abwehr kollektiv zu verantwortender Schuld (...) hat ihre Spuren im Charakter hinterlassen. Wo psychische Abwehrmechanismen wie etwa Verleugnung und Verdrängung bei der Lösung von Konflikten (...) eine übergroße Rolle spielen, ist regelmäßig zu beobachten, wie sich die Realitätswahrnehmung einschränkt und stereotype Vorurteile sich ausbilden; in zirkulärer Verstärkung schützen dann die Vorurteile wiederum den ungestörten Ablauf des Verdrängungs- oder Verleugnungsvorganges."*[23]

Dieser Vorgang verstärkt die grundsätzlich dem autoritären Charakter zugeschriebene Unfähigkeit, authentische Erfahrungen zu machen.

11.

Wie jede kriminelle Organisation wird auch die „sekundäre Volksgemeinschaft" (Gerhard Scheit) durch das Verbrechen und das Schweigen darüber zusammengeschweißt. Diejenigen, die entweder lästige Fragen stellen oder schon allein durch ihre Existenz an Auschwitz erinnern, werden (wieder als die Gemeinschaft zersetzende „Fremde") zu Objekten des Hasses und der Verfolgung („sekundärer Antisemitismus").

12.

Im Gefolge der Diskussion um die NS-Vergangenheit des ÖVP-Präsidentschaftskandidaten Waldheim und dem Drang der politischen Eliten in die EU geriet der Opfermythos gegen Ende der 80er Jahre in die Krise. Nun war der „Österreicher" verstärkt angehalten, Verdrängungsleistungen zu erbringen. Die Krise des Opfermythos bedeutete für den „Österreicher" eine neuerliche narzißtische Kränkung, zu deren Heilung Haider erfolgreich angetreten ist. Dieser Erfolg Haiders als „magischer Helfer" (Erich Fromm) rührt daher, dass auch er „im allgemeinen ein meisterlicher Verkäufer seiner eigenen psychischen Defekte (ist)."[24] Wie jeder erfolgreicher Führer muß auch Haider „selbst als absolut narzißtisch erscheinen (...), um die narzißtische Identifizierung zu ermöglichen".[25] Die persönlichen Verletzungen, die Haider als Kind aus nationalsozialistischem Elternhaus erfuhr, bilden seinen zentralen Antrieb: Haiders Agitation und deren Erfolg verschaffen ihm jene „großartige(n) narzißtische(n) Zufuhr, die das narzißtisch gekränkte Kind des nach 1945 lange Jahre (wahl-)rechtslosen Vaters psychisch dringend braucht."[26]

Haider führt bei seiner Heilung aber öffentlich weniger die Verdrängungsleistung vor, als jene der Verneinung. *„Ein verdrängter Vorstellungs- und Gedankeninhalt kann also zum Bewußtsein durchdringen, unter der Bedingung, daß er sich verneinen läßt. Die Verneinung ist eine Art, das Verdrängte zur Kenntnis zu nehmen (...), aber freilich keine Annahme des Verdrängten. (...) Vermittels des Verneinungssymbols macht sich das Denken von den Einschränkungen der Verdrängung frei und bereichert sich um Inhalte, deren es für seine Leistung nicht entbehren kann."*[27] Besser kann Haiders stellvertretender Umgang mit dem Nationalsozialismus nicht beschrieben werden.

Mit dem Wechsel der FPÖ vom Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" zu „aggressivem Österreich-Patriotismus" (1996) begann diese jedoch ihr Angebot zu diversifzieren: Nun rückte die direkte Verneinung (etwa in Form der Verharmlosung von NS-Verbrechen oder Lobpreisungen nationalsozialistischer Praxen wie die „Beschäftigungspolitik") etwas in den Hintergrund. Statt dessen versucht nun die FPÖ, den Opfermythos zu reaktivieren.

13.

Der „Österreicher" leidet unter Wiederholungszwang: Eine politische Kultur, die auf Verdrängung und Absperrung basiert, produziert den Zwang zur Wiederholung dessen, was nicht verarbeitet und bewältigt wurde. Weil Haider diese Wiederholung auf der politischen Bühne inszeniert, ist er so erfolgreich: Er „gibt den Menschen das Gefühl, daß man mit der alten Mentalität auch öffentlich wieder ungeniert herausrücken darf."[28]

Von daher rührt das befreiende Gefühl, dass sich beim Haider-Anhang einstellt und dass diesen wiederum enger an den Agitator bindet.

14.

So klein wie das Land machen sich seine Leute. Die „kleinen Leute" sind jene Subalternen, die es sich – unter tatkräftiger Mithilfe der österreichischen FunktionärInnen der Arbeit (s.o.) – in ihrem Status eingerichtet haben. Diese Selbstinfantilisierung, welche eine konformistische Verarbeitung der eigenen Ohnmacht darstellt, erlaubt einerseits das Abschieben von Verantwortung und die Selbstdarstellung als Opfer, andererseits führt sie zu paranoiden Reaktionsformen. Je kleiner sich jemand macht, desto größer, mächtiger und feindlicher kommen ihm die Anderen vor. Die protoypischen Anderen – die Juden und Jüdinnen – stellen aufgrund der ihnen im antisemitischen Diskurs zugeschriebenen Machtfülle die ideale Projektionsfläche der permanent Zukurzgekommenen dar.

15.

Die massenhafte Selbstwahrnehmung und -darstellung als „klein" hat darüber hinaus eine masochistische Komponente, perpetuiert sie doch die Ohnmachtsgefühle. Dass sich Masochismus (autoritäre Unterwürfigkeit) mit Sadismus (autoritäre Aggression) paart, zeigen auch die kollektiven Bestrafungs- und Rachephantasien, die sich gegenwärtig an „Kinderschändern", „Organisierter Kriminalität" oder „nigerianischer Drogenmafia" austoben. Der Ursprung dieser Phantasien in der anal-sadistischen Regression ist nicht zu übersehen und korrespondiert von daher nicht zufällig mit der oben erwähnten Selbstinfantilisierung. Neben diesen Phantasien beziehen die „kleinen Leute" ihren psychischen Gewinn aus der libidinösen Nähe zu „großen Männern" und der Mitgliedschaft im nationalen Kollektiv.

---

1 *Maier-Bergfeld, Peter: Deutschland und Österreich. Über das Hissen der schwarz-rot-goldenen Flagge in Wien, in: Schwilk, Heimo; Schacht, Ulrich (Hg.): Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bockgesang" und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Frankfurt/M., Berlin 1995 (3., erw. Aufl.), S. 205 An anderer Stelle heißt es: „Österreich ähnelt heute dem, was Ludwig Erhard die ‚Formierte Gesellschaft' genannt hat. (...) Universalismus zählt in Österreich wenig. Das ist bei einem Alpenvolk, das viel länger als Preußen vorindustriell geprägt war, verständlich." (ebd., S. 221)*

2 *Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a. M. 1995, S. 124*

3 *Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994, S. 15*

4 *Maier-Bergfeld a.a.O., S. 202f*

5 *Jörg Haider, in Junge Freiheit, 5. 5. 2000*

6 *ders.: Die Freiheit, die ich meine. Frankfurt a. M., Berlin 1993, S. 239*

7 *ders., in Junge Freiheit, 5. 5. 2000*

8 *Hanisch a.a.O., S. 23f*

9 *vgl. Simmel, Ernst: Antisemitismus und Massen-Psychopathologie, in: ders. (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt a. M. 1993, S. 73*

10 *Hanisch a.a.O., S. 31*

11 *Kurz nach dem „Anschluß" wurde es Juden und Jüdinnen auch per Verordnung untersagt, Tracht zu tragen.*

12 *Ringel, Erwin: Eine neue Rede über Österreich, in: ders.: Die österreichische Seele. 10 Vorträge zu Medizin, Politik, Kunst und Religion. Wien u.a., 1984, S. 9*

13 *Maier-Bergfeld: „Noch immer erzieht die – viel festere – Familie zur Einordnung, die Singleisierung ist noch nicht so weit wie in Deutschland fortgeschritten." (a.a.O., S. 206)*

14 *Ringel a.a.O., S. 13*

15 *Maier-Bergfeld a.a.O., S. 224*

16 *Streng genommen kann beim österreichischen Umgang mit den NS-Verbrechen und der eigenen oder familiären Verstrickung in diese bis in die 80er Jahre kaum von Verdrängung im psychoanalytischen Sinne gesprochen werden. Denn die weiter unten behandelte Schuldabwehr in Form des Opfermythos ermöglichte es dem „Österreicher", nicht als sich zu verantwortender (oder eben verdrängender) Täter zu erscheinen. Statt zur Verdrängung kam es vielmehr zur Absperrung, d.h. dass über den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen zwar gewußt wird, dieses Wissen aber vom Handeln und Fühlen abgetrennt bleibt. (vgl. Ziegler, Meinrad; Kannonier-Finster: Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit. Wien u.a., 1993, S. 76ff) Grundsätzlich eignet sich der Begriff der Verdrängung nur eingeschränkt, um den kollektiven Umgang mit den NS-Verbrechen in den TäterInnenländern zu analysieren, meint er doch in seiner eigentlichen Bedeutung eine unbewußte Reaktionsweise. Demgegenüber betonte Adorno,*

daß die „Tilgung der Erinnerung" an Auschwitz „eher eine Leistung des allzu wachen Bewußtseins als dessen Schwäche gegenüber der Übermacht unbewußter Prozesse" darstellt. (Adorno, Theodor W.: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.: „Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse". Ein philosophisches Lesebuch (hg. von Rolf Tiedemann). Frankfurt/M. 1997, S. 34)

17 Ziegler a.a.O., S. 33

18 Fürstenau, Peter: Zur Psychologie der Nachwirkung des Nationalsozialismus, in: Huss, H.; Schröder, A. (Hg.): Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1965, S. 128

19 Haslinger, Josef: Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich. Darmstadt, Neuwied 1987, S. 29

20 Ziegler a.a.O., S. 35

21 Adorno, Theodor W.: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit a.a.O., S. 31. Adorno bezeichnet dieses dort „als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie." (ebd.)

22 Maier-Bergfeld a.a.O., S. 214f. An anderer Stelle: „Österreich als unterkapitalisiertes Land ist wirtschaftlich noch nicht an den Weltmarkt angeschlossen (...), ist zum Teil noch autark, ist politisch paternalistisch-vormodern organisiert (...), mehr gemeinschaftlich als individuell, mehr etatistisch als als gesellschaftlich (...), eher ständisch als liberal, eher repressiv als permissiv, eher stabil als mobil, eher auf der Seite des Leviathan als auf der des Behemoth verortet. Mit einem Wort: Der Österreicher ist duldsam als Mensch, lebt aber nicht in einer liberalistischen Ordnung. Warum ist das so? Das ist einfach zu beantworten: Es gab in Österreich keine Umerziehung (...), weil es keine Kollektivschuldzumutung gab, weil es die Legende gab, man sei das erste Opfer Hitlers gewesen. (...) Das hat es in Österreich möglich gemacht, der Vernichtung der Staatstugenden zu entgehen, die psychische und tatsächliche Desarmierung zu vermeiden. Der österreichische Grantler ist kein Nationalmasochist. Österreich hat die ganz normale Erkenntnis noch nicht verdrängt und eben auch nicht verdrängt bekommen: Zieht man vom Rechtsstaat das Recht ab, so bleibt doch der Staat, das weltliche Regiment zur hoheitlichen Ordnung der gemeinschaftlichen Aufgaben eines (Teil-)Volkes, das der Integration und Identität bedarf. (...) Das ganze Geheimnis deutscher Politik ist ja der Köhlerglaube, man müsse nur alles um 180 Grad anders als Hitler machen, dann sei es schon gut und richtig. Da die Österreicher – mit Glück und List – diesen ‚Hitler-Komplex' (...) vermieden haben, haben sie sich Staat und Gemeinschaft mit ihren Vätern und Selbstachtung und Hausverstand gerettet." (ebd., S. 211f)

23 Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. Frankfurt a. M. u.a. 1970, S. 24

24 Adorno, Theodor W.: Antisemitismus und faschistische Propaganda, in: Simmel a.a.O., S. 153

25 ders.: Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda, in: Ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1971, S. 49. Allgemein kann der faschistische Führer oder Agitator „die seelischen Bedürfnisse und Wünsche der für seine Propaganda Anfälligen erraten, weil er ihnen seelisch ähnlich ist, und was ihn von ihnen unterscheidet, ist nicht irgendeine echte Überlegenheit, sondern die Fähigkeit, das was in ihnen latent ist, ohne Hemmungen auszudrücken." (ebd., S. 58)

26 Maier-Bergfeld, Peter: Gegen Erziehungsdiktatur und Gesinnungspolizei. Die Freiheitlichen als Freiheitsgarant in Österreich, Deutschland und Europa, in: Höbelt, Lothar (Hg.): Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ. München 2001, S. 272

27 Freud, Sigmund: Die Verneinung, in: ders.: Studienausgabe Bd. 3. Frankfurt a. M. 1982, S. 373f

28 Haslinger a.a.O., S. 79

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

AN- UND WIDERSTÄNDIGE ÖSTERREICHERINNEN

Von Simone Dinah Hartmann

Die Protestbewegung hat in Wien gewonnen. Isolde Charim von der „demokratischen Offensive", die für die Großdemonstrationen gegen die derzeitige schwarz-blaue Regierung verantwortlich war, sieht im diesjährigen Wiener Wahlergebnis, das sowohl Grünen wie SPÖ enorme Stimmengewinne einbrachte, eine klare Absage an die schwarz-blaue Regierung. Dieses Wahlergebnis zeige, dass man in Wien „mit einem antisemitischen und rassistischen Wahlkampf nicht punkten kann"[1]. Nun müsse die SPÖ den Mut aufbringen, um das rotgrüne Projekt in der Bundeshauptstadt auch zu wagen.[2] Grüne Funktionäre würden nicht besser kommentieren.

Wen interessieren noch Marcus Omofuma, der während seiner Abschiebung unter einem SPÖ-Innenminister zu Tode kam, wen interessieren die auch in Wien mit Vorliebe betriebene rassistische Politik der SPÖ, wen interessiert die Zurückhaltung der Wiener Grünen, die sie an den Tag legten, während Ariel Muzicant, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, und mit ihm die gesamte jüdische Bevölkerung antisemitischen Angriffen durch die FPÖ ausgesetzt war.

Spulen wir zurück

Am 12. November '99 *nach* den letzten Nationalratswahlen fand in Wien seit Jahren wieder eine Großkundgebung gegen die FPÖ statt. Organisiert wurde diese von der sich damals in der Gründungsphase befindlichen „demokratischen Offensive".

Unter dem Motto „Keine Koalition mit dem Rassismus" hieß es damals: **„Es ist eine Schande.** An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, in einem prosperierenden Land sind wir mit demagogischer Hetze konfrontiert, mit Fremdenhaß, mit der Verächtlichmachung sozial Schwacher – und mit einem dubiosen Umgang mit der Nazivergangenheit."[3] Und weiter: **„So kann es nicht weiter gehen.** Das politische Establishment darf nicht nur ängstlich um den eigenen Machterhalt besorgt bleiben – zu lange schon ging man opportunistisch jahrelang auf Haiders Forderungen ein. **Jetzt sind wir gefordert.** Ein entschiedener Neubeginn ist notwendig, eine breite Reformoffensive für die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Grund- und Menschenrechte, für die Wahrung des Rechtsstaates, für soziale Gerechtigkeit, Mindeststandards und emanzipatorische Gleichstellung. Statt Rechtsruck – Menschenrechtsruck."[4] Die weitergetragene Parole lautete: **„Schluß mit der Verhaiderung unseres Landes. Wir sind Österreich."**[5]

Fassen wir zusammen: Die Rede von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik" ist dubios; ein entscheidender Neubeginn, der sich rotgrün nennt ist notwendig; Menschenrechte, in deren Namen noch im selben Jahr ein paar Tausend JugoslawInnen zum Opfer fielen sind das Allheilmittel; und wir paar, die uns zumindest einreden „AntirassistInnen" zu sein, wir sind Österreich.

Seinen Ausgangspunkt hat dieses unsägliche Zivilgesellschaftsgequatsche bereits 1993 genommen. Damals empörte sich eine Gutmenschenschar über das Ausländervolksbegehren der FPÖ. Gemeinsam mit der SPÖ wurde ein auch aus Deutschland hinlänglich bekanntes Ritual ins Leben gerufen: das Lichtermeer. Mehr als 300.000 Kerzerlschlucker versammelten sich am

Heldenplatz und Umgebung, um den Klängen von Ostbahn-Kurti zu lauschen und Demut zu zeigen. Demut gegenüber sich selbst, sich noch immer nicht hundertprozentig ins nationale Kollektiv eingereiht zu haben. Schließlich sind Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus auch innerhalb der Anti-FPÖ-Koalition vorzufindende Denkströmungen. Aber dazu später.

Mittlerweile können die OrganisatorInnen des damaligen Fackelzuges, wie es nicht nur im rechten Jargon heißt, einiges an Erfolg verbuchen. Elf der zwölf Punkte des Ausländervolksbegehrens wurden unter SPÖ-Innenministern umgesetzt.

Ein hier nicht erwünschter Schwarzer wurde während seiner Abschiebung derart gefesselt und geknebelt, dass er starb, ohne dass der damalige SPÖ-Innenminister auch nur an einen Rücktritt dachte, und last but not least gelang der FPÖ der Sprung zur Regierungspartei. Dass der Koalitionspartner ÖVP und nicht SPÖ hieß liegt vermutlich nicht nur an den gescheiterten Verhandlungen zwischen den nationalen wie sozialistischen Volksgenossen. Immerhin war eine stille Koalition mit der FPÖ eine mögliche Option, eine Option die bereits Anfang der siebziger Jahre dazu führte, dass Kreisky fünf ehemalige Nazis in die Regierung holte.

Anfang letzten Jahres wurde die blauschwarze Regierung von einem leidend dreinschauenden Bundespräsidenten angelobt. Schon einige Tage zuvor wurde von einigen AktivistInnen die ÖVP-Zentrale besetzt. Ein Transparent mit der Aufschrift: „Für ein menschenwürdiges Österreich. Kein Pakt mit der FPÖ" zierte damals die Bundesparteizentrale der Konservativen. Der Grundstein für die Zielrichtung des Protests gegen schwarz-blau wurde hier bereits gelegt. Die nationale Ausrichtung des Protests, die positive Besinnung auf die Menschenrechte, die FPÖ als alleiniger Hort des Schreckens; all dies wurde in diesem Transparent festgehalten.

Die Besetzung der Parteizentrale hatte allerdings auch zur Folge, dass täglich mehr oder weniger spontane Demonstrationen stattfanden. Eier- und Farbbeutelwürfe gegen die ÖVP-Zentrale, die Erstürmung der Bühne des Burgtheaters, Demonstrationen, die bis weit nach Mitternacht andauerten, vermittelten ein Bild, das in Österreich bisher nicht bekannt war.

Der Tag der Regierungsangelobung wurde von lautstarkem Protest begleitet. Männer und Frauen unterschiedlichen Alters in durchaus bürgerlichen Outfits ließen Eier, Knallkörper und faules Gemüse gegen das Bundeskanzleramt fliegen. Für die Obrigkeit Anlass genug, um noch am selben Abend mit Wasserwerfern gegen mutmaßliche DemonstrantInnen vorzugehen.

Der Tag danach bot ein anderes Bild. „Keine Gewalt" keifende gewalttätige Gewaltfreie, die potentielle EierwerferInnen nicht nur verbal attackierten, übten sich in ihren staatsbürgerlichen Pflichten. Die demokratische Offensive distanzierte sich von den gewalttätigen Ausschreitungen des Vortages und trotzkistische Gruppen versuchten die Demo wieder in geregelte Bahnen zu lenken. Damit wurde das Ende des spontanen Protests eingeläutet. Nichtsdestotrotz heroisierten kampfbereite Autonome und massenverblendete TrotzkistInnen diese spontanen Ausbrüche staatsbürgerlicher Anteilnahme, deren antiemanzipatorischen Gehalt sie wohlweislich verkannten.

Für viele wahre PatriotInnen waren es wohl die angekündigten EU-Sanktionen, die sie die Österreich-Fahne schwenkend auf die Strasse trieben, um zu demonstrieren, dass es auch ein anderes Österreich gäbe. Einige hissten die EU-Fahne, Schengen sei gedankt.

Am 19. Februar 2000 findet mit etwa 300.000 TeilnehmerInnen die letzte große Manifestation des „Widerstands" gegen die schwarz-blaue Regierung statt. An der Spitze der Demonstration marschieren die Sozialdemokratie, die den Aufstieg der FPÖ erst ermöglichte. Mittendrin versuchen sich trotzkistische Gruppen im Kampf gegen Sozialabbau, schließlich haben auch die Gewerkschaften, dessen Vorsitzender Fritz Verzetnitsch einmal davon sprach, dass die FPÖ in Sachen Ausländerpolitik ein gelehriger Schüler des ÖGB sei, zu dieser Demonstration aufgerufen. Am anderen Ende des Zuges wird währenddessen mit brutalem Polizeieinsatz versucht, die „autonome, gewaltbereite Szene" vom Rest der Demo abzudrängen. Das sei mit den OrganisatorInnen der Demo – SOS Mitmensch und Demokratische Offensive – so akkordiert worden, erklärt später der Einsatzleiter Franz Schnabl.

Einige Stunden später findet im Burgtheater eine Diskussion über dies und das mit der eigens für die Großdemonstration angereisten ausländischen Politik- und Kulturprominenz statt. Zur selben Zeit werden DemonstrationsteilnehmerInnen, die Haider vom Besuch einer Pizzeria abhalten wollten, von der Polizei niedergeknüppelt. Die Anwesenden der Diskussion im Burgtheater reagieren gegenüber den DemonstrantInnen nach Bekanntwerden dieser Vorfälle mit: „Schleichts euch! Wir lassen uns von euch für nichts einspannen."

In den Reaktionen der Anti-FPÖ-Koalition wird das ganze Elend des demokratischen Antifaschismus deutlich. Das Festklammern an der österreichischen Normalität, dieser positive Bezug auf Österreich und sein „Volk" lassen es nicht zu, dem „Phänomen Haider" auf den Grund zu kommen. Während die neue Regierung von mehr als der Hälfte der hiesigen Bevölkerung Zuspruch einstreifte, wiederholten Sozialdemokratie und Grüne – mit ihnen Teile der Widerstandsbewegung – immer und immer wieder ihr Bekenntnis zum österreichischen Vaterland. Überschwänglicher Patriotismus wurde gegen den bösen Nationalismus ausgespielt. Die linksdemokratische Philosophin Chantal Mouffe betonte etwa in einem Interview mit der Wiener Stadtzeitung *Falter* die Notwendigkeit eines linken Patriotismus. „Ich weiß, dass Patriotismus aus linker Perspektive normalerweise mit Skepsis betrachtet wird, aber der Patriotismus ist eine zu mächtige Kraft, um kollektive Identitäten zu mobilisieren, als das man ihn der Rechten überlassen sollte."[6] Der Nationalismus – Patriotismus ist nur sein Kosename – tritt als quasi natürliche Größe auf, der erst gar nicht bekämpft sondern nur übernommen werden kann. Mit der gleichen Begründung könnte die Linke Antisemitismus und Rassismus einfordern: „Überlassen wir ihn nicht der Rechten, machen wir ihn selber."

Die Idiotie der Feststellung Patriotismus und Nationalismus seien etwas grundverschiedenes kommen den ZivilgesellschaftsapologetInnen nicht in den Sinn. Stattdessen wird versucht im Namen der Nation („Wir sind Österreich") gegen die Nation anzutreten. Es wird also etwas – nämlich der Nationalstaat – beschworen, das ursächlich mit dem zusammenhängt, gegen das vorgegeben wird anzukämpfen, nämlich mit Antisemitismus und Rassismus. Die Schaffung und Sicherung der Grundlage des modernen Rassismus durch den Nationalstaat, die staatliche Trennung in In- und AusländerInnen wäre ein Beispiel für diesen Zusammenhang.

Übereifrige DemonstrantInnen, die leider nicht in der Unterzahl waren, gingen gar noch einen Schritt weiter: „Wir sind das Volk", ein Slogan, der zum Vorboten der Wiedervereinigung Deutschlands wurde, tönte es lautstark, dass nicht nur MigrantInnen angst und bange wurde.

Das Volk ist in Österreich (und Deutschland) ein (potentiell) gemeingefährliches. 1996 wurde beispielsweise der Aussage „Wenn sich türkische Gastarbeiter weigern sich anzupassen, sollen sie nicht überrascht sein, wenn sie gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt sind" von 24% der ÖsterreicherInnen voll zugestimmt, 34% stimmten dem eher zu.[7]

Gleichwohl musste sich die volkstreue Opposition einiges anhören: Um den inneren Frieden besorgte Freiheitliche und Konservative forderten ein „Abrüsten der Worte" und meinten damit die Thematisierung des rechtsextremen Charakters der FPÖ. Deren Klubchef Westenthaler verlangte bereits, es „sollte keine weitere Mobilisierung der Straße mehr geben"[8]. Kanzler Schüssel wünschte, dass nach der exportbürgerlichen Großdemonstration vom 19. Februar „wieder Ruhe einkehre"[9]. Haider selbst schlug bereits vor mehreren Jahren einen etwas härteren Ton an: „Die, die da hinten schreien, werden – wenn ich etwas zu sagen habe – ihre Luft noch brauchen. Zum Arbeiten."[10]

Dabei wird freilich der Nutzen einer derartigen Zurschaustellung des „anderen Öster-

reichs" übersehen: Schließlich suggeriert dieses dem Ausland, dass die Alpenrepublik nicht mehrheitlich von einem ressentimentgeladenen Mob bevölkert wird. In autoritärem Übereifer erklärte die Regierung jedoch alle Proteste zur „Gewalt der Straße", welche zum Verstummen gebracht werden müsse. Die passenden Bilder dazu lieferten prügelnde Polizisten, deren Opfer in den Medien als „Gewalttäter" erscheinen. Mit ihren Distanzierungen von den Opfern der Polizeigewalt legitimierte die patriotische Opposition die Prügeleinsätze und bestätigt die mediale Wahrnehmung von Antifaschistinnen und Antifaschisten als „Randalierer".

Die einseitige Wahrnehmung der „Gewalt" ebenso wie die Berufung auf Österreich selbst in Zeiten politischer Ausgrenzung hängen hierzulande nicht nur mit der überall vorzufindenden Fetischisierung des Staates zusammen; die spezifische österreichische Nachkriegsgeschichte schmiedete eine Familienbande, die so leicht nicht aus der Fassung zu bringen ist. In Österreich gab es kein mit anderen europäischen Staaten vergleichbares '68. Hierzulande fanden Klassenkämpfe höchstens auf dem Papier statt. Diese Innigkeit mit der staatlichen Autorität hinterlässt seine Spuren auch im Widerstand gegen schwarz-blau.

Die Zivilgesellschaft, die sich seit einem Jahr in Österreich selbst feiert, und die volkstreue Linke setzen nach wie vor auf anschlussfähigen Protest. Die sich abzeichnende linke Volksgemeinschaft, die für sich in Anspruch nimmt, das „andere" Österreich zu sein, versucht den vom deutschen Kanzler Schröder proklamierten „Aufstand der Anständigen" ins Österreichische zu übersetzen. Hier wird nicht mit sondern gegen die Regierung aufgestanden. Ansonsten unterscheiden sich die von den offensiven DemokratInnen vorgetragenen Pamphlete nur unwesentlich von jenen der Kameraden im Altreich. Staatlichkeit wird hochgehalten. Die Forderung nach vorzeitigen Neuwahlen, die in tiefer Sorge um Österreich erhoben wird, entspricht dem Wunsch nach einer rotgrünen Regierung, deren Staatsrassismus und Entsorgung der Vergangenheit mensch in der BRD besichtigen kann.

So demonstrieren insbesondere die grünen, liberalen und sozialdemokratischen Teile der Protestbewegung, dass es Ihnen vor allem darum geht, dass sie und nicht andere die Herrschaft ausüben.

Die Hoffnung auf einen baldigen Regierungswechsel unterstellt, dass die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung mit der FPÖVP-Regierung ausgesprochen unzufrieden sei. In den Augen der An- und Widerständigen waren es die sogenannten ProtestwählerInnen, die der FPÖ massive Stimmengewinne einbrachten. Was liegt dann näher, als auf genau dieses Klientel zu setzen? Die FPÖ-WählerInnen unter den ArbeiterInnen werden als bloß Unzufriedene verharmlost, denen eine sozialistische Revolution oder zumindest ein „echter" Sozialstaat die rassistischen Flausen schon austreiben würde.

Nicht nur die Zivilgesellschaft hält an dieser recht wagemutigen These fest. Auch für TraditionskommunistInnen und TrotzkistInnen, die pausenlos vom Sozialabbau schwafeln, steht der Rassismus des gemeinen Volkes nicht zur Debatte. Einzig der rassistischen Politik des Staates soll Einhalt geboten werden. Gemäß dem Motto „Friede den Hütten, Krieg den Palästen" hoffen sie mit Anti-Sozialabbau-Parolen auf den Beifall der Massen. Dabei ist genau das die nachträgliche Legitimation für diejenigen, die die FPÖ gerade wegen ihres Rassismus gewählt haben. Aufrufe zu einem Generalstreik gehören bei den allwöchentlichen Demonstrationen zum Standardrepertoire dieser Gruppen. Der Realitätsverlust scheint um sich zu greifen. Die österreichischen Gewerkschaften machen sich momentan nämlich um nicht viel anderes Sorgen als um die Fortführung der Sozialpartnerschaft. Von Streiks ist man hier so weit entfernt wie eh und je, oder anders gesagt: In Österreich kann man Streiks in Sekunden messen. Nichtsdestotrotz hat man einen Uni-Streik ausgerufen. Die mäßige Beteiligung der Studierenden, die eben doch lieber studieren als demonstrieren, ließ dieses Unterfangen samt seiner im Generalplan vorgesehenen Ausweitung „auf die Betriebe" als völlig irreales Vorhaben scheitern.

Die Existenz antisemitischer Ressentiments wurde von der gesamten Widerstandsbewegung weitgehend verschwiegen. Es brauchte über ein Jahr schwarz-blauer Regierung, bis auch dieses Thema Einzug in die ProtestlerInnenszene fand. Anlass waren die antisemitischen Ausfälle Haiders gegen Ariel Muzicant. Als ob es nicht schon davor antisemitische Hetze von seiten prominenter FPÖ-ler gegeben hätte, reagierte die sehr österreichische Protestbewegung mit der ersten Donnerstagdemonstration die sich „primär gegen Antisemitismus"[11] richtete. Fast ein Monat medialer Auseinandersetzung mussten verstreichen ehe sich das Aktionskomitee gegen schwarz-blau zu dieser „Tat" entschied. Die Solidarität mit den Kampfmassnahmen ankündigenden LehrerInnen war eben wichtiger als gegen den antisemitischen Normalzustand anzukämpfen.

Kein Wunder, hatten doch Antisemitismus und Rassismus ihren festen Platz in der Widerstandsbewegung. So kam es bereits bei den Vorbereitungen zur Demonstration am 12. November '99 zu wüsten rassistischen Ausfällen seitens VertreterInnen von SOS-Mitmensch gegen anwesende MigrantInnen. SOS-Mitmensch bot bereits zu Zeiten der großen Koalition an, Konzepte für eine humane Schubhaft auszuarbeiten. Dessen Sprecher Max Koch gab in einem Interview mit der *Jungle World* zum besten, dass mensch nicht so unrealistisch sein kann und behaupten, jeder Ausländer könnte hier bleiben.[12]

Ein anderes Beispiel für die mit dem postfaschistischen Konsens kaum brechende Widerstandsbewegung trug sich im Oktober letzten Jahres zu. Im MUND, einem Email-Verteiler der ProtestlerInnen, wurde ein offensichtlich antisemitisches Mail veröffentlicht. Daraufhin entbrannte ein Diskussion, die in ihrer Fülle an Scheußlichkeiten nicht wiederzugeben ist. Ein Beispiel will ich hier stellvertretend für den Wahnsinn dieser Bewegung wiedergeben: „liebe widerständler: vergesst den beitrag einfach, und wendet euch dem essentiellen dingen zu. nämlich widerstand zu leisten. und das funktioniert nur wenn wir eine einheitliche front bieten. dazu gehört auch, daß man fehler anderer genauso wie die angenehmen dinge mitträgt."[13]

Werden wir wieder etwas aktueller. Am 16. März dieses Jahres fand eine von Demokratischer Offensive und mehreren MigrantInnengruppen organisierte Großkundgebung auf dem Wiener Stephansplatz statt. Diese im Zeichen des Wiener Wahlkampfs stehende Manifestation hofierte trotz wiederholter Betonung, dass dies keine parteipolitische Veranstaltung sei, eine rotgrüne Koalition, die nach den Wiener Wahlen zu bilden sei. Unter dem Motto „**GESICHT ZEIGEN! STIMME ERHEBEN!** Gleiche Rechte für alle" wurde all jenen MigrantInnenvertreterInnen eine Rede gewährt, für die die Wahrung der Demokratie eine ernste Sache ist. Die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für MigrantInnen, die bereits Wochen davor von der Wiener Wahl Partie erhoben wurde, ist notwendig. Wird diese Forderung aber nicht mit einer prinzipiellen Kritik an Staat, Nation und Volk konterkariert, gleicht sie dem Versuch den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben.

Der bürgerliche Antifaschismus, der statt einer radikalen Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse, deren Affirmation betreibt wird so zum zweiten Standbein des Staates. Er sorgt nicht nur für Ruhe und Ordnung innerhalb der Widerstandsbewegung, er sorgt auch dafür, dass diese Verhältnisse weiter bestehen. In seinem Bestehen auf Staatlichkeit sorgt auch er schlussendlich dafür, dass Menschen ermordet und eingesperrt werden. So bietet der bürgerliche Antifaschismus ein ideologisches Fundament für all diejenigen, die dem volksgemeinschaftlichen Schweigen über das, was geschehen ist, dem gemeinsam begangenen Massenmord, verpflichtet sind.

Wer aber ernsthaft FPÖ, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen will, muss aus der Volksgemeinschaft heraustreten und diese mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln angreifen. Wer dagegen ist, dass Gewalt, welcher Art auch immer, gegen Menschen ausgeübt wird, der/die

muss in letzter Konsequenz die Zerschlagung des Staatsapparates im Sinn haben. Alles anderes ist Heuchelei. Eine nicht ernst zunehmende moralische Empörung, die wenn's mal ganz arg hergeht, kurz aufschreit, um dann wie es sich für einen staatsloyalen Bürger gehört, tatkräftigst die Beamten bei der Erledigung ihrer Pflichten zu unterstützen.

1 *Der Standard, 26. 3. 2001*

2 *vgl. ebd.*

3 *Aufruf zur Demonstration am 12.11., http://www.demokratische-offensive.at/aktionen/19991112-0.html*

4 *ebd.*

5 *ebd.*

6 *Falter 9/00*

7 *vgl. Weiss, Hilde: Structural change and ethnic intolerance. Post-communist countries as compared to Austria (Forschungsbericht, vorgestellt am 22.9.1996 in Wien)*

8 *Neue Freie Zeitung Nr. 6/2000*

9 *Neue Zürcher Zeitung, 18. 2. 00*

10 *Der Standard, 5. 10. 1994*

11 *TATblatt Chronologie 22.3.2001, http://tatblatt.mediaweb.at/132chronologie-aktuell.htm*

12 *vgl. Jungle World 10/2000*

13 *MUND 20.10.2000, http://www.no-racism.net/MUND/*

Streifzüge 1998-2000

2/1998:
- Franz Schandl, Kreislauf der Ignoranz. Zu Knoll
- Alex Gruber, Totale Vergleichbarkeit
- Peter Ulrich Lehner, Demokratie und Schöpfertum durchsetzen!
- Peter Ulrich Lehner, Zum Wesen der Arbeit
- Robert Kurz, Metaphysik der Arbeit
- Maria Wölflingseder, Esoterik und die Linke
- Stephan Grigat, Pathologie des Marxismus. Zu Backhaus
- Klaus Schlesiger, Hysterische Scheingefechte? Zu Grigat

3/1998:
- Franz Schandl, Jagt die Spekulanten! Schlagt sie tot!
- Peter Schuck, Überlegungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis
- Norbert Trenkle, Was ist der Wert? Was soll die Krise?
- Karl Reitter, Die Abstraktion auf der Anklagebank? Zu Gruber
- Gerold Wallner, Demokratie und Schöpfertum sind durchgesetzt. Zu Lehner
- Stephan Grigat, Antinationale Kritik und utopischer Positivismus. Zu Schlesiger
- Franz Schandl, To give and to take. Thesen zur Metakritik des Tauschs

4/1998:
- Gaston Valdiva, Arbeit und Wahn
- Gerhard Scheit, Was bleibt von Perry Anderson?
- Franz Schandl, Der nach den Sternen greift. Zu Schrempp
- Franz Schandl, Entweder! Also! Zur finanziellen Lage
- Gerold Wallner, Und Redl ist ein ehrenwerter Mann
- Franz Schandl, Die Rechte und ihre Gegner
- Gerhard Scheit, Thesen zum „Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft"
- Gerhard Scheit, Die Abstraktion auf der Anklagebank. Zu Reitter
- Stephan Grigat, Marxismus und Obskurantismus

1/1999:
- Michael Heinrich, Untergang des Kapitalismus? Zur Krisis
- Gaston Valdiva, Arbeit und Wahn II
- Gerhard Scheit, Was bleibt von Wilhelm Reich?
- Alex Gruber/Tobias Ofenbauer, Fetischistischer Antikapitalismus
- Gerhard Scheit, Wer dankt Martin Walser?
- Stephan Grigat, Deutsche Grüne
- Franz Schandl, Entwurf zu einer Metakritik des Tauschs
- Franz Schandl, Jörg Haider und der Kleine Mann
- Franz Schandl, Der Hai, der

2/1999:
- Gerhard Scheit, Albaner auf Schindlers Liste
- Franz Schandl, Morden darf nur der Norden
- Ernst Lohoff, Der Bock ist nicht der Gärtner
- Roswitha Scholz, Wert und Geschlechterverhältnis
- Franz Schandl, Was Wert ist. Zu Heinrich
- Stephan Grigat, Nationalismus und Öcalan
- Stephan Grigat, Was bleibt von Georg Lukács?
- Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen. 1. Lieferung

3/1999:
- Franz Schandl, Wir wählen, wen wir wollen
- Ilse Bindseil, Weiblichkeit – Dialektik eines negativen Begriffs
- Gerhard Scheit, Kapital ohne Zins – Die Utopie der Moderne
- Robert Zöchling, Restöffentlichkeiten: Bitte sammeln!
- Stephan Grigat, Materialien zum Nachschlagmarxismus
- Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen 2. Lieferung

4/1999
- Robert Kurz, Die Enteignung der Zeit
- Gerhard Scheit, Versuch über Musik und abstrakte Zeit
- Stephan Grigat, Marx und die Volkswirtschaft
- Franz Schandl, Populismus gleich Demokratismus
- Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Zur Typologie der Bürgerinitiative
- Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen 3. Lieferung

1/2000
- Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen 4. Lieferung
- Franz Schandl, Appellatives zur Problematik emanzipatorischer Kommunikation
- Stephan Grigat, Was bleibt von Johannes Agnoli?
- Franz Schandl, Kurswechsel am sinkenden Schiff. Zum Staat
- Alexander Gruber/Tobias Ofenbauer, Fun and Function?
- Norbert Trenkle, Weil nicht sein kann, was nicht sein darf ... Zu Heinrich
- Stephan Grigat, Originalmarx und Einführungsmarx
- Franz Schandl, Ihr und wir

2/2000
- Stephan Grigat, Robert Kurz' „Schwarzbuch Kapitalismus"
- Michael Heinrich, Neues vom Weltuntergang? Zu Trenkle
- Franz Schandl, Bewegungsversuche auf Glatteis. Zu Theorie und Praxis
- Gerhard Scheit, Poststrukturalismus und Kritische Theorie
- Franz Schandl, Krieg 2000. Vorläufige Thesen
- Ernst Lohoff, Deutschland ist überall. Zu den „Freiheitlichen Sirenen"

3/2000
- Peter Pirker, Un-heimliche Verwandtschaft. Zur Zivilgesellschaft
- Claus Peter Ortlieb, Gesellschaftskritik als Erkenntniskritik
- Gerhard Scheit, Was zu beweisen ist
- Stephan Grigat, Positive Postpolitik. Zu Schandl
- ISF, Historisierung der Wertkritik: Normalisierung der Geschichte
- Franz Schandl, Der Führer, die Show, das Publikum. Zu Ottomeyer
- Norbert Trenkle, Im bürgerlichen Himmel der Zirkulation. Zu Heinrich
- Stephan Grigat, Kritik statt Habermas, Marx statt Marxismus

4/2000
- Gerhard Scheit, Totalität und Krise des Kapitals
- Robert Kurz, Wer ist totalitär?
- Franz Schandl, Präpotenz der Ohnmacht. Zu Grigat
- Alex Gruber, Nichts als Verwertbarkeit
- Cordula Behrens-Naddaf/Klaus Thörner, „Menschenrecht bricht Staatsrecht"

1/2001
- Franz Schandl, Die Verunglückungen des Komperativs
- Christian Fuchs, Die IdiotInnen des Kapitals: „Freie" Softwareproduktion – Antizipation des Postkapitalismus?
- Thomas König und Florian Markl, Totalität und Gesellschaftskritik
- Gerhard Scheit, Der Hüter der Theorie
- Karl Reitter, Das Elend der Zivilgesellschaft

Was bleibt von Eugen Paschukanis' „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus"?

Von Alex Gruber und Tobias Ofenbauer

I.

Müsste man eine Bilanz über die derzeitige Situation der radikalen Linken ziehen, sie würde wohl aus einer Liste von Mängeln bestehen: es herrschen Theorie- und Kritikfeindlichkeit und wenn schon mal versucht wird, die Welt begrifflich zu fassen, endet dies meist in selbstverliebtem Akademismus. Kritische Theorie als Vorbereitung zur praktischen Abschaffung der bestehenden Verhältnisse scheint ausgedient zu haben. Mit der Verstümmelung der theoretischen Kritik geht die der praktischen einher. Dementsprechend beschränkt sich linke Praxis auf kopflosen und anschlussfähigen Pseudoaktivismus, dem es schon genügt, wenn „irgendetwas passiert" und der in Kritik dieser seiner Selbstverliebtheit immer nur „abgehobene Besserwisserei" erkennen will.

Über Antisemitismus und Rassismus wird in den von der Agitation gegen den Sozialabbau getriebenen Teilen der Linken großzügig geschwiegen. Wo eben jene doch thematisiert werden, dienen sie nur als Anschauungsbeispiele für einen hilflos naiven Ideologiebegriff: gesellschaftliches Bewusstsein wird verstanden als Resultat bewusster Propaganda und vorsätzlicher Manipulation.

Arbeit ist dieser Linken kein trauriges, den Menschen knechtendes und damit abzuschaffendes soziales Verhältnis, sondern ein Wesenszug des Menschen, von dem die angehimmelten Massen nur durch profitsüchtige KapitalistInnen und neoliberale PolitikerInnen abgehalten werden.

Eine weitere, durch nichts zu erschütternde Erscheinung ist das ungebrochen affirmative Verhältnis zum Staat in den verschiedensten Schattierungen. Dieser Etatismsus erscheint insofern auf den ersten Blick als besonders verwunderlich, als die radikale Linke durchgehend mit staatlicher Repression, sprich Souveränität konfrontiert war. Nichtsdestotrotz: die linken Restbestände der Befreiungsbewegungen im Trikont samt ihres antiimperialistischen Anhangs in den Metropolen, „orthodoxe" KommunistInnen in den Nachfolgestaaten des Realsozialismus, kriegslüsterne MenschrechtsfanatikerInnen, gipfelstürmende GlobalisierungsgenerInnen, die Überreste der Frauenbewegung – sie alle haben trotz verschiedentlicher Kritik ein Zentrum ihrer Bestrebungen, den Staat und die Souveränität. So sehr sie die aktuelle Verfasstheit derselben entweder moralisch verachten oder auch durchaus strukturell analysieren, so sehr wünschen sie, selbst jene Positionen zu besetzen, die im Moment von anderen eingenommen werden. Staatlichkeit wird verstanden als technischer Apparat, als prinzipiell inhaltslose Form, die „den Herrschenden" entrissen und mit entsprechendem, emanzipativem Gehalt gefüllt werden soll.

Darin steht man durchaus in linker Tradition. In dem Maße, in dem die traditionelle ArbeiterInnenbewegung den Anspruch auf freie Assoziation heruntergebracht hat auf den Versuch der staatlichen Handhabung des Wertgesetzes, wuchs die Anzahl der verfassten Theorien über den sozialistischen Staat und verschwanden die Versuche einer prinzipiellen Staatskritik. Dieses Erbe schlägt sich auch in den heutigen Diskussionen nieder: die Linke ist in ihren größten Teilen weit hinter die Marxschen Ansätze der Kritik der Rechts- und Staatsphilosophie zurückgefallen.

Letztere ist zwar auf dem Niveau der Kritik der politischen Ökonomie nur rudimentär ausgeführt; dass es aber nichtsdestotrotz möglich ist, eine den Marxschen Erkenntnissen adäquate Staatskritik zu formulieren, zeigen etwa die Arbeiten des sowjetischen Rechtstheoretikers Eugen Paschukanis. Dessen „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus" zählt zu den bemerkenswertesten, aber leider auch am wenigsten beachteten theoretischen Werken der frühen bolschewistischen Diskussion über das revolutionäre Recht und den revolutionären Staat. Paschukanis war gemeinsam mit Peter Stutschka der wohl radikalste Theoretiker in den neuen akademischen Eliten der jungen Sowjetunion.[1] Das Anfang der zwanziger Jahre entstandene Werk ist der konsequente Versuch, die versteckten Hinweise im *Kapital* aufzugreifen und daraus eine konsistente Staatskritik zu formulieren, die die Aporien der bürgerlich-liberalen Staatstheorien nicht nur darlegt, sondern auch im ideologiekritischen Sinn erklärt.

Schon die Marxsche Wertformanalyse zeigt, dass das Marxsche Projekt keineswegs „leidglich" eine Kritik der ökonomischen Theorie war, sondern nur als Versuch einer allgemeinen Gesellschaftskritik verstanden werden kann. Es ist somit kein Zufall, dass sich Theoretiker wie Karl Korsch und Georg Lukács, die die Marxsche Wert- und Fetischkritik zum Ausgangspunkt ihres Denkens nahmen, den Begriff der Totalität aufgriffen. Auch bei ihnen – im besonderen bei Lukács[2] – finden sich Stellen, die auf eine noch auszuführende Theorie des gegenüber der Gesellschaft verselbständigten Monopols physischer Gewalt hinweisen. Korsch interessierte sich sogar für Paschukanis' Ausführungen und rezensierte die deutsche Übersetzung seines Buches für das „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung".

II.

„Ähnlich wie der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft die Form einer ungeheuren Anhäufung von Waren annimmt, stellt sich die ganze Gesellschaft als eine unendliche Kette von Rechtsverhältnissen dar."[3] Schon dieser eine Satz, der ganz eindeutig eine Paraphrase des ersten Satzes des *Kapitals* ist, macht deutlich wie sehr Paschukanis seine Staatskritik als Beitrag zur Kritik der politischen Ökonomie verstanden wissen wollte. Es ging ihm darum, die von ihm analysierten und kritisierten Kategorien und Begriffe bürgerlicher Staatstheorie als „objektive Gedankenformen" (Marx) der warenproduzierenden Gesellschaft aufzufassen, als real existierende Formen, die entsprechend der spezifischen Verfasstheit der Gesellschaft im Bewusstsein der Einzelnen erscheinen.

Die Form der Vergesellschaftung über das Kapitalverhältnis herrscht den Menschen völlig neue Verkehrsformen auf. Die gesellschaftliche Synthesis erfährt eine grundlegende Transformation: unmittelbare Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse werden abgelöst durch sachlich vermittelte, womit es gleichzeitig zur modernen Trennung von Politik und Ökonomie kommt, die als zwei gegeneinander verselbständigte Sphären erscheinen, als solche aber auf dasselbe Wesen verwiesen sind, die gesellschaftliche Synthesis.

Die durch eben jene modernen Verhältnisse atomisierten Individuen sind gezwungen, in den Austausch zu treten, um so ihre notwendige gesellschaftliche Vermittlung vollziehen zu können. In diesem Austausch treten sich die einzelnen als Repräsentanten ihrer Waren entgegen – als freie und gleiche Subjekte, als Rechtspersonen. Jeder einzelne Tausch entspricht dem Gesetz der Freiheit – keiner der beiden Tauschenden wird zum Kauf bzw. Verkauf gezwungen, beide tauschen freiwillig – und der Gleichheit – es herrscht Äquivalenz. Dieser Austausch hat notwendig die Form des Vertrages und ist so immer ein Rechtsverhältnis: der Inhalt des Verhältnisses, in dem die Einzelnen stehen, „ist durch das öko-

nomische Verhältnis selbst gegeben."[4] Implizit sind damit jene Vorstellungen kritisiert, die im traditionellen Marxismus quasi Monopolstellung innehatten: das Recht ist nicht als in einer ökonomischen Basis wurzelndes Überbauphänomen zu charakterisieren, sondern als vergegenständlichtes Moment der gesellschaftlichen Totalität: „Es sind dies (Warenform und Rechtsverhältnis; d.Verf.) die beiden Grundformen, die sich prinzipiell voneinander unterscheiden, aber sich zugleich gegenseitig bedingen und miteinander aufs engste zusammenhängen." (S. 91)[5]

So wie das Arbeitsprodukt Warenform annimmt, also als Vergegenständlichung von Wert erscheint und als solche äquivalent getauscht wird, so muss der Einzelne zum juristischen Subjekt und zum Träger von Rechten werden. „Der gesellschaftliche, in der Produktion wurzelnde Zusammenhang stellt sich gleichzeitig in zwei absurden Formen dar: als Warenwert und als die Fähigkeit des Menschen, Subjekt des Rechts zu sein." (S. 91) So wie der Wert nicht als vergegenständlichte Beziehung der vergesellschafteten Einzelnen erscheint, sondern als Naturtatsache, die den Dingen zukommt wie z. B. ihr Gewicht, so erscheint auch die Rechtsform nicht als ebenfalls ganz spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet, sondern als natürliche Qualität des Menschen – dies ist die Grundlage der Vorstellung von angeborenen (Menschen-)Rechten. „Der Warenfetischismus wird durch den Rechtsfetischismus ergänzt." (S. 96)

Somit ist zu konstatieren, dass von Recht in heutigem Sinne erst in kapitalistischer Gesellschaft sinnvoll zu sprechen ist: „Nur wenn bürgerliche Verhältnisse voll entwickelt sind, nimmt das Recht abstrakten Charakter an." (S. 99) „Erst in der Warenwirtschaft wird die abstrakte Rechtsform geboren, d.h. die allgemeine Fähigkeit, ein Recht zu besitzen, sondert sich von konkreten Rechtsansprüchen ab." (S. 96) Da die Zirkulation von Waren, von der die realen Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit bestimmt und gesetzt sind, die notwendige Oberflächenerscheinung der kapitalistischen Gesellschaft ist, widerspricht die Akkumulation und damit notwendig die als Ausbeutung erscheinende Aneignung von Mehrwert diesen Rechten keineswegs. Die (Menschen-)Recht sind vielmehr „in der Tat nur das Lichtbild dieser Realität"[6]; sie sind nur formell das Gegenteil von Herrschaft und Ausbeutung, materiell aber deren ideologische Darstellung.

In der gegenseitigen formellen Anerkennung als Eigentümer ist die Anerkennung materieller Ungleichheit immer schon mit eingeschlossen. „Die juristische Form des Eigentums steht in keinerlei Widerspruch zu der Tatsache der Enteignung einer großen Anzahl von Staatsbürgern, denn die Eigenschaft, Rechtssubjekt zu sein, ist eine rein formelle Eigenschaft. Sie qualifiziert alle Leute als gleichmäßig ‚eigentumswürdig', macht sie aber keineswegs zu Eigentümern." (S. 107) Dies gilt es zu präzisieren: EigentümerIn ist in der kapitalistischen Gesellschaft jeder und jede, nur eben nicht EigenümerIn von Produktionsmitteln, sondern EigentümerIn von Ware, die es zum Zwecke der Selbsterhaltung zu tauschen gilt – für die überaus größte Anzahl von Menschen ist dies die Ware Arbeitskraft.

Damit ist mit dem Eigentumsbegriff und mit der Freiheit und Gleichheit aller die Aneignung des Mehrwerts, die über den Austausch von Arbeit und Kapital vermittelt ist, immer schon mitgesetzt. Diese widerspricht den erscheinenden Rechten keineswegs: der Kapitalist kauft den Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft – ihre (mehr-)wertbildende Potenz – und bezahlt ihren Wert. Der stattfindende Tausch entspricht den Prämissen von Freiheit und Gleichheit; ja nur in einer Gesellschaft, die kapitalistisch produzierende ist, erscheinen diese Rechte vermittels des notwendigen Oberflächenphänomens Zirkulation. Diese erhält nur in der warenproduzierenden Gesellschaft gesamtgesellschaftliche Realität, da nur hier die privative Vereinzelung der Individuen und ihrer Arbeitsprodukte realisiert ist, und daher auch nur diese Form der Vergesellschaftung eine verselbständigt erscheinende Sphäre der Vermittlung zur Bedingung ihrer Möglichkeit hat.

Die Akteure des Warentausches, die freien und gleichen Einzelnen sind nicht die Menschen wie sie gehen und stehen, sondern die von allen konkret-besonderen, individuellen Bestimmungen losgelösten Subjekte. „Das juristische Subjekt ist also ein in den Wolkenhimmel versetzter, abstrakter Warenbesitzer." (S. 100) Die Vorstellung vom *l'homme*, dem Menschen an und für sich, ist keine ewige Idee, die nur darauf wartete von bürgerlichen StaatstheoretikerInnen entdeckt zu werden; sie ist vielmehr der Rationalisierung der repressiven Egalität geschuldet, der hinter dem Rücken der Einzelnen unbewusst sich vollziehenden Vergleichung.

Es besteht Kongruenz zwischen den Waren und den Individuen: wie im Austauschverhältnis der Waren, deren stoffliche Verschiedenheit ausgelöscht ist und sie nur noch als gleichgeltende, äquivalente Wertvergegenständlichungen in Erscheinung treten, so sind auch die Warenhüter vermittels dieser Äquivalenz als einander Gleiche bestimmt, zwischen denen kein qualitativer Unterschied besteht. „Genau so wie die natürliche Mannigfaltigkeit der nützlichen Eigenschaften eines Produkts in der Ware nur als einfache Hülle des Werts auftritt und die konkreten Arten menschlicher Arbeit sich in abstrakt menschliche Arbeit als Schöpferin von Werten auflösen, tritt die konkrete Mannigfaltigkeit des Verhältnisses zwischen Mensch und Ding als abstrakter Wille des Eigentümers auf und lösen sich alle konkreten Besonderheiten, die den einen Vertreter der Gattung homo sapiens von dem anderen unterscheiden, in der Abstraktion des Menschen überhaupt, des Menschen als juristischen Subjekts auf." (S. 91)

Die Subjektform ist jene Form, in der die Einzelnen als Besondere zugleich das Allgemeine sind. „Das Subjekt ist die Wertform des Individuums, die Form seiner konkreten Allgemeinheit und ‚unmittelbaren Austauschbarkeit' (Marx) seiner Gleichheit und totalen Vergleichbarkeit. Als Individuen sind sie verschieden, aber in der Form des Subjekt sind sie identisch (...)."[7] Als Sinnlich-Konkrete zählen die Individuen nur als Material an dem die Subjektform erscheinen kann. Diese kann die Form jedes Einzelnen annehmen und besteht gleichzeitig aus all diesen: sie bildet so etwas jedem Einzelnen Eigenes und zugleich Fremdes, ist also Abstraktion, die zugleich real existiert.

Was Marx für das Kapital formulierte, gilt ebenso für die ihm entsprechende Subjektform: sie ist als übergreifende Totalität „gleichgültig gegen jede Besonderheit" ihrer „Substanz (die empirischen Einzelnen; d.Verf.), und sowohl (...) die Totalität derselben wie (...) Abstraktion von allen ihren Besonderheiten (...)."[8] Die handfeste, im tagtäglichen Gerangel der Konkurrenz gemachte Erfahrung der Diskrepanz zwischen verklärter Subjektform und notwendig fehlbarer individueller Existenz steht dazu keineswegs im Widerspruch, sondern ist notwendig mit der Form der Vergesellschaftung gesetzt.[9]

Wie der Wert als überempirische Kategorie sich nicht unmittelbar positivieren kann, sondern die Waren ein Drittes benötigen, an dem sie ihre Werteigenschaft darstellen, dass so aus dem Kreis der Waren ausgeschlossen und zur „allgemeinen Ware" (Marx), zum Geld wird, so benötigen die als Subjekte konstituierten Individuen ein Drittes an dem sie diese ihre Subjektform darstellen können: die abstrakt-allgemeine politische Gewalt des Souveräns. „Hier entspricht dem unpersönlichen und abstrakten Subjekt als dessen Reflex die unpersönliche Abstraktion der mit idealer Gleichmäßigkeit und Ununterbrochenheit in Raum und Zeit wirkenden Staatsmacht." (S. 97) Bürgerliche Staatlichkeit kann auf das „Prinzip zurückgeführt werden, wonach von zwei Tauschern auf dem Markte keiner das Tauschverhältnis eigenmächtig regeln kann, sondern daß hierfür eine dritte Partei erforderlich ist, die die von den Warenbesitzern als Eigentümer einander gegenseitig zu gewährende Garantie verkörpert und dementsprechend die Regeln des Verkehrs zwischen Warenbesitzern personifiziert." (S. 130)

Paschukanis enträtselt damit, was traditionelle Theorie nur festhalten kann: die hinter dem Rücken der tätigen Subjekte sich vollziehende Entstehung des Allgemeinwillens – der volonté generalé – der mehr und anderes ist als die Summe der Einzelwillen. Der Staat als Konkretisierung der abstrakten Allgemeinheit ist kein

Ergebnis eines bewusst geschlossenen Gesellschaftsvertrags, sondern politischer Abdruck des gesellschaftlichen Verhältnisses der Warenproduktion. Er ist einerseits verwiesen auf die Einzelwillen, stellt aber andrerseits die reine apriorische Form dieser dar und ist so als reine Formgebungsinstanz die Bedingung der Möglichkeit der Verfolgung der Einzelinteressen. Indem die Verkörperung des allgemeinen Willens von jedem bestimmten Inhalt des Einzelwillens abstrahiert, sie prinzipiell als gleich gültige setzt, gewinnt er seine spezifische – konstitutive wie prekäre – Verselbständigung gegenüber dem konkreten Einzelnen. Er muss „auftreten als ein von einer abstrakten Kollektivperson ausgehender Zwang, der nicht im Interesse des Individuums, von dem er ausgeht, ausgeübt wird (...), sondern im Interesse aller am Rechtsverkehr Beteiligten." (S.124)

Diese Verselbständigung zeigt sich im Monopol auf physische Zwangsgewalt gegen die Einzelnen, die solcherart Subjekte des Rechts wie Objekte der Staatsgewalt unmittelbar in einem sind. „Im Verkehr der Warenbesitzer ist die Notwendigkeit eines autoritativen Zwangs überall gegeben, wo der Friede verletzt oder wo ein Vertrag nicht freiwillig erfüllt wird." (S.124) Jeder bewusste aber auch unbewusste Verstoß gegen den Zwang, freies und gleiches Waren- und Rechtssubjekt zu sein, wird so zu einem Verbrechen gegen die Gesellschaft, die vom Staat entsprechend geahndet wird.[10]

Der staatliche Souverän ist jene Instanz, die über die Einheit der Gesellschaft wacht und die Zugehörigkeit der Einzelnen zur überindividuellen Ordnung vermittelt. Die Form der über den Wert vergesellschafteten Gesellschaft benötigt eine Gewalt, welche die Fähigkeit besitzt, das rechtsförmige Subjekt als Bedingung der Möglichkeit des Warentausches zu setzen, die Wertförmigkeit der Dinge zu garantieren und jeden Verstoß gegen den freien und gleichen Tausch zu sanktionieren. Jene dritte, nicht ableitbare Instanz vermittelt den gemeinsamen Willen zum Tausch, indem sie den Rahmen vorgibt und über dessen Einhaltung wacht, sowie das Medium jedes Warentausches, das allgemeine Äquivalent stiftet und garantiert. Die über die Einzelnen herrschende Zwangsgewalt wird von diesen dementsprechend als Instanz aufgefaßt, die ihrer „natürlichen" Verfaßtheit als Freie und Gleiche entspricht und dahingehend fetischisiert, dass der äußere Zwang als Resultat vernünftiger Übereinkunft rationalisiert wird. Der vom stummen Zwang der Verhältnisse gesetzte Wille zum Tausch kann nur durch die Unterwerfung der Tauschenden unter eine dritte Instanz realisiert werden: staatliche Souveränität ist damit notwendige Existenzbedingung der Warenbesitzer.

Egoistischer Bourgeois und dem Allgemeinwillen verpflichteter Citoyen sind also keine abstrakten Gegensätze, keine erst revolutionär zu versöhnenden Antipoden – wie Marx es in „Zur Judenfrage" anklingen lässt –, sondern diese Zerrissenheit ist die notwendige Oberflächenerscheinung der spezifischen Konstitution der Individuen in über den Wert vergesellschafteten Gesellschaft. Politik und Ökonomie, Staat und Gesellschaft fallen nur oberflächlich auseinander, sind aber in ihrer dichotomen Erscheinungsweise auf dieselbe gesellschaftliche Synthesis verwiesen.

Das auf seine bourgeoisen Einzelinteressen reduzierte Individuum muss immer auch Citoyen sein, um seine Reproduktion über den gelungenen Warentausch gewährleisten zu können. Die privativ vergesellschafteten Einzelnen müssen den Staat wollen, ihrer eigenen Subsistenz zuliebe – ohne dass jener diese garantieren würde. Insofern ist der „*politische* Mensch (...), der Mensch als eine *allegorische, moralische* Person"[11] nicht der abstrakte Gegensatz des egoistischen Bourgeois: die Charakterzüge des Citoyen – dessen Verpflichtung auf das Gemeinwohl – stellen vielmehr die andere Seite der gleichen Medaille dar. Damit ist auch der Ursprung moralischen Handelns benannt. Sowohl Handeln, das auf die Aufrechterhaltung des Allgemeinwohls abzielt, als auch die gegenseitige Achtung als Freie und Gleiche entspringen unmittelbar den Anforderungen der warenproduzierenden Gesellschaft. Ethik lässt sich somit begeifen als internalisierter Zwang, bürgerliches Subjekt zu sein. Die außerökonomische Zwangsgewalt garantiert dabei das Minimum an Verhaltensregeln im Warenverkehr, Moral ist die „in der Form einer inneren Überzeugung oder des kategorischen Imperativs auftretende Anerkennung" (S.144) eben dieser Regeln. „Das egoistische Subjekt, das Rechtssubjekt und die moralische Persönlichkeit sind die drei wichtigsten Charaktermasken, unter denen der Mensch in der warenproduzierenden Gesellschaft auftritt." (S. 134)

Moralisches Handeln ist somit immer die Herrschaft einer Realabstraktion über die konkreten Individuen und steht niemals außerhalb der bestehenden Vergesellschaftung. Paschukanis führt dies explizit am Beispiel der von manchen seiner Kritiker propagierten „klassenkämpferischen Moral des Proletariats" aus. Für ihn verwirklicht sich folgerichtig in der kommunistischen Weltgesellschaft nicht moralisches Handeln in vom bürgerlichen Egoismus gereinigter Form, sondern „die Aufhebung der ethischen Fetische", die „sich in der Praxis nur gleichzeitig mit der Aufhebung des Warenfetischismus und Rechtsfetischismus vollziehen (kann)." (S. 140)

III.

„Allgemeine Rechtslehre und Marxismus" erfreute sich in den zwanziger Jahren einer relativ breiten Rezeption. Hohe Funktionäre und Rechtstheoretiker der deutschen Sozialdemokratie setzten sich genauso mit den Thesen auseinander wie der arrivierte Akademiker und Rechtspositivist Hans Kelsen. Auch Karl Korsch beschäftigte sich mit dem Buch, und in seiner oben erwähnten Rezension lieferte er eine Kritik an Paschukanis Ausführungen.[12]

Korsch brachte explizit zwei Kritikpunkte an Paschukanis vor, die in verschiedenen Variationen auch die spätere Rezeption und Diskussion bestimmen sollten.[13] Erstens kritisierte Korsch den Versuch von Paschukanis, die Gleichursprünglichkeit von Warenform und Rechtsform aufzuzeigen. Für den diesbezüglich noch dem traditionellen Marxismus verhafteten Korsch stellt die Warenform, die auf die Ökonomie im Sinne von Wirtschaft reduziert wird, das grundlegende Verhältnis dar. Politik und Recht werden von ihm dementsprechend nur als abgeleitete Phänomene begriffen. Des weiteren wirft Korsch Paschukanis vor, dieser würde die Zirkulation überschätzen. Darin klingt der Einwand an, das Eigentumsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft rein aus der Produktion herrühren würden, und die Zirkulation und somit Freiheit und Gleichheit – mithin die Rechtsform – nur ein darüber sich breitender Schleier seien.

Das Werk Paschukanis' ist gegen solche Kritik zu verteidigen: Korsch kann in seiner Rezension das traditionsmarxistische Basis-Überbau-Schema nicht verlassen. Die Rechtsform ist „Basis" des funktionierenden Warentauschs wie die Zirkulation notwendiges Moment des allgemeinen Prozesses der Verwertung ist. „Kapital kann also nicht aus der Zirkulation entspringen, und es kann ebenso wenig aus der Zirkulation nicht entspringen. Es muß zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen."[14] Wiewohl Produktion und Zirkulation auseinandergerissen sind, bilden sie im permanenten Prozessieren des „automatischen Subjekts" (Marx) eine unmittelbare Einheit und die eine wäre nicht ohne die andere. Wert wird nur im Austausch – der Zirkulation, in der er sich realisiert – gegenständlich. Genauso existiert kein Status eines allgemein gültigen Rechtssubjekt, bevor die menschliche Existenz nicht durch den stummen Zwang der Verhältnisse auf das Dasein einer auf den Austausch angewiesenen Waren- und Geldmonade zurechtgestutzt ist. Dies ist erst in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft gesamtgesellschaftlich realisiert, da erst hier systematisch für den Austausch produziert, also auch erst hier die Wert- bzw. Warenform zum bestimmenden Wesensmerkmal der Vergesellschaftung wird.

IV.

Vom heutigen Standpunkt aus wäre eine Erweiterung der Analysen von Paschukanis zu formulieren, da die historische Entwicklung das Verhältnis von Gesellschaft und Staat massiv verändert hat: Paschukanis formulierte eine Kritik des liberalen Staates und seiner Theoretiker, die durch die gesellschaftlichen Transformationen – und hier vor allem durch den Faschismus und den Nationalsozialismus – nicht mehr dem Grad der Formierung der Gesellschaft entspricht.

Der Staat erscheint bei Paschukanis als „gleichgültig" bzw. „neutral" gegenüber der von Warentausch bzw. Verwertungsprozess getriebenen Gesellschaft. Der Staat als „aktiver Gesellschaftsplaner" (Agnoli) und Krisenmanager – wie er sich im Zuge der Institutionalisierung der totalen Vergesellschaftung herausbildet – und damit einhergehend das Verschwinden der klassischen liberalen Trennung von Staat und Gesellschaft spielt in seinen Analysen (noch) keine Rolle. In der Krise der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion vertraut der Staat nicht passiv auf die Selbstregulierung und -regeneration der Gesellschaft, sondern greift unmittelbar in ökonomische Bereiche ein und macht so die gelungene Wertverwertung zum unmittelbar politischen Ziel. Während im klassischen Liberalismus der Staat nur abstrakt den Rahmen der Akkumulation in Form von formellen, allgemein-gültigen Gesetzen vorgibt, ist er ab einem gewissen Zeitpunkt und speziell in Momenten der Krise gezwungen, die Gesellschaft unmittelbar und direkt den Sachzwängen des Kapitals gemäß zu formieren, um so die Verwertung auch weiterhin zu garantieren. Darin liegt die Möglichkeit der faschistischen und letzten Endes nationalsozialistischen Lösung der Krise begründet.

Paschukanis verfaßte seine Thesen noch bevor die autoritäre Krisenintervention des bürgerlichen Staates historische Realität wurde. Er konnte diese Entwicklung nur mehr passiv zur Kenntnis nehmen und nicht mehr entsprechend theoretisch fassen. Eine Auseinandersetzung mit Carl Schmitts Thesen zum totalen Staat und anderen faschistischen Rechts- und Staatstheoretikern hätte wohl einiges an seiner Analyse weitergetrieben.[15]

Parallel mit der von Paschukanis nicht mehr reflektierten Entwicklung zum „autoritären Staat" (Horkheimer) müssen auch die fetischistischen Charaktermasken eine Transformation durchmachen, die den ihnen von Beginn an immanenten Zwangs- und Herrschaftscharakter zur Kenntlichkeit bringt. Der Fetischismus des Rechts wird zur Fetischisierung der totalen Souveränität: der im liberalen Recht festgehaltene Anspruch auf individuelle Verfolgung des Eigennutzens wird ersetzt durch die bedingungslose Unterordnung unter das vom Staat repräsentierte und unmittelbar exekutierte Allgemeinwohl. Im Postfaschismus gedieh diese neue Form des Fetischismus unangetastet weiter, wenngleich der Staat, als gesellschaftlicher Referenzpunkt dieses Bewußtseins, eine nicht zu übersehende Transformation von der manifest faschistischen zur demokratisierten Version einer „präventiven Konterrevolution in Permanenz" (Agnoli) erfuhr. So wie der Ausnahmezustand in die Demokratie integriert wurde, so amalgamierten Rechtsfetischismus und Staatsfetischismus zum staatsbürgerlichen Bewusstsein der postfaschistischen Demokratie, und in der aktuellen politischen Transformation tritt dieses als Demokratiefetischismus noch einmal deutlich hervor. Nachdem der Staat in der gegenwärtigen Phase nicht mehr in der Lage ist, aktiv als Großkonsument die ökonomische und politische Integration zu organisieren, delegiert er diese Aufgabe nun an jeden einzelnen Untertanen, der nun selbsttätig für seine Inwertsetzung, für die Veredelung der Ware Arbeitskraft zu sorgen hat. Dieser neuen Form der Produktivierung der Gesellschaft entspricht die Optimierung der Souveränität, die nicht zufällig mit den Slogans „Zivilgesellschaft", „direkte Demokratie" und „schlanker Staat"[16] eingeleitet wird, denn Demokratie war nie mehr als repressive Selbstverwaltung im bürgerlichen Staat und die Affirmation der ihm entsprechenden Bewusstseinsformen.

Im Moment der Krise, in dem der Staat von sich aus tätig wird und die Gesellschaft gemäß den veränderten Akkumulationsbedingungen reorganisiert, drängen dementsprechend auch die bürgerlichen Subjekte auf die Überwindung der Vermittlungen: das Verhältnis der Einzelnen zu „ihrem" Staat soll ein direktes, unmittelbares und permanentes sein, das durch keine Zwischeninstanz getrübt ist. Insofern stellt die Forderung nach „schlankem Staat" und „direkter Demokratie" die aktuellste Erscheinung des Rechtsfetischismus dar: die Vorstellung natürlicher Trägerin von Rechten und von Staatlichkeit zu sein, ist nichts anderes als die Internalisierung und damit Subjektivierung des permanenten Zwangs, ein kapitalproduktives und staatsloyales Subjekt zu sein.

---

1 *Vgl. die kursorische Darstellung bei Harms, Andreas: Warenform und Rechtsform. Zur Rechtstheorie von Eugen Paschukanis, Baden-Baden 2000; S. 21 ff.*

2 *Vgl. etwa: Lukács, Georg: Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik (1923), London 1997, S. 247 f. Auch Adorno ließ an der Vorstellung von Recht als Erscheinung einer vernünftigen Vergesellschaft, kein gutes Haar: „Recht ist das Urphänomen irrationaler Rationalität. In ihm wird das formale Äquivalenzprinzip zur Norm, alle schlägt es über denselben Leisten. Solche Gleichheit, in der die Differenzen untergehen, leistet geheim der Ungleicheit Vorschub;" (Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1992, S. 304)*

3 *Paschukanis, Eugen: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe (1924), Frankfurt/M. 1966, S. 60 (Im folgenden werden die Verweise auf Seitenzahlen in den Haupttext eingefügt.)*

4 *Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, Berlin 1993, S. 99*

5 *Insofern weist die Kritik Paschukanis' Übereinstimmung mit Johannes Agnolis Überlegungen zum „Staat des Kapitals" auf, in denen ebenfalls die traditionsmarxistische Vorstellung des Staats als Überbauphänomens kritisiert und dieser als konstituierendes Moment kapitalistischer Vergesellschaftung begriffen wird.*

6 *Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie; in: MEW 42, Berlin 1983, S. 174*

7 *Bruhn, Joachim: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg i. Br. 1994, S. 133*

8 *Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 218*

9 *Diese spezifische Form der Konstitution führt dazu, dass die niemals abzuschaffende erste Natur des Menschen als ärgerliches Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung subjekthafter Identität erscheint. Der Einzelne versucht diesen inneren Gegensatz dahingehend zu lösen, dass er das was nicht zum Status des Subjekts gereicht als dumpfes Gegensystem wahrnimmt, vom eigenen Ich externalisiert und in die Außenwelt projiziert: damit ist das bürgerliche Subjekt durch seine permanente Krisenhaftigkeit strukturell rassistisch.*

10 *Schon die Vorstreiter des Menschenrechts attestierten diesem, dass sie es nicht gemacht hätten, sondern, dass es als Objektivität anerkannt werden müsse wie ein Naturgesetz und dass, wer sich ihm verweigert oder seiner untauglich erweist und „nur seinem besonderen Willen gehorcht, der Feind der Menschheit (ist) (...) (Er) verzichtet darauf Mensch zu sein und muß deshalb als entartetes Wesen behandelt werden." (Diderot, Denis: Artikel aus der Enzyklopädie über Philosophie und Moral; in: Ders.: Philosophische Schriften, Bd. I, Berlin 1961, S. 318 f.) Die aktuelle Fassung dieses Tatbestandes lässt sich in jenen Artikeln der Menschenrechtskodifizierungen finden, die regeln, in welchen Fällen jene Rechte außer Kraft gesetzt werden können.*

11 *Marx, Karl: Zur Judenfrage; in: MEW 1, Berlin 1988, S. 369 f. (Hervorhebung im Original)*

12 *Wiederabgedruckt in: Paschukanis, Eugen: a. a. O.*

13 *Für die Rezeptionsgeschichte vgl. Harms, Andreas: a. a. O., S. 71 ff. Allgemein kann gesagt werden, dass sich die Rezeption dadurch „auszeichnet", dass der (staats-)kritische Gehalt der Analysen von Paschukanis zunehmend liquidiert wurde, und letztere von einem Programm der Abschaffungen zu einem eleganten Teilgebiet der akademischen Rechtstheorie transformiert wurden. Das Buch von Harms selbst ist nur ein weiterer Beleg für diesen Prozess.*

14 *Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 180*

15 *Dazu kam es leider nicht. Als alter Bolschewist wurde Paschukanis – obwohl er ab 1930 seine eigenen Arbeiten einer harschen „Selbstkritik" unterzog – Opfer der stalinistischen Säuberung. Im Februar 1937 wurde er verhaftet und verschwand spurlos.*

16 *vgl. Pirker, Peter: Un-heimliche Verwandtschaft. Zum Naheverhältnis von Zivil- und Bürgergeselschaft, in: Streifzüge 3/2000*

Über die Geburt der „internationalen Staatengemeinschaft" aus dem Geist von Auschwitz

Von Ilse Bindseil

Der Kosovokrieg hat mit manchem Tabu, das sich dem Zweiten Weltkrieg und den Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus verdankt, aufgeräumt und damit gezeigt, daß er auch als ein Liquidator jener Ereignisse begriffen, in ihrer Tradition interpretiert werden muß.

„Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen": dieses mangels genauerer Einsichten, zur Sicherheit quasi, pauschal verhängte Verbot ist aufgehoben worden, und die dadurch möglich gewordene Kriegsbeteiligung Deutschlands ist in der Tat in sich, das heißt speziell für die Beteiligten, so unverständlich, daß dies nur als eine direkte Folge des Verbots aufgefaßt werden kann. Offenbar war der so sicher erscheinende Schwur, der Deutschland auch an jenen bösen Taten hindern sollte, die es nicht sogleich als solche auffaßte, ein Schwur, mehr die Vergangenheit als die Zukunft betreffend: die erstere ruhen zu lassen, auch wenn die letztere dafür sich vollends verrätselt. – Wenn heute, nicht zuletzt von den unmittelbar kriegführenden deutschen Instanzen und den sie unterstützenden Medien, die Irrationalität jenes Tabus – das in der Tat nicht anders als irrational sein kann – hervorgehoben und auf seine mangelnde Vereinbarkeit mit der Rationalität des neuerstarkten Deutschlands hingewiesen wird, so enthält dieser Hinweis neben seiner trivialen Wahrheit auch einen groben Fehler: den nämlich, das Tabu, bloß weil es ein Verbot, dazu ein pauschales und also irrationales ist, für einen simplen Störenfried, ein Artefakt in der Welt positiver Fakten zu halten und nicht selbst als ein positives Faktum, ein wichtiges Glied in der Verkettung der Ereignisse anzuerkennen, auf das sich alles Nachfolgende zwangsläufig mit bezieht.

Die unmittelbarste Folge dieses Fehlers ist natürlich die Kriegsbeteiligung selbst. Das haben Tabus so an sich, daß sie nur gebrochen werden können, indem man sie bricht. Eine mittelbare Folge, die aber allseits empfunden wird und deren Spuren in sämtlichen Äußerungen zu finden sind, ist der Zwang zur Überschätzung der Rationalität des neuen Deutschlands. Während die atlantischen Partner lediglich auf die militaristische Seite ihrer Identität zurückgreifen müssen, um über ein ernstzunehmendes Kriegsmotiv zu verfügen, das niemand in Frage stellt, muß die Bundesrepublik, durch den Nationalsozialismus um diese Seite gebracht, um auch nur ein bißchen Krieg führen zu dürfen, unerbittlich im Recht sein. Das Recht kann man indessen aus keinem Krieg herauspressen, aus dem im Kosovo schon gar nicht. Aus diesem Grund aber wird in Deutschland mit einem erheblichen intellektuellen Aufwand Kriegsrechtfertigung betrieben, und es ist kein Wunder, daß in die Mühle der Rationalisierung speziell jene Argumente geraten, die bei dem soeben aufgehobenen Kriegstabu eine Rolle spielten und die jetzt, indem man sie praktisch widerlegt, theoretisch bekräftigt werden. Kernpunkte jener Bestätigung, die zugleich das alte Bild von Deutschland korrigiert: Die Bundesrepublik führt einen gerechten Krieg, und – dies beileibe keine Nebensächlichkeit – sie führt ihn gemeinsam mit den ehemaligen Gegnern des nationalsozialistischen Deutschlands; schon allein aus diesem Grund kann ihr Krieg kein gestriger sein.

Was die direkte rhetorische Verwicklung des Holocaust in den Rechtfertigungszusammenhang des Kosovokrieges betrifft, so ist die Bundesrepublik dagegen an ihr bloß beteiligt, keineswegs federführend. Schon rein logisch ist diese Verwicklung das Vorrecht republikanisch verfaßter Nationen, Frankreichs zum Beispiel, die die Menschenrechte auf ihr Panier geschrieben haben, während in Deutschland, das von jeher Kritik der Aufklärung betrieb, darüber – nämlich wer, wo und warum als Exemplar und Inbegriff der Humanität zu schützen und zu verteidigen sei – eine große Unsicherheit und auch theoretische Unentschlossenheit herrscht. Aber auch praktisch ist die rhetorische Integration des Holocaust in den Zusammenhang des Kosovokrieges das Anliegen eher der, mit Ausnahme Deutschlands, in alter Formation wiederangetretenen NS-Gegner: Während das erstere, von der Last seiner förmlich gutachterlich-politischen Bewährung bereits erdrückt, vor der schroffen, diametralen Umkehrung der ehemaligen Verhältnisse durch eine Identifizierung des Schicksals der Kosovo-Albaner mit dem der europäischen Juden noch zurückschreckt – zumindest merkt man das Erschrecken –, treten die ehemaligen Gegner Hitlers bewußt als Wiederholende auf. Während es in Deutschland Hemmungen gibt, sich selbst, den ehemaligen Spezialisten für Genozid, zu einem zu allem entschlossenen Retter von Völkern zu erklären – wodurch die faktische Beteiligung wie gesagt zu enormen rhetorischen Anstrengungen antreibt –, sind sich die ehemaligen Gegner Deutschlands bewußt, daß, wenn hier der Wiederholungsfall gilt, sie sich vor allem enthemmen müssen. Ideologisch verlieren können sie übrigens nicht groß: Haben sie Erfolg – wobei der, so wie die Dinge stehen, schon gar nicht mehr in vernünftigen Begriffen auszudrücken ist –, dann haben sie aus dem Holocaust gelernt; haben sie bei größter Anstrengung keinen, dann können sie auch damals nicht so viel falsch gemacht haben.

Diese Debatte wird in den Nachbarländern nicht unbedingt staatlicherseits geführt – wenn ein „normaler Staat" Krieg führt, stellt man nicht zuletzt von hier aus neidisch fest, braucht er nicht zu debattieren –, es ist eine Debatte der Intellektuellen. Bodentruppen einzusetzen ist eine Forderung jener, die entschlossen sind zu beweisen, daß sie aus dem Holocaust gelernt haben, genauer, daß man aus dem Holocaust lernen kann. Gelernt haben wir freilich schon immer: wie er passierte. Jetzt wollen sie zeigen, nicht, was wir gelernt haben, vielmehr, daß Lernen nicht bloß ein theoretisches, sondern auch ein hoffnungsvolles praktisches Tun ist, gewissermaßen stärker als Theorie.

Bereits als der jugoslawische Staat zerfiel, waren die französischen Intellektuellen aufgeschreckt, hatten sie angesichts der ethnischen Säuberungen – zielbewußt ins Werk gesetzten staatlichen Unrechts, exekutiert an als Volksgruppen ausgegrenzten Bevökerungsteilen – die Stunde Null erkannt: jenen Moment, da das in der nachträglichen Konfrontation mit dem Holocaust gegebene Versprechen eingelöst werden mußte: dergleichen nie wieder zuzulassen. Anders als der Satz „Von deutschem Boden soll nie wieder ein Krieg ausgehen" verhält der kol-

lektive Schwur aller Wohlmeinenden, einer Wiederholung von Auschwitz zu wehren, nicht zu Besonnenheit, bewußter Zögerlichkeit: ein solches Verhalten hatte Hunderttausende, Millionen Juden das Leben gekostet. Er verhält vielmehr zu Wachsamkeit und raschem Entschluß. Auf der Basis dieser Tugenden hatten die französischen Intellektuellen – Peter Handke macht es heute man möchte sagen in der Variante typisch deutscher Gestörtheit nach – alle nur denkbaren Todsünden gegen die Vernunft begangen, nur die eine nicht: wegzugucken. Sie hatten Bescheid gewußt, wo sie doch keine Ahnung hatten; Partei ergriffen, wo das Haarspalterische der Parteibildung selbst auf der Hand lag; Recht gesprochen, wo sie doch selbst Partei waren. Ausgehend von der an sich schon intellektuellen Sünde, der Sünde qua Intellektualisierung, daß bei Auschwitz nicht eingegriffen, sondern zugeschaut, im besten Fall beobachtet, im harmlosesten abgewartet worden war – vom Verdacht des Voyeurismus, der Sekundärbefriedigung zu schweigen –, hatten sie gewissermaßen beschlossen, am heiklen Punkt der Stunde Null nicht mehr Intellektuelle zu sein; obwohl, das ganze Gewicht ihres Aufschreis gründete auf diesem Ruhm, und so bestand der nachweisbare Effekt des Engagements auch wesentlich in der Unruhe, den es stiftete im magischen Dreieck zwischen dem berühmten Namen, der verhängnisvollen Partei, die er ergriff, und der Berufung auf Vernunft.

Den Schaden trägt Auschwitz. Das heißt, wir alle, die wir gemeint haben, aus Auschwitz in irgendeiner nicht bloß rekonstruktiven, nicht bloß analytischen, nicht bloß intellektuellen Weise lernen zu können, in einer Weise, die uns in irgendeiner Form von Schuld und Verantwortung befreit, diese anderen zuweist, können jetzt die Scherben zusammenfegen: Aus Auschwitz kann man nicht lernen, und niemand, indem er antistaatlich und antivölkisch ist und die beiden essentiellen Bestandteile der Genoziddefinition damit vermeidet, ist aus dem Schneider; das Vermiedene holt ihn ein, falsche Einschätzungen da, wo nun mal Fehler passieren, seiner eigenen fundamentalistischen Einschätzung nach aber nicht passieren dürfen, stellen ihn bloß, geben ihn im besten Fall der Lächerlichkeit preis.

Versuchen wir unter diesen trüben Auspizien die Geschichte vom Standpunkt der jüngsten Ereignisse ein bißchen neuer, ein bißchen anders, ein bißchen zeitgemäßer zu begreifen, dann müssen wir uns an die keineswegs mehr junge Behauptung erinnern, der Nationalsozialismus sei kein Rückfall, sondern ein Vorgriff, ein Modernisierungsschub, ja vielleicht sogar in wesentlichen Momenten eine Antizipation gewesen, an deren Realisierung wir immer noch, wenn auch unbewußt und unfreiwillig arbeiten. Daß diese Behauptung in vieler Hinsicht ohnmächtig blieb, wäre in der neuen Perspektive kein Wunder, waren wir doch noch mit der Realisierung dessen beschäftigt, was man bekanntlich erst nachträglich begreifen kann. Was heute im Kosovo und damit erneut im Herzen Europas, da wo es nach den Maßstäben der gemeinen Vernunft nicht stattfinden dürfte, passiert, ist denn auch ein Teil der Realisierung von Auschwitz. Und zwar nicht nur in seiner von allen Parteien vielbeschworenen materiellen Natur, daß es um Völkermord geht. Viel mehr noch in formeller Hinsicht: Im Licht der aktuellen militärischen Strategien stellt sich die Vernichtung der europäischen Juden als nicht nur Mord an einem Volk, sondern zugleich als Herausforderung gegenüber jener ominösen Instanz dar, die in den letzten Jahren als „internationale Staatengemeinschaft" in Erscheinung getreten ist und gar nichts anderes sein kann als das idealisierte Abbild dessen, was sie hervorgebracht hat. Auschwitz war die zur Bestialität entartete Sonderform eines Universalismus, der seinerseits an eine universelle Instanz appellierte, wie wir sie heute zu beklagen haben. Seine Normalformen, seine Alltagsformen, seine materiellen und ideologischen Differenzierungen hatte dieser Universalismus damals noch gar nicht hervorgebracht; geschweige denn, daß die faschistische Konstruktion des Juden als eines zugleich machtvollen Gegners und erbärmlichen Opfers, eines Kosmopoliten und zugleich stigmatisierten „Volkszugehörigen" – Angehörigen einer bis in die letzte Filiation zu erkennenden und bis in den letzten Winkel zu verfolgenden „Rasse" – bereits begriffen beziehungsweise die Konsequenz dieser einzigartigen, für das aufklärerische Rechtsbewußtsein verheerenden Ineinanderblendung von Täter und Opfer realisiert worden wäre. Kein Wunder, hätte zu einem hinreichenden Verständnis doch die Kenntnis der Zukunft gehört, zumindest die zur intimen Erfahrung geronnene Erwartung, sie werde mit Auschwitz zu tun haben, in exakt dem Maß, wie letzteres rätselhaft erschien.

Seit geraumer Zeit haben wir mit dieser Zukunft zu tun; das nachhinkende Verständnis der zuallererst herzustellenden Zusammenhänge bleibt nicht aus. Uns scheint aufregend normal, eben modern, was die Nazis nur in einem irrationalen Gewaltakt vorwegnehmend demonstrieren konnten: daß heute kein Verfolgter mehr seinem Verfolger entgeht und, auf der Basis eines zum Universalrecht gemauserten Volksempfindens, kein Verfolger seinem. Es hat daher unendlich wenig Sinn, wenn wir zum Zweck einer wie auch immer gearteten Unterscheidung, im abgrenzenden oder im vereinnahmenden Sinn auf Auschwitz verweisen: in seinem Bann handeln wir allesamt, mit seiner kleinschrittigen Ausführung, getreu dem Motto „Begreifen durch Nachmachen", sind wir ausnahmslos befaßt.

Kritik der Politik

JOHANNES AGNOLI ZUM 75. GEBURTSTAG

Herausgegeben von Joachim Bruhn, Manfred Dahlmann und Clemens Nachtmann

„Jeder Staat muß freie Menschen als mechanisches Räderwerk behandeln; und das soll er nicht; also soll er aufhören": Daß der Staat aufhören soll, wie G.W.F Hegel vor 200 Jahren verlangte, daß er, ob abgeschafft (Michail Bakunin) oder aufgehoben (Karl Marx), jedenfalls zu verschwinden hat, gilt der Gegenwart als das Undenkbare schlechthin, als widernatürlich. Vielmehr erscheint der Staat als anthropologisches Existential, gar als berufener Friedenstifter einer Gesellschaft, in der der Mensch seiner Natur gemäß gar nicht anders kann, als des Menschen Wolf zu sein. Ob linksbürgerliche Demokratiewissenschaft oder konservativer Autoritätskult, ob ökologischer Wirtschaftsumbau, zivilgesellschaftliche Staatsreform oder postmodernes Patchwork der Minderheiten – die Gegenwart hat ihren Frieden mit dem Staat gemacht und sich der Politik verschrieben. Was aber ist die Politik? Nichts anderes als das zur ökonomischen Ausbeutung passende Management der Herrschaft? Und was ist die Verfassung anderes als die Geschäftsordnung, dergemäß diese Herrschaft ausgeübt wird? Der Kampf der Parteien um die Macht, der politische Wettbewerb, wie er sich vermittels der Wahlen vollzieht, ist die Weise der Verschleierung der Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Mit Beiträgen von Hans-Georg Backhaus, Werner Bonefeld, Manfred Dahlmann, Ulrich Enderwitz, Georg Fülberth, Stephan Grigat, Fabian Kettner, Antonio Negri, Kosmas Psychopedis, Gerhard Scheit und Michael Wilk.

320 Seiten, 44 DM, 317 ATS, ISBN: 3-924627 66-5
Ça ira-verlag, postfach 273, D-79098 freiburg, e-mail: isf-e.v@t-online.de

Kosovo und Auschwitz

WIEDERGEBURT EINER DEUTSCHEN SONDERFORM AUS DEM GEIST DER WESTLICHEN UNIVERSALISIERUNG

Von Gerhard Scheit

Aus Auschwitz kann man nicht lernen, und niemand, indem er antistaatlich und antivölkisch ist und die beiden essentiellen Bestandteile der Genoziddefinition damit vermeidet, ist aus dem Schneider." Ilse Bindseil hat das anläßlich des Kosovo-Kriegs über „die Geburt der internationalen Staatengemeinschaft aus dem Geist von Auschwitz)" geschrieben. (Der Artikel war ursprünglich für die *Jungle World* gedacht, die ihn aber nicht wollte.) Die Autorin, die innerhalb der Linken immer schon durch provokative Selbstreflexion hervorstach (*Elend der Weiblichkeit*, 1991; *Streitschriften*, 1993), wollte damit ihren Vorbehalt gegenüber bestimmten Argumenten der antideutschen Kriegsgegner artikulieren.

Wir müßten uns an die „keineswegs mehr junge Behauptung erinnern, der Nationalsozialismus sei kein Rückfall, sondern ein Vorgriff, ein Modernisierungsschub, ja vielleicht sogar in wesentlichen Momenten eine Antizipation gewesen, an deren Realisierung wir immer noch, wenn auch unbewußt und unfreiwillig arbeiten." Demnach ist Auschwitz „die zur Bestialität entartete Sonderform eines Universalismus" gewesen, dessen eigentliche Stunde sozusagen erst heute schlägt – es habe „daher unendlich wenig Sinn, wenn wir zum Zweck einer wie auch immer gearteten Unterscheidung, im abgrenzenden oder im vereinnahmenden Sinn auf Auschwitz verweisen: im Bann von Auschwitz handeln wir allesamt, mit seiner kleinschrittigen Ausführung ... sind wir ausnahmslos befaßt."

Der Artikel richtete sich also ebenso gegen die Gleichsetzung von Hitler und Milošević, die der „Staatengemeinschaft" dazu diente, den Krieg zu legitimieren, wie dagegen, in dieser Gleichsetzung ein Mittel Deutschlands zu sehen, den „Griff nach der Weltmacht" zu wiederholen. Ilse Bindseil schließt offenkundig aus, daß sich vor dem Hintergrund von Auschwitz überhaupt noch zwischen der Staatengemeinschaft und Deutschland differenzieren läßt.

Die Behauptung ist tatsächlich nicht neu: es gab sie in unterschiedlicher Ausprägung etwa bereits innerhalb der Kritischen Theorie, bei Adorno und Horkheimer, oder auch in der „negativen Anthropologie" von Günther Anders – und es gibt sie heute wiederum in der politökonomischen Form der *Krisis*-Gruppe. Ernst Lohoff formulierte vor kurzem „Deutschland ist überall": das deutsche Erbe sei längst zum westlichen Gemeinbesitz geworden; „Muster, die ursprünglich der besonderen deutschen Ideologie entstammen, werden verstärkt verallgemeinerungsfähig." (*Streifzüge* 2/2000)

Daß ‚Deutschland ist überall' eben zugleich auch: ‚Deutschland ist nirgendwo' bedeutet, darauf macht Robert Kurz die Probe, wenn er den Universalismus mit der US-Hegemonie identifiziert und darin ein für allemal festgeschrieben sieht: „Der Kampf um die globale Hegemonie auf dem Boden des modernen warenproduzierenden Systems ist entschieden." (*Jungle World* 18/2001) Was nun folge, sei die Zersetzung der „Souveränität" überhaupt: Kapital und Staat treten im Krisenprozeß der Globalisierung auseinander. In Jugoslawien ginge es darum auch nicht mehr – wie die Antideutschen immer noch meinen – um das Abstecken von Interessenssphären zwischen souveränen imperialen Nationalstaaten, sondern um „Entstaatlichungskriege" in Krisenregionen. Die Nato versuche „verzweifelt", Fassaden staatlicher Souveränität hochzuziehen – „um doch stets nur postpolitische Protektorate zu errichten, die unbefriedet bleiben."

Mark Terkesidis sieht ebenfalls ein Scheitern an der jugoslawischen Realität „vor Ort". Während aber Kurz darin den Wahnsinn des Ganzen erkennt, der nur mit dem Ganzen abgeschafft werden kann, ist Terkesidis „für jeden pragmatischen Vorschlag zur Verbesserung dieser Lage offen". (Kein Wunder, daß er endet, als wäre die entsprechende Verhandlung des Kriegsverbrechertribunals schon eröffnet, und in Milošević „einen der ersten" agnosziert, „der eine nationalistische Politik der Angst betrieben hat" [sic!]. Die Fehlleistung mit der falschen Einzahl im Nebensatz zeigt, wie sehr es dem Autor letztlich darauf ankommt, einen einzigen Schuldigen, den Schurken eben, auszumachen.) Dabei erweist sich doch der auf einem bestimmten Niveau weiterschwelende Krisenprozeß durchaus im Pragmatischen als funktional, dient etwa der Staatengemeinschaft als nützliche Trainingsmöglichkeit und ausgelagertes Übungsgelände von Militär und Verwaltung – mit den zur Rückkehr gezwungenen Flüchtlingen als Manövriermasse.

Dem Paradigma der Globalisierung folgend wäre die Einheit von universaler Form und Sonderweg, westlicher Demokratie und deutscher Volksgemeinschaft, die für die Zeit der beiden Weltkriege noch Geltung hatte, vollständig in eine universale Form verwandelt, die keines Sonderwegs mehr bedarf, in eine westliche Demokratie, der die deutsche Volksgemeinschaft umso mehr zum Schreckbild dient, als sie selbst deren Erbe antritt. (Fichte hätte hier also über Hegel den Sieg davongetragen: die „reine Einheit", worin von der Entgegensetzung abstrahiert ist, behauptet sich gegenüber der „Identität von Identität und Nichtidentität", gegenüber der dialektischen Abstraktion, die nur dadurch ist, daß sie mit dem in Beziehung steht, wovon abstrahiert wird.)

Wenn es für diesen Begriff der Universalisierung in der Kritischen Theorie selbst einige Ansatzpunkte gibt (etwa das „Ticketdenken" in der *Dialektik der Aufklärung*), so wird ihm dort ebenso widersprochen und das Nichtidentische eingeklagt – nicht als der unverdinglichte Rest, den es zu retten gäbe, sondern als etwas, wovon bei Strafe des Untergangs der Kritik nicht abstrahiert werden kann. Dialektik, heißt es da, sei „das Bewußtsein von Nichtidentität durch Identität hindurch"; das Verfahren, „um des einmal an der Sache erfahrenen Widerspruches willen und gegen ihn in Widersprüchen zu denken".

Jener Auffassung von Universalisierung widerspricht aber vor allem Adornos kategorischer Imperativ, alles zu tun, daß Auschwitz nicht sich wiederhole. Setzt sie doch voraus, daß Auschwitz sich nicht wiederholen kann – oder daß es sich (wenn auch in anderer Form) zu wiederholen nicht aufgehört hat. Dem kategorischen Imperativ gemäß wäre aber die Universalisierung als eine zweischneidige Befreiung von Auschwitz zu denken, eine, die zwar das Massenmorden beendet hat, aber zugleich die Voraussetzungen dafür bewahrt, daß es sich wiederholen kann. Dem Imperativ gemäß zu denken hieße: jeder Zeit damit zu rechnen, daß die Einheit von Universalisierung und Sonderform ein neues Auschwitz hervorbringt. Eine andere Frage ist, welches Handeln daraus zu folgen hätte. Und hier hat Ilse Bindseil den Kern der Ohnmacht offengelegt, über den antideutsch gerne hinweggeredet wird. Wer hat je so gehandelt, wie der kategorische Imperativ nach Auschwitz es erfordert?

In Klaus Thörners Antwort auf Robert Kurz (*Jungle World* 19/2001) wird nun beim Namen genannt, wovon die „reine Einheit" der US-Hegemonie abstrahiert: all das, was Jürgen Elsässer, Matthias Küntzel und er selbst – mit politischem Gespür oder historischen Studien – von der „fortschreitenden deutschen Hegemonie über Ost- und Südosteuropa" zutage gefördert haben. Dabei wird unabweisbar: Es müßte doch ein Begriff von Universalisierung möglich sein, der nicht zwanghaft von dieser neueren deutschen Politik absieht; der noch den Prozeß der Zersetzung von „Soveränität" (aus dem die

Flüchtlingsströme resultieren) in der Form der Einheit eines Gegensatzes von universeller und gesonderter Form fassen kann; der die sich verändernde Position Deutschlands in den Krisenregionen und durch die Krisen reflektiert – ohne darum selber die Einheit des falschen Ganzen, die Totalität der Verwertung des Werts, aufzugeben, die ja tatsächlich universell herrscht. Darauf verweist Thörners Bemerkung, daß die Regierung Milošević, die aus mafiösen Interessen nicht bereit war, in Jugoslawien die Rolle des Verwalters von IWF-Diktaten zu spielen, zum Schurken erklärt werden mußte: nach erfolgreich geführtem Krieg sind eben diese Barrieren für die Verwertung des Werts gefallen. Tatsächlich bedeutete die von deutscher Politik angezettelte und mittels Nato-Krieg betriebene Desintegration von Jugoslawien aus der Perspektive des IWF Integration auf einer neuen, bisher verhinderten Stufe: die Gesellschaft des Landes hat sich direkter als jemals seinen Direktiven zu unterwerfen.

„Deutsch sein" heißt bekanntlich: eine Sache um ihrer selbst willen treiben. In diesem Sinn wäre die Dürftigkeit der direkten materiellen Interessen im Falle Jugoslawiens durchaus zu beachten. So ist der unmittelbare Gewinn, der aus der neueren deutschen Außenpolitik für die deutschen Unternehmen und das deutsche Bruttosozialprodukt herausspringt, nicht allzu hoch zu veranschlagen. Anders für die deutsche Ideologie: sie gewinnt überall dort Konturen, wo Krisen sind. Gegenüber den USA – denen alle Lasten des „Turbo-Kapitalismus" und seiner Weltordnung angerechnet werden – profiliert sich Deutschland mehr und mehr als ideeller Gesamt-Antikapitalist (darum sind die Grünen in dieser Regierung auch so wichtig) – und erhält auf diese Weise Sympathien und hegemonialen Zuwachs. Mit einem „Komplott" hat das allerdings am wenigsten zu tun. Die Sache, die von den Deutschen (noch immer mit geringem Rüstungsaufwand) vorangetrieben wird, ist selbst nichts anderes, als das falsche Ganze gewaltsam zur Geltung zu bringen.

Nr. 35 Sommer 2001
BAHAMAS
Für Isreal – gegen die palästinensische Konterrevolution
Mit Allah und Odin gegen die Juden • Al Aqsa-Intifada in Düsseldorf, Potsdam und anderswo • Mit Edward Said in den Krieg • Finkelstein als Zeuge der Anklage u.a. • Weitere Themen: Sebnitz – die Deutschen und die Linke • Deutschland – Wendland, null zu eins • Der Fall Ulrike und das Scheitern an der Zivilisation • u.a.m.
Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030/6236944 oder bahamas@mail.nadir.org

Staat und Schlepper

SCHEINBAR JENSEITS DES FREIHEITLICHEN RASSISMUS HAT SICH HIERZULANDE EIN BREITER KONSENS PUNCTO ORDENTLICHE EINWANDERUNGSPOLITIK ETABLIERT

Von Franz Schandl

Was jeder Ware erlaubt ist, und dem Geld sowieso, das wird den allermeisten Menschen kategorisch verweigert. Die freie Wahl des Raumes, in dem sie sich bewegen wollen, ist kein Menschenrecht, sondern Bürgerrecht. Und Bürger ist nur der Staatsbürger. Wenn Ausländer in dessen Burg, den Staat wollen, müssen sie auf nationale Gnade hoffen. Es gilt, was Kant einst sagte: „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein."

„Einwanderungsland – das heißt nicht, dass jeder kommen kann, der will. Das heißt Festlegung von jährlichen Quoten, mit Maximalalter, bestimmten Berufen und mit der Verpflichtung zum Erlernen der deutschen Sprache." Das schreibt Ulrich Brunner, ein ehemaliger Chefredakteur des ORF, im *Kurier* vom 14. Mai. Gut ausgebildete, junge und deutsch sprechende Arbeitskräfte, das ist es, was „wir", die Identifikationsgemeinschaft der bevorrechteten Österreicher benötigen. Der ordentlichen Ausländerpolitik liegt ein Kriterienkatalog zugrunde, mit dem je nach Bedarf selektiert werden kann.

„Inder mit Kinder", wie erst vor kurzem ein Sozialwissenschafter der Republik soufflierte, wären da wohl goldrichtig, Deutsch- und Computerzertifikate made in Bombay inbegriffen. Ökonomisch geht es nämlich dabei darum, die Ausbildungskosten der Ware Arbeitskraft zu externalisieren, deren Potenzen und Vorteile aber für den Standort zu realisieren. De nemma ma. De nemma ma net.

Sagen die Freiheitlichen: Wir brauchen die Ausländer nicht!, so sagen viele Haider-Gegner: Wir brauchen die Ausländer schon – und denken dabei an diverse Drecksarbeiten oder die Sicherung der Pensionsysteme. Aus beiden Argumentationsfiguren wird aber deutlich, dass hiesige Interessen bestimmen, was gebraucht und was nicht gebraucht wird. Beide identifizieren sich mit Staat und Gesellschaft, nur interpretieren sie deren Anliegen unterschiedlich. Das „wir" hingegen bleibt vorausgesetzt und unhinterfragt.

Als neues Feindbild hat man die Schlepper auserkoren. Die sind deshalb beim Staat so unbeliebt, weil sie den Flüchtlingshandel privatisieren und so in Konkurrenz zur ideellen Apparatur der zivilen Gesellschaft treten. Dass die Flüchtlinge den Schlepperbanden oft mehr trauen als den Staaten, in die sie wollen, sagt wohl einiges über die Zustände auf diesem Planeten aus. Doch der Unterschied zwischen Staaten und Schlepperbanden ist kleiner als man meint. Beide sind für den Menschenhandel, beide wollen Beute machen, beide sind in ihren Methoden nicht zimperlich. Menschliche Objekte sind ihnen Ware, auf Zahlungsfähigkeit und Wertigkeit zu prüfen. Verhält sich der Schlepper wie ein schlauer Einzelkapitalist, so der Staat wie ein oberschlauer Gesamtkapitalist.

Schlepperbanden sind auch nicht die Ursache des Flüchtlingselends, sondern sie füllen bloß eine Marktlücke. Sie sind Folge räumlich-sozialer Disparitäten im Zeitalter der Globalisierung. Während die Zonen des Reichtums sich zusammenziehen, dehnen sich die Gebiete des Elends aus. Da kein Elend elendiglich genug ist, um nicht geschäftsfähig zu werden, ist hier ein Markt entstanden. Je schärfere Maßnahmen sodann ein Staat trifft, desto teurer werden die Fluchthelfer, da deren Risiko steigt. Die Schlepper sind so keineswegs das Letzte, allerhöchstens das Vorletzte; das Letzte ist der Staat, der den Flüchtlingen die Aufnahme aus Gründen staatsbürgerlicher Exklusivität verweigert. Wenn er gegen die Schlepper einwendet, sie wollen von der Not profitieren, dann beschreibt er seine eigenen Absichten korrekt. Auch der Staat will von ausgesuchten Asylanten und Wirtschaftsflüchtlingen einiges herausholen.

Wenn der vielseits beliebte Innenminister Strasser vom „profitablen und abscheulichen Geschäft des Menschenschmuggels" spricht und diesen „mit allen Mitteln bekämpfen" will, dann ist damit nichts anderes gemeint als: Grenzen dicht! Der Eiserne Vorhang, den man jahrzehntelang beklagte, soll nun andersrum funktionieren. Was ansteht, ist die Militarisierung der EU-Außengrenzen. Notfalls wird geschossen. Denn wer hierher will, muss schon einen Grund haben, der uns, und nur uns, passt. Sonst könnte ja wirklich jeder kommen.

Das Kapital hat eine Weltordnung geschaffen, die, wäre sie nicht von Staaten in ihren jeweiligen Einflußbereichen geschützt, sofort im Chaos versinken würde. Doch die Staaten erodieren und die Migration ist sowieso nicht aufzuhalten. Im letzten Jahr sind Schätzungen zufolge eine Million „Illegaler" in den goldenen Westen geflohen. Von Jahr zu Jahr werden es

mehr. Diese Welt treibt sie förmlich dazu. Dort, wo die Kapitalverwertung immer weniger gelingt, verlassen die Menschen ihre Länder gleich sinkenden Schiffen. Wollen sie nicht als „boat-people" enden, müssen sie irgendwo Anker werfen.

Natürlich könnte man jetzt einwenden, dass eine Forderung nach Öffnung der Grenzen ganz irreal ist, und im Kapitalismus nicht verwirklicht werden kann. Genau so ist es. Aber was sagt dies anderes, als dass die Herrschaft des Kapitals – und zwar immer dringlicher – beseitigt werden muss. Jeder Realismus, der sich hingegen auf Regelungen und Quoten einläßt, diskriminiert konkrete Menschen im Namen von Staat und Nation. Einer solchen Logik verpflichtet, muss man deren Gemeinheiten teilen, auch wenn man sie nicht sympathisch finden mag.

Es gilt Verhältnisse zu schaffen, wo niemand auswandern muss, aber alle hin- und herziehen können, wie sie wollen. Wo die Herkunft zu nichts zwingt und die Abkunft nichts besagt. Wo es keine Zugehörigkeiten mehr gibt, die aus irgendeiner nationalen Geworfenheit herrühren. Mit Staat und Kapital ist das nicht zu haben.

WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

Nachdem die KPÖ beschlossen hat, ihr theoretisches Magazin mit Nummer 1/2000 (vorläufig) einzustellen, können fürderhin Restexemplare des Weg und Ziel gegen Vorauszahlung auf das Konto des Kritischen Kreises auch bei uns bestellt werden. Einzelpreis ATS 50, DM 8; 5 Exemplare ATS 200, DM 35 (alles inklusive Porto). Ein Gesamtindex des WUZ kann bei uns angefordert werden.

2/1998: ANTISEMITISMUS
Stephan Grigat, „Bestien in Menschengestalt". Antisemitismus und Linke
Joachim Bruhn, Goldhagen und das Ende der Geschichtswissenschaft
Ernst Lohoff, Geldkritik und Antisemitismus
Gerhard Scheit, Verteufelung der Juden, Auferstehung des Bluts
Franz Schandl, Bonapartistische Gelüste. Zur Bundespräsidentschaftswahl
Lutz Holzinger, Selbstausschaltung der Politiker im OECD-Bereich
Stefan Broniowski, Der kardinale Sündenbock. Zur Causa Groer
Franz Schandl, Blindlinks. Zu 1968

3/1998: UMVERTEILUNG/UNVERTEILUNG
Emmerich Talos, Armut im Sozialstaat
Melina Klaus, Arbeit und Wohlstand für alle?
Erich Ribolits, „Wohlversorgtheit" nicht „Arbeit für alle" heißt das Ziel!
Josef Schmee, Grundlegende Anmerkungen zur politischen Ökonomie des Steuerstaates
Ernst Lohoff, Thesen zur Dialektik von Mangel und Überfluß
Franz Schandl, Dispositionen sozialer Emanzipation
Winfried Garscha, Wie man dem linken Antisemitismus nicht beikommt. Zu Grigat
Kurt Pätzold, Zu Streitfragen des Faschismus
Stephan Ganglbauer, Auschwitz ist vor allem eine Tatsache

4/1998: FPÖ
Franz Schandl, Politisches Marodieren
Herbert Auinger, Vergangenheitsbewältigung
Gerhard Scheit, Der Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft
Stefan Broniowski, Freiheitliche Frömmelei
Lutz Holzinger, „Faire Marktwirtschaft" als fauler Kern des FPÖ-Wirtschaftsprogramms
Peter Moeschl, Die Form als Prozeß
Stephan Grigat, Globalisierung und Reformismus

5/1998: SOZIALDEMOKRATIE
Ernst Lohoff, Das neue Simulationsmodell
Joachim Bischoff, Perspektiven der Linksregierung in Deutschland
Bärbel Danneberg, Schwestern zur Sonne? Sozialdemokratische Frauenpolitik...
Gerhard Ruiss, Keine Kulturbewegung mehr
Norbert Trenkle, Kein Anschluß unter dieser Nummer. Zur postfordistischen Regulation
Franz Schandl, Persönliches und Unpersönliches. Reflexionen zur Sozialdemokratie
Meinhard Creydt, Das Fernste nah, das Nächste fern?
Manfred Mugrauer, 1848-1998

1/1999: ARBEIT! ARBEIT?
Franz Schandl, Das Verwesen der Arbeit
Volker Hildebrandt, Alte „Neue Arbeit"
Clemens Stepina, Aristoteles und der Begriff des menschlichen Handelns
Ernst Lohoff, Zuckergruß für eine bittere Pille. Zum garanierten Mindesteinkommen
Hubert Schmiedbauer, Ohne Arbeit kein Mensch – kein Mensch ohne Arbeit!
Johanna Riegler, Unseren täglichen Platz am Schirm gib uns heute!
Fritz Betz, SoHo ist überall – Digitalisierung und Erschöpfung des Produktionsparadigmas
Stephan Grigat, Markt und Staat in der Globalisierung
Stefan Broniowski, Die Liebe zum Großen Bruder – George Orwells „1984"...

2/1999: EXOTISMUS
Wulz/Schneider, Anderswo und ehemals. Über Exotismus
Brigitte Fuchs, Rassismus, „Sinnlichkeit" und Weltmarkt
Paul Ostwind, Von Alienation zur Alien Nation
Stefan Broniowski, Schwule als Exoten
Christine Lammer, Wenn Blicke töten könnten
Ernst Lohoff, Nach dem Krieg ist vor dem Krieg
Franz Schandl, Finale der großen Koalition
Robert Kurz, Marx 2000
Erich Ribolits, Nur Arbeit, die man auch sein lassen kann...
Meinhard Creydt und Michael Graber gegen Franz Schandl

3/1999: KRIEG IN JUGOSLAWIEN
Hannes Hofbauer, Hoch die Internationalen?
Michel Chossudovsky, Die Zerstörung Jugoslawiens
Rüdiger Göbel, ...was es heißt, in einer bombardierten Stadt zu leben
Werner Pirker, Die albanische Frage bleibt unbeantwortet
Boris Kagarlitzky, Die Clinton-Doktrin
Stephan Grigat, Antisemitismus und Fetischismus
Franz Schandl, Nachbetrachtungen zum 13. Juni
Alexander Bogner, Im Auftrag des Lebenswerts. Zu Eugenik und Euthanasie

4/1999: JUGEND
Melina Klaus, Wir sind jung? Die Welt ist offen?
Jutta Sommerbauer/Vina Yun, Mädchen und Jugendkultur
Yoyo Tischler, 1965, I hope I die before I get old – 1997 I hope I am old befor I die
Freerk Huisken, Jugendgewalt
Meinhard Creydt, Das Elend der Realpolitik
Manfred Dahlmann, Warenform und Denkform
Gerhard Scheit, Weg ohne Ziel. Über Ernst Fischer.

5/1999: POSTMODERNE
Stefan Broniowski, Feindbild Postmoderne
Franz Schandl, Post und Bahnhof
Günther Jacob, Steirisches Erz – Wie „postmodern" ist Jörg Haider?
Roger Behrens, Radikale Affirmation. Zum postmodernen Bildungsbegriff
Bettina Zehetner, Postmoderne Identitäten in schwindsüchtigen Körpern
Sabine Treude, Vom Übersetzen zum Verschwiegenen
Stephan Grigat, Die Minderwertigen – Rassismus und Wertvergesellschaftung

1/2000: KRISE
Ernst Lohoff, Große Fluchten. Krise und Entwicklung des Kapitals
Karl Reitter, Das Ende naht? Eine Kritik an der Krisis-Gruppe
Herbert Auinger, „Globalisierung". Der Imperialismus als Sachzwang
Franz Schandl, Die Krise bei Marx
Iring Fetscher, Emanzipation und Demokratie (Interview)
Friedrich Achleitner, Bauen für eine bessere Welt. In Memoriam Grete Schütte-Lihotzky
Robert Zöchling, Restöffentlichkeiten

Produktivkraftentwicklung und Aufhebung

DIE „KEIMFORM-HYPOTHESE" IM DISKURS
META-REPLIK ZU C. FUCHS: „DIE IDIOTINNEN DES KAPITALS..." IN STREIFZÜGE 1/2001

Von Stefan Meretz

Erfreut habe ich zur Kenntnis genommen, daß sich zunehmend mehr Menschen mit dem „Phänomen Freier Software" theoretisch auseinandersetzen. Da scheint was dran zu sein – nur was? Mit dem Artikel von C. Fuchs wird man leider nicht bedeutend schlauer. Dort stehen verschiedene Fakten-Fragmente nebeneinander: zutreffende wie unzutreffende, wirtschafts- und bürgerrechtsliberale, techno- und politologische – bunt gemischt. Leider hat die Leserin keine direkte Möglichkeit, die Quellen zu prüfen – nur für eigene Texte hat C. Fuchs die Web-Adressen angegeben:-(. Selbst wenn man die „Fakten" hinnimmt, springt der denunziatorische Charakter der Assoziativketten ins Auge. Ich will keinen Artikel zur „Richtigstellung" schreiben, das ist mir zu langweilig. Hat die Leserin zu dem Fuchs-Artikel Fragen („Ist es wirklich wahr, dass..."), dann lade ich sie ein, sie online im Oekonux-Projekt zu stellen.[1] Für das eigene Studium liefere ich die fehlenden Quellen nach.[2] Stattdessen will ich mich hier auf den Kern der inhaltlichen Herausforderung konzentrieren, die auch innerhalb der Oekonux-Debatte eine prominente Rolle spielt: Was ist dran an der Hypothese von der Freien Softwarebewegung als Keimform einer Freien Gesellschaft?

Die Kritikstruktur des Fuchs-Aufsatzes wird verständlich, wenn man sie von hinten liest. Argumentationslogischer Dreh- und Angelpunkt ist Fuchs' Vorstellung von der Falschheit der Gesellschaft und von der apodiktisch formulierten Weise ihrer Aufhebung: „Eine andere Gesellschaft kann nur eine sein, die durch emanzipatorische, soziale Selbstorganisation auf Basis eines kritischen Bewußtseins entsteht, sonst wird sie nicht anders sein, sondern nur eine Form des Alten." – des Falschen, wie er ausführt. Diese Aufhebungsvorstellung mit dem „kritischen Bewußtsein" als entscheidender Basis könnte ich nun in Bausch und Bogen als idealistisch bloßstellen, doch ich will hier den Schwerpunkt auf eine andere – letztlich auch idealistische Vorstellung – legen: Die Vorstellung des unvermittelten Übergangs einer gesellschaftlichen Form in die andere.[3] Christian Fuchs spricht damit einen entscheidenden Knackpunkt an, an dem sich auch schon Krisis-Autoren eine blutige Nase geholt haben – dies nicht deswegen, weil es völlig bescheuert gewesen ist, was etwa Robert Kurz 1997 in „Antiökonomie und Antipolitik" geschrieben hatte, sondern weil es praktizistisch mißdeutet und Kurz in dieser verdrehten Form um die Ohren gehauen wurde. Wer kategoriale Anstrengungen als unmittelbare Handlungsaufforderungen auffasst, kann nur „Alternativklitschen", „besserer Kapitalismus" etc. herauslesen.

Kategoriale Anstrengung

Im folgenden will ich den Versuch unternehmen, einen kategorialen Rahmen aufzuspannen, um die These von der freien Softwarebewegung als Keimform einer qualitativ neuen Vergesellschaftungsform diskutieren zu können. Ausgangspunkt ist die Annahme – hier als ontologische Setzung (zur theoretischen Fassung vgl. Holzkamp 1983) –, dass Menschen im umfassenden Sinne ihre Lebensbedingungen produzieren, denen sie gleichzeitig unterworfen sind. Theoretische Anstrengungen des klassischen Marxismus wie wertkritischer Ansätze beschäftigen sich zuvörderst mit der Dialektik von objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung. Auch Christian Fuchs bewegt sich in diesem Rahmen etwa mit seinem Vorwurf des Technikdeterminismus (Vereinseitigung der hier: technischen Bedingungen) oder seinem Vorschlag des „richtigen Bewußtseins" (Vereinseitigung der subjektiven Verfügung als Akt des bloßen Wollens).

Auf gesellschaftstheoretischer Ebene wurde dieses Verhältnis klassisch als Dialektik von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, als Inhalts- und Formseite der historischen Produktion menschlich-gesellschaftlichen Lebens abgebildet. Ich will begründen, warum ich diese kategoriale Fassung für nicht (mehr) angemessen halte. Zunächst zum Begriff der...

Produktivkraftentwicklung.

Die „Produktivkraft der Arbeit" sei durch „mannigfache Umstände bestimmt" erklärt Marx. Verstreut über seine Arbeiten entdeckt er immer wieder neue Umstände, die die Produktivkraft der Arbeit beeinflussen: Naturbedingungen, technische Entwicklungen, die Kooperation der Arbeitenden, die Qualifikation, die Organisation der Arbeit etc. Demgegenüber liegt eine enthistorisierte, ontologisierte und verdinglichte Form des Produktivkraftbegriffs vor, wenn man ihn auf *Technikentwicklung* reduziert.[4] Selbst für den Kapitalismus, in dem in der Tat die Entwicklung der technischen Mittel das zentrale Moment zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und damit der Produktivität ist, ist eine solche Bestimmung nicht ausreichend. Bei der logisch-historischen Rekonstruktion der Produktivkraftentwicklung wird deutlich, dass der Mensch bei der Produktion seiner Lebensbedingungen sich stets geschaffener Mittel bedient, um seinen Stoffwechsel mit der (äußeren) Natur zu betreiben und zu organisieren. Produktivkraftentwicklung fasst also den historischen Aspekt des mittelschaffenden und -nutzenden, mit der äußeren Natur stoffwechselnden Menschen – oder kurz: das Verhältnis von Mensch, Mittel und Natur. In diesem Verhältnis war bzw. ist je ein Moment bestimmend, und zwar in Wechselwirkung mit der gesellschaftlichen Form, die den jeweiligen qualitativen Stand der Produktivkraftentwicklung widerspiegelt – womit nicht gesagt ist, dass sich diese Art der Widerspiegelung notwendig herausbilden musste (s.u.).

Wenn die Überlegung zutrifft, wenn der Primat auf der *Inhaltsseite*, der Produktivkraftentwicklung, liegt, dann ist eine Historisierung der menschlich-gesellschaftlichen Entwicklung über die *Formseite* (die Produktionsverhältnisse – ich komme darauf) hinfällig. Empirisch war sie das ja schon lange. Doch ist hier nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten und jegliche Möglichkeit der Historisierung zu verneinen, sondern es ist konsequent von der inhaltlichen Seite, eben der Produktivkraftentwicklung auszugehen. Problem des klassischen Marxismus war/ist, dass er – teilweise wider besseren Wissens – diese Verkehrung immer wieder betrieb und betreibt. Dieses Herangehen ist nicht abstrakt zu negieren, sondern kritisch theoretisch in einem *logisch-historischen Verhältnisbegriff* aufzuheben.

Nimmt man das vereinfachte Dreiecksverhältnis von Mensch, Mittel und (äußerer) Natur, dann wird klar, dass es unterschiedliche Gesellschaftsformen in einer Epoche der Produktivkraftentwicklung geben kann bzw. es wäre überraschend, wenn es nicht so wäre. So gibt es mannigfache gesellschaftliche Formen in der Periode der Produktivkraftentwicklung, in der der Naturaspekt bestimmendes Moment war. „Bestimmendes Moment" bedeutet nicht,

dass nicht auch die jeweils beiden anderen Aspekte des Verhältnisses entwickelt wurden – teilweise wurden sie gar in dramatischer Weise umgekrempelt. Dies jedoch stets nur als Mitentwicklung, als abhängige Größe von der bestimmenden Entwicklungsdynamik. So gab es in den agrarischen Gesellschaften bedeutende Werkzeugentwicklungen, jedoch gleichsam nur als „Abfallprodukt" der Bearbeitung des Bodens. Eine eigenständige, eigendynamische Mittelentwicklung war in den jeweiligen historischen Formen nicht möglich (vgl. Zunftbeschränkungen etc.). In warenproduzierenden Gesellschaften ist die eigenlogische Entfaltung des Mittelaspekts der Produktivkraftentwicklung bestimmend. Doch gab es genau in dieser Phase die bedeutendsten Umwälzungen in der Landwirtschaft oder der Gewinnung von Bodenschätzen, die jedoch erst mit der Entwicklung der industriellen Produktion und der Naturwissenschaften möglich wurden.

Angenommen, die analytische Reduktion der Vielfalt realer Entwicklungen über die hier vorgelegte Kategorie der Produktivkraftentwicklung als Verhältnisbegriff vermag die Entwicklungslogik in ihren wesentlichen Momenten abzubilden, dann ist die prospektive, spannende Frage nun, ob in der (Selbst-)Entfaltung des Menschen als drittem Aspekt das bestimmende Moment zukünftiger Produktivkraftentwicklung liegt. Diese These vertrete ich, und – die Leserin ahnt es – in der freien Softwarebewegung sehe ich eine Keimform dieser Entwicklung. Dazu später mehr – an dieser Stelle steht zunächst die begriffliche Rekonstruktion der Formseite der gesellschaftlich-historischen Entwicklung an, also mit dem, was traditionell Produktionsverhältnis genannt wurde.

Produktionsverhältnisse?

Über eine Kette von Vereinfachungen werden Produktionsverhältnisse meist auf Eigentumsverhältnisse reduziert.[5] Die Frage, wer über das (produktive) Eigentum verfügt, scheint die Kernfrage linker Politik zu sein. Mit der Verfügung über produktive Mittel ist jedoch keineswegs „willentlich" freigestellt, wofür die Mittel eingesetzt werden. So können in warenproduzierenden Gesellschaften die produktiven Mittel eben nur innerhalb der Warenform eingesetzt werden, weil sie nur darin ihre Funktion als produktive Mittel wahrnehmen. Das Denken in Eigentumsverhältnissen legt eine Personalisierung nahe. Obwohl Marx klarstellt, dass für ihn der „Kapitalist" nur personifiziertes Kapital, nur der die Verwertung von Wert organisierende Funktionär ist, nahm die klassische Arbeiterbewegung an, dass sie, wenn sie erst über das produktive Eigentum verfügt, aus der Funktion aussteigen könne oder ihr mindestens voluntaristisch subjektiven Sinn, etwa die Befriedigung eigener Bedürfnisse, zuweisen könne. So war es nicht verwunderlich, dass hier gesellschaftliche Verhältnisse nach dem Muster unmittelbarer Interaktion, bloßer Verständigung über Wollen und Sinn gedacht wurden, obwohl doch eigentlich klar war, dass die abstrakte warenproduzierende Eigenlogik nicht „personal" aufgehoben werden kann. Die Rede vom „historischen Subjekt" war leider nur allzu oft wörtlich gemeint, die Funktionäre der Partei der Arbeiterklasse waren in den realsozialistischen Ländern doch auch nur Funktionäre der staatlich organisierten Wertverwertung.

Vergesellschaftungsform!

Kann man sich begrifflich der gesellschaftlichen Form nähern ohne sie auf Eigentumsverfügung zu reduzieren, ohne aber gleichzeitig – das wäre die andere Vereinseitigung – die Eigentums- als Verfügungsfrage zu ignorieren? Die gesellschaftliche Produktion muss individuell im Medium der gesellschaftlichen Strukturen organisiert und durchgeführt werden. Dieses „Medium" konstituiert sich in warenproduzierenden Gesellschaften aus all jenen funktionalen Elementen, die der sich selbst reproduzierende, „subjektlose" Wertverwertungsprozess je historisch spezifisch erfordert: Märkte unterschiedlicher Regulationsformen, Staaten unterschiedlicher Repressionsdichten, Eigentumsformen unterschiedlicher juristischer Gestalt, Gedankenformen unterschiedlicher Verblendung usw. Anders formuliert: Die kapitalistische Vergesellschaftungsform wird bestimmt von ihrem funktionalen dynamischen Kern, der Verwertung von Wert auf stets erweiterter Stufenleiter. Sie auf den Aspekt „Eigentum" zu reduzieren, würde gleichsam einen juristischen Ausdruck eines viel grundlegenderen und fein gestaffelten Prozesses einsam herausheben. Dieser Vereinseitigung entkommt man nur, wenn man die *Vergesellschaftungsform* eben als solche komplett in den Begriff nimmt. Das Basis-Überbau-Schema wird damit allerdings obsolet.

So global dieser Begriff erscheint, ermöglicht er dennoch die Unterscheidung *qualitativ* unterschiedlicher Formen der Vergesellschaftung so man ihn mit dem dargestellten Begriff der Produktivkraftentwicklung zusammendenkt. Die Vergesellschaftungsform fasst die Herstellung der vielfältigen Vermittlungen von Individuum und Gesellschaft als Ausdruck des jeweiligen Standes der Produktivkraftentwicklung. Für die vormodernen naturalbasierten Gesellschaften kann dieser Vermittlungsmodus als „herrschaftsförmig personal-konkret" charakterisiert werden. Das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Regulations-, Vermittlungs- und Verteilungsformen durch personale Herrschaft von Menschen über Menschen bestimmt waren. Und es war gewissermaßen ein historisches Missverständnis, als die Arbeiterbewegung ihre Kraft primär als Kraft gegen die Herrschaft von Menschen über Menschen ansah – waren es doch bloß die gleichwohl teilweise hartnäckigen Rudimente personaler Verfügung über andere Menschen, die in die moderne Gesellschaft subjektloser Herrschaft hineinragten. Geradezu im Gegensatz zur personal-konkret vermittelten Vergesellschaftung ist die Vergesellschaftungsform in warenproduzierenden Gesellschaften als „abstrakt-entfremdet" zu kennzeichnen. Aus dem totalitären Charakter der abstrakt-entfremdeten Vergesellschaftung jedoch eine romantische Rückschau abzuleiten, ist fehl am Platze: Es wurde eben „nur" eine Herrschaftsform durch eine andere durchgesetzt, dies allerdings mit aller Gewalt. Das Besondere der abstrakt-entfremdeten Herrschaftsformen ist, dass sie nicht bloß individuell erduldet, sondern – weil mit der eigenen Reproduktion verkoppelt – stets aktiv reproduziert werden muss. Durch die damit notwendige Verinnerlichung gewinnt sie – trotz allen handgreiflichen Elends – auch ihre besondere Stabilität.

Doch auch das muss klargestellt werden: Totalitärer Charakter bedeutet nicht, dass jegliches Handeln vollständig determiniert ist. Die Totalität besteht in der Tendenz der restlosen warenförmigen Zurichtung der gesamten Gesellschaft, doch geht auch sie gleichzeitig nie auf, denn das wäre das logische „Ende" jeglicher warenförmiger Bewegung. Nichts und niemand zwingt die Individuen, die nahegelegten Formen auch zu nutzen, die universelle Möglichkeitsbeziehung zur Realität ist unhintergehbar. Aber „nahegelegt" bedeutet im sinnlich-unmittelbaren Sinne „haut-nahegelegt": wo ist ein Entzug aus den allgegenwärtigen Vermittlungsformen warenförmiger Vergesellschaftung schon machbar. Die Rede vom „richtig" oder „falsch" wie sie C. Fuchs führt, geht von einem abstrakten Außenstandpunkt aus: Dass es im Falschen nichts Richtiges gäbe, ist tautologisch. Wir sind alle IdiotInnen des Kapitals. Es handelt sich damit um eine Rechtfertigungsfigur: Da es absolut Nichts gibt, was man richtig machen könne, kann ich gar nichts machen – außer mir das kritische Bewußtsein zuzulegen, um dann – ja, was dann? Wesentlich spannender, aber auch individuell brisanter wird es, wenn ich nach der je individuellen Funktionalität frage, die das Handeln in den gesellschaftlichen Formen hat – denn, dass ich und C. Fuchs und jede/r in den nahegelegten Formen tatsächlich handeln und nicht nur über sie räsonieren, steht außer Frage.[6]

Bleibt prospektiv zu überlegen, welches das globale Charakteristikum einer postwarenförmigen Vergesellschaftung sein könne. Mir scheint es auf der Hand zu liegen: Die individuelle Selbstentfaltung ist nur denkbar und

praktisch möglich in herrschaftsfreien gesellschaftlichen Vermittlungsformen. Ist personale und wertförmig-vermittelte abstrakte Herrschaft ausgeschlossen, dann bleibt als Vermittlungsmodus die herrschaftsfreie personal-konkrete Vermittlung denk- und machbar. Selbstentfaltung in herrschaftsfreier personal-konkreter Vermittlung bedeutet also, dass je meine individuelle Entfaltung die Voraussetzung für die Entfaltung aller ist. Sie trifft sich exakt mit dem entsprechenden bekannten Marxschen Satz – dies jedoch nicht wie abstrakter moralischer Leitsatz auf den Deckel eines die Warenform noch nicht einmal denkend verlassenden Programms geschrieben, sondern aus dem dargestellten Begründungszusammenhang entwickelt.

Keimform

Bevor nun die freie Softwarebewegung als Keimform für eben diesen globalen Übergang von der warenförmigen, abstrakt-entfremdeten zur herrschaftsfreien, personal-konkret vermittelten Produktivkraftentwicklung diskutiert werden soll, muss klarer werden, was überhaupt mit „Keimform"[7] gemeint sein kann.

Keimformen eines Neuen entwickeln sich immer schon im Alten. Sie werden stärker, werden zu einer nicht mehr zu übersehenden Funktion im alten System, übernehmen dann die bestimmende Rolle und transformieren schließlich das alte Gesamtsystem in ein Neues, in dem sich alles nun nach der neuen dominanten Funktion ausrichtet. Dieser beschriebene Prozeßablauf ist typisch für *dialektische* Entwicklungsprozesse.[8] In allgemeiner Form kann man fünf Stufen für qualitative Entwicklungssprünge so beschreiben (Holzkamp 1983):

Stufe 1: Entstehen der neuen *Keimformen*, die sich später entfalten

Stufe 2: Veränderung der *Rahmenbedingungen* des alten dominanten Gesamtprozesses („Krisen")

Stufe 3: *Funktionswechsel* vorher unbedeutender Keimformen zur wichtigen Entwicklungsdimension *neben* der noch den Gesamtprozeß bestimmenden Funktion (erster Qualitätssprung)

Stufe 4: *Dominanzwechsel* der neuen Entwicklungsdimension zur den Gesamtprozess *bestimmenden* Funktion (zweiter Qualitätssprung)

Stufe 5: *Umstrukturierung* des Gesamtprozesses auf die Erfordernisse der neuen bestimmenden Entwicklungsdimension

Damit ist klar, was eine Keimform *nicht* ist: Sie ist nicht schon das Neue selbst, nur sozusagen im Kleinformat. Sie ist auch nicht eine Art kondensiertes Neues, das alle Potenzen schon enthält und nur noch wachsen muss (weswegen die bloße Rede vom „Keim" irreführend ist). Keimformen sind frühe Erscheinungen eines sich im Alten herausbildenden prinzipiell mit dem bestehenden System unverträglichen neuen Prinzips, das als solches notwendig nur in Sonderräumen existieren kann (Stufe 1). Nur unter den Bedingungen einer sich ändernden systemischen Umgebung, einer Krise des alten dominanten Prinzips der Systemerhaltung (Stufe 2), können sie eine neue Funktionalität erlangen und aus den Nischen heraustreten (Stufe 3). Altes und neues Prinzip gehen hier in einen offenen Schlagabtausch über. Ob das Neue sich durchsetzt, ist ungewiss. Nur wenn sich das neue Prinzip als real überlegen ausbilden kann, kann es das alte Prinzip als Kern der Systemerhaltung ablösen. Ist dieser Schritt vollzogen und gibt es systemisch keine Möglichkeit der Rückentwicklung mehr, dann ist der Dominanzwechsel vollzogen (Schritt 4). Im Zug der Durchsetzung erfolgt im zunehmenden Maße ein Umbau der Systemstruktur auf die Logik des neuen Entwicklungsprinzip hin. Durchsetzung und Systemumbau etablieren sich als wechselseitige, sich gegenseitig stabilisierende Prozesse (Stufe 5) – bis zu neuen Keimformen und Systemkrisen auf dem erreichten neuen Entwicklungsniveau.

Dialektische Entwicklungsprozesse lassen sich vollständig stets *nur* rückwirkend verstehen und als Fünfschritt rekonstruieren (etwa die Durchsetzung des Kapitalismus). Prospektiv sind mit dem Fünfschritt aber den Blick schärfende Verallgemeinerungen gegeben, um Entwicklungstendenzen frühzeitig als richtungsbestimmend zu registrieren. Auch damit kann man falsch liegen, denn Keimformen können auch zunichte gemacht werden – erst in Praxis erweist sich eine Theorie als haltbar oder nicht. Genau das gilt es permanent zu prüfen.

Von Keimformen abzuheben sind solche Entwicklungsansätze, die auf neuem Systemniveau zwar zur vollen Entfaltung kommen können, aber auf altem Niveau durchaus funktional integrierbar sind und somit den Funktionswechsel blockieren. In diesem Sinne ist die Kritik an der Keimform-Hypothese in bezug auf die Freie Softwarebewegung (nicht nur von C. Fuchs) bedeutsam, denn die Frage, ob es sich bei Entwicklungen um noch im Alten funktionalisierbare *Ansätze oder* um genuin nichtfunktionalisierbare *Keimformen* handelt, ist entscheidend. Darin liegt (auch) die erkenntnisleitende Funktion des Keimform-Begriffes.

Zusammenfassung

Was traditionsmarxistisch als Produktivkraft-Produktionsverhältnis-Dialektik figurierte, habe ich vorstehend in wertkritischer Perspektive als Dialektik von Produktivkraftentwicklung und Vergesellschaftungsform versucht zu rekonstruieren. Diese ermöglicht folgende theoretische Zugriffe (m.E. in Überwindung bisheriger Beschränkungen):

- Produktivkraftentwicklung als logisch-historischer Begriff, der das Mensch-Mittel-Natur-Verhältnis fasst, entgeht verdinglichenden Vorstellungen von Produktivkräften als technisch-wissenschaftlichen Mitteln;
- Der Begriff Produktivkraftentwicklung ontologisiert keine warengesellschaftlichen Bewegungsformen (abstrakte Arbeit, Geld etc.), sondern expliziert die Tatsache, dass Menschen in gesellschaftlicher Vermittlung ihre Lebensbedingungen herstellen und ihnen gleichzeitig unterworfen sind;
- Geschichte wird damit als Geschichte der Produktivkraftentwicklung begreifbar, als historische Bewegung des Mensch-Welt-Zusammenhangs – der Begriff entzieht sich jeder (techno-) deterministischen Geschichtsbetrachtung;
- Der Begriff Vergesellschaftungsform fasst den Formaspekt der Vermittlungsverhältnisse, den Menschen bei der gesellschaftlichen Produktion des Lebens eingehen und entgeht damit der typischen personalisierenden Denkform, die mit dem Produktionsverhältnis-Begriff („Wer verfügt...") nahegelegt ist.
- Die Vergesellschaftungsform umfasst dabei alle gesellschaftlichen Vermittungsbeziehungen und nicht nur die ökonomischen Verhältnisse – die Basis-Überbau-Trennung ist obsolet.
- Vergesellschaftungsform als Vermittlungsbegriff ist in der Lage, das Handeln der Menschen im „Medium" der Vergesellschaftungsform zu begreifen, es also weder „deterministisch" als bloße Resultante ökonomischer Verhältnisse noch idealistisch als Ausdruck „freier" Willenssubjekte zu vereinseitigen.
- Der Begriff Vergesellschaftungsform ermöglicht es, personal-konkrete und abstrakt-entfremdete gesellschaftliche Herrschaftsformen analytisch zu unterscheiden – und bietet einen Ansatz, personal-konkrete herrschaftsfreie gesellschaftliche Vermittlungsformen zu denken.
- Der Begriff Keimform schließlich kann als zeitlicher Vermittlungsbegriff gesellschaftliche Transformation als widersprüchlich vermittelten Prozeß analytisch zugänglich machen, was sowohl das „Missionsdenken" des klassischen Marxismus wie die idealistische Vorstellung einer total-unmittelbaren Transformation aufhebt.
- Der Keimform-Begriff akzentuiert die Potenzialitäten gegenüber den Faktizitäten und gewinnt dadurch erkenntnisleitenden Charakter für diejenigen, die endlich Schluss

machen wollen mit (abstrakter) Arbeit und Warenform.

- Produktivkraftentwicklung, Vergesellschaftungsform und Keimform sind Kategorien, also analytische Begriffe, die sich von Beschreibungen dadurch abheben, dass sie nicht für eine Sache selbst stehen, sondern theoretische Zugriffe auf Sachverhalte ermöglichen, um Wesentliches sichtbar zu machen.

Kursorisch ergeben sich damit folgende Resultate. Die Geschichte der Produktivkraftentwicklung kann in drei große Epochen eingeteilt werden, in denen jeweils ein Aspekt des Mensch-Mittel-Natur-Verhältnisses bestimmend ist und denen jeweils bestimmte Vergesellschaftungsformen entsprechen. Die naturale Epoche der agrarischen Gesellschaften war durch (sehr unterschiedliche) personal-konkrete Vermittlungs- und Herrschaftsformen gekennzeichnet. Die warenproduzierende Mittelepoche der industriellen Gesellschaften ist durch abstrakt-entfremdete Vergesellschaftungsformen bestimmt. Als Aufhebungsperspektive lässt sich die unbeschränkte Selbstentfaltung des Menschen, die nur die Entfaltung aller sein kann, denken, die die abstrakte Vergesellschaftung durch personal-konkrete herrschaftsfreie gesellschaftliche Vermittlungsformen ersetzt.[9] Ansätze dieser Entwicklungstendenz sind in vielfältiger Weise – in Warenform und jenseits dessen – heute sichtbar.

Freie Softwarebewegung

Handelt es sich bei der freien Softwarebewegung um einen bloßen „Ansatz" (im o.g. begrenzten Sinne) oder eine Keimform des Neuen? Folgende Aspekte sprechen für den Keimformcharakter:

- der funktionale Kern freier Softwareentwicklung ist wertfrei (vgl. Meretz 2000)
- die Produktion basiert auf individueller Selbstentfaltung und kollektiver Selbstorganisation
- auf der Grundlage globaler Vernetzung hat die (Re-)Produktion in diesem Bereich das gesellschaftlich-kooperative Niveau erreicht (im Unterschied etwa zu Alternativprojekten)

Folgende Aspekte sprechen gegen den Keimformcharakter:

- die je individuelle Reproduktion kann über diese Teil-Entkopplung nicht abgesichert werden
- Freie Software bedeutet – ähnlich der betrieblichen Rationalisierung – für das Einzelkapital einen Verwertungsvorteil (während es gesamtkapitalistisch die Entwertungstendenz verschärft) – es kommt also zu lokalen Stabilisierungseffekten
- Das Bewußtsein über ihr Tun ist in der Freien Softwarebewegung nur sehr rudimentär ausgebildet – das Oekonux-Projekt ist im Vergleich zur Gesamtbewegung marginal.

Hieraus ergeben sich viele Fragen, die auch intensiv im Oekonux-Projekt diskutiert werden. Dabei geht es nicht darum, wer „Recht" hat, sondern sowohl Kritikerinnen wie Unterstützerinnen der Keimform-Hypothese ringen um eine gemeinsames Begreifen der realen Prozesse. Alles andere wird die Praxis zeigen. So ist mit den hier vorgelegten Kategorien und Kriterien ja noch in keiner Weise beantwortet, wie denn eine gesellschaftliche Vermittlung der Produktion und Reproduktion konkret aussehen kann – also die Frage danach, was denn „personal-konkrete herrschaftsfreie Vergesellschaftung" im Einzelnen bedeutet. Aber diese Frage so stellen zu können, ist schon ein Fortschritt.

Dieser Artikel kann online diskutiert und weiterentwickelt werden: www.opentheory.org/keimformdiskurs.

1 *Das Projekt Oekonux („Ökonomie & GNU/Linux") entstand im Sommer 1999 und beschäftigt sich mit der Frage, ob und wie die Prinzipien Freier Software gesellschaftlich verallgemeinerbar sind. Auf der Website www.oekonux.de finden sich Hinweise, wie man sich in die Mailingliste eintragen kann, auf der auch der Fuchs-Aufsatz diskutiert wird. Eine faktenbezogene Auseinandersetzung von Stefan Merten findet sich z.B. in www.oekonux.de/liste/ archive/msg02111.html.*

2 *Die fehlenden Webadressen der (korrigierten) Online-Literaturangaben von Fuchs:*
Free Software Foundation / Stallman, R. M., Categories of Free and Non-Free Software, www.gnu.org/philosophy/categories.html;
GNU General Public License, www.gnu.org/copyleft/gpl.html, deutsche Übersetzung, www.gnu.de/gpl-ger.html; Selling Free Software, www.gnu.org/philosophy/selling.html; The Microsoft Antitrust Trial and Free Software, www.gnu.org/philosophy/microsoft-antitrust.html; What is Copyleft? www.gnu.org/copyleft/copyleft.html; What is Free Software? www.gnu.org/philosophy/free-sw.html; Why Software Should Be Free, www.gnu.org/philosophy/shouldbefree.html
Meretz, S.: Die doppelte algorithmische Revolution des Kapitalismus, www.kritische-informatik.de/algorevl.htm; Linux & Co. Freie Software – Ideen für eine andere Gesellschaft, www.kritische-informatik.de/fsrevol.htm
Meretz, S., Schlemm, A., Subjektivität, Selbstentfaltung und Selbstorganisation, www.kritische-informatik.de/selbstl.htm
Open Source Initiative, The Open Source Case for Business, www.opensource.org/advocacy/case_for_business.html; The Open Source Definition, www.opensource.org/docs/definition.html
Raymond, E. S., The Cathedral and the Bazaar, www.tuxedo.org/~esr/writings/cathedral-bazaar/cathedral-bazaar, deutsche Übersetzung, www.linux-magazin.de/ausgabe/1997/08/Basar/basar.html
Rilling, R., Auf dem Weg zur Cyberdemokratie, www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie.html

3 *Robert Kurz (1997) hat die Dichotomie einer unvermittelten Transformation und dem Verharren in der Wertform sehr schön beschrieben. „Also: ‚alles oder nichts', totale Unmittelbarkeit der Umwälzung oder totale Unmittelbarkeit der herrschenden Wertform, keine vermittelnde sozialökonomische Bewegung dazwischen." (55)*

4 *Auch die Wesen-Erscheinung-Differenz, die etwa Kurz (1997, 62) bemüht, als Unterschied von Potenz und Wirklichkeit der Produktivkraftentwicklung, geht am Wesentlichen vorbei. Die Rede von der „stofflichen Gestalt" reproduziert genau das, was Fokus der Wertkritik ist: Ein soziales Verhältnis tritt dem Kritiker in seiner dinglichen, fetischistischen Form entgegen, der die Verdinglichung prompt begrifflich reproduziert – und das, obwohl mindestens eine Ahnung davon vorliegt, dass „‚Kräfte' in einem umfassenden und daher auch kulturellen Sinne" (ebd., 58) zu verstehen seien.*

5 *„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein." (Marx 1859, 9)*
Drei typische Verkürzungen (nicht nur) des Traditionsmarxismus finden hier in Marx ihren Zeugen: die Reduktion der Produktionsverhältnisse auf die Eigentumsfrage, die Verdinglichung der Produktivkräfte, der Revolutions-Automatismus aus dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

6 *Z.B.: Warum reproduziert C. Fuchs die universelle Voraussetzung für die Warenform, die Knappheit, mit seinem eigenen Buch (2001)? Warum unterstellt er es nicht einer freien Lizenz und bietet es zum Download an? Hat er Angst, er könnte zum Idiot des Kapitals werden, weil sein freigegebenes Wissen u.U. in die Kapitalakkumulation einfliesst? Oder ganz schnöde, das Buch könnte „sich nicht rechnen"?*

7 *Soweit ich es überschaue, ist der Begriff „Keimform", an den ich hier anschließe, eine „Erfindung" von Kurz (1997, 55ff): „Das Problem, das hier aufscheint, ist das der ‚Keimform'. Der historische Materialismus hat analytisch bewiesen und anerkannt, daß die bürgerlich-warenförmige, kapitalistische Vergesellschaftung als Keimform im Schoße der feudalen Gesellschaft entstanden ist. (...) Die politische Bewegung ging der neuen Reproduktionsform nicht als abstrakte und symbolische Willenskundgebung voraus, sondern war im Gegenteil ihre sekundäre Konsequenz und ihre notwendige Erscheinungsform. (...) Die Frage ist, ob es gelingen kann, die radikale Wertkritik theoretisch und praktisch an die sozialökonomische Keimform einer Transformation heranzuführen, die einen Weg aus den fetischistischen Strukturen heraus findet."*

8 *Sofern Entwicklungsprozesse stets nur als „Selbstbewegung in Widersprüchen" aufgefasst werden, ist das zusätzliche Adjektiv „dialektisch" hier überflüssig. Ich habe es zur Verdeutlichung jedoch hinzugefügt.*

9 *Ziehe ich die frühere Bestimmung heran, wonach die abstrakte warenförmige Eigenlogik nicht „personal" (als Klassensubjekt) aufgehoben werden könne und gehe ich vom Übergang abstrakt-entfremdeten zur herrschaftsfreien, personal-konkret vermittelten Produktivkraftentwicklung aus – habe ich mir dann nicht einen logischen Widerspruch eingebrockt? Mir kommt es darauf an, dass „Aufhebung" kein voluntaristischer Akt ist. Besonders festes Wünschen und Wollen hilft nichts. Entscheidend ist vielmehr die Eigenlogik der historischen Entwicklung begrifflich zu rekonstruieren, um in dieser Entwicklungslogik eingreifend die „richtigen" Schritte zu tun. „Richtig" ist dabei stets das, was jenseits der alten Logik liegt, was also dazu beiträgt, zunächst „außerhalb" initiale Stellen anderer Logik – Keimformen – zu etablieren.*

Literatur

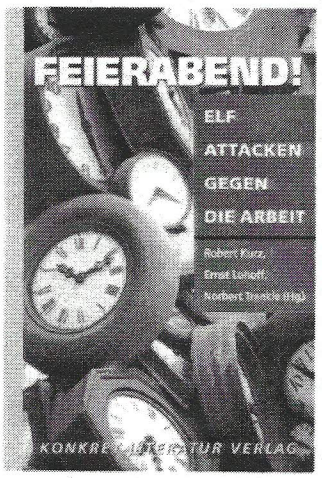
Fuchs, C. (2001), Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen, Wien/Norderstedt: Libri Books On Demand.

Holzkamp, K. (1993), Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/M.: Campus.

Kurz, R. (1997), Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des „Marxismus", Krisis 19, Bad Honnef: Horlemann, Internet: www.opentheory.org/keimformen.

Marx, K. (1859), Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Bd. 13, Berlin: Dietz.

Meretz, S. (2000), „GNU/Linux ist nichts wert – und das ist gut so!", Internet: www.kritische-informatik.de/lxwertl.htm



Mit Beiträgen von Gerd Bedszent, Götz Eisenberg, Volker Hildebrandt, Robert Kurz, Ernst Lohoff, Martin Massip, Franz Schandl, Roswitha Scholz, Norbert Trenkle, Karl-Heinz Wedel

ISBN 3-89458-182-4
256 Seiten, 34 Mark

Je offensichtlicher es wird, daß die Tage der Vollbeschäftigung vorbei sind, desto lauter ertönt der Ruf nach ihrer Rettung. Der Papst und die Weltbank, Tony Blair und Jörg Haider, Gewerkschaften und Unternehmer – sie alle kennen nur eine Parole: Arbeit, Arbeit, Arbeit.
Diesem neuen Fundamentalismus setzen die AutorInnen eine grundsätzliche Kritik des Begriffs der Arbeit entgegen. Arbeit ist für sie keine überhistorische Kategorie, keine Bedingung für die menschliche Existenz. Es geht nicht um die Rettung der Arbeit, sondern um ihre Aufhebung.

KONKRET LITERATUR VERLAG
Hoheluftchaussee 74, 20253 Hamburg

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
40

Zukunfts-Perspektiven

Wirtschaftsdemokratie; Internationale Finanzmärkte, Europäischer Wohlfahrtskapitalismus; Wissensökonomie, Care Economy, Solidarisches Arbeiten; Ethik der Nachhaltigkeit, Ökosteuer, Neue Energiepolitik; Sozialisierung des Marktes, Sozialgenossenschaften; Gewerkschaften, Neuer Internationalismus

A. Künzli, E. Altvater, M.R. Krätke, A. Gorz, M. Madörin, C. Möller, M. Massarrat, M. Müller, W.Brüggen, B. Flieger, M. Creydt, H. Busch, A. Rieger, D. Gallin

Diskussion

A.Demirovic: Kritische Gesellschaftstheorie
M.Jäger: Kapitalismus als Religion
M. Züfle: Psychoanalyse und Dissidenz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

21. Jg./1. Halbjahr 2001

20 Jahre

208 Seiten, Fr./DM 25.– (Abonnement Fr./DM 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Verratet uns oder: Im Jammertal des Geldes

von Franz Schandl

Es ist schon fad, aber es ist so: Natürlich ist es mit unseren Finanzen einmal mehr schlecht bestellt und natürlich besteht wieder nur die Hoffnung, dass Sie und Ihr ganz natürlich wie selbstverständlich dieses Problem, entschärft. Darum bitten wir.

Es ist elendiglich, aber es ist wahr. Im Jammertal des Geldes bewegt sich alles, was sich verkaufen muss.

So wurden diesmal unzählige Stunden dem betriebswirtschaftlichen Gott namens Rechnungsunwesen geopfert; der Abrechner – also ich – zu einer ökonomischen Larve degradiert, die gleich einem Sparefroh alles überlegen musste, was streichbar und kürzbar ist – lustig oder gar lustvoll ist etwas anderes. Da der Mensch, wie Karl Marx schon sagte, jeden Tag vierundzwanzig Stunden abstirbt, ist es immer unser Anliegen gewesen, sowenig Leben wie möglich für Kostenrechnungen und Kalkulationstabellen zu verwenden. Doch die Realität ist anders, und sie holt auch die Entlaufenen immer wieder ein. Was jetzt zur Folge hat, dass vor allem bedingt durch das exorbitante Ansteigen der inländischen Versandkosten erstmals eine rigide Verkleinerung des Bezieherkreises stattgefunden hat. Wir wurden also gezwungen, von diversen Beschenkungen Abstand zu nehmen und haben das hiermit auch getan. Wir sind zwar notwendig, aber wir rechnen uns nicht.

Die *Streifzüge* zu haben, ist zwar gut, wenn andere sie aber auch haben, ist es noch besser. Geheimtip zu sein ist zu wenig. Hier ist jeder Egoismus unangebracht. Verratet uns also weiter. Solidarität heißt in diesem Fall, die *Streifzüge* auch anderen zu gönnen. Wer sich gar eine besondere finanzielle Unterstützung vorstellen könnte, dem oder der empfehlen wir die Mitgliedschaft im Transformationsclub der *Streifzüge* zum günstigen Jahrestarif von 100 Euro. Genauere Informationen dazu schicken wir auf Wunsch gerne zu. Ebenso wünschen wir uns die Erweiterung unserer Mailing-Liste. Wer rein will, bitte melden.

Bei der Inventur der Zeitschriftenbestände mussten wir übrigens feststellen, dass einiges inzwischen knapp geworden ist. Es besteht also so etwas wie die letzte Chance, sich Restexemplare alter *Streifzüge*-Nummern (zwischen 2/97 und 2/99) sich zuzulegen. Nur ab 3/99 gibt es noch Hefte in Hülle und Fülle. Zugreifen ist also Pflicht und Chance in einem. Wer sollte sich diese entgehen lassen, außer jenen wenigen, die diese Ausgaben schon besitzen. Aber selbst die könnten an die Enkelkinder denken.

Wir wünschen einen erholsamen Sommer. Die nächste Nummer der nunmehrigen Dritteljahreszeitschrift erscheint erst Ende November. Bis dahin wollen unsere Geldspeicher gefüllt sein.

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG

Medieninhaber: Kritischer Kreis - Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien. E-Mail: streifzuege@aon.at http://contextXXI.mediaweb.at/streifzuege Der Medieninhaber ist zu 100% **Eigentümer** der Streifzüge und an keinem anderen Medienunternehmen beteiligt. **Herausgeberin:** Context - Initiative für freie Studien und brauchbare Information, A-1140 Wien. **Grundlegende Richtung:** Kritik. **Redaktion (zugleich Mitglieder des Leitungsorgans des Medieninhabers):** Stephan Grigat, Alex Gruber, Thomas König, Florian Markl, Tobias Ofenbauer, Franz Schandl, Gerhard Scheit, Gerold Wallner und Maria Wölflingseder **Hersteller:** Fa. Melzer, Kirchengasse 48, A-1070 Wien. **Konten:** P.S.K. BLZ 60000, Kontonummer 93.038.948; Deutschland: F. Schandl, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, Kontonummer 405 952 854. **Aborichtpreis:** Inland 11 Euro, Ausland 12 Euro.

Streifzüge-BestellerInnen aus der Bundesrepublik Deutschland

mögen ihre Abogebühr (Euro 12) oder Spende bitte an folgendes Konto überweisen:
Franz Schandl, Postbank Nürnberg, Kontonummer 405 952 854 (Bankleitzahl 760 100 85).
ErstbezieherInnen bitten wir um schriftliche Bestellung, da seitens des grandiosen Bankservice den Kontoauszügen nicht immer die vollständige Adresse zu entnehmen ist. Nachbesteller bitten wir um die Anführung der Postleitzahl.

Streifzüge-Abo

Die Zustellung der *Streifzüge* kann jedenfalls durch Einzahlung eines Geldbetrages mittels des beiliegenden Zahlscheines sichergestellt werden. Die Höhe dieses Betrages stellen wir Ihrer Großzügigkeit anheim. Von dem eingezahlten Betrag gilt ein Teilbetrag von 150 ATS als *Streifzüge*-Abonnement, jeder darüber hinausgehende Betrag gilt als Spende für die *Streifzüge* und für die Tätigkeit des Kritischen Kreises.

Achtung: Wer im Adressenkästchen einen roten Punkt findet, erhält die letzte Ausgabe.

